



universität
wien

MASTERARBEIT/MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

»Die Debatte zur sozial-ökologischen Transformation. Konzepte des
»Guten Lebens« am Beispiel genossenschaftlich organisierter
Wohnformen«

verfasst von / submitted by

Konrad Fentzloff B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Antje Daniel

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	1
2. Theoretische Grundlage	3
2.1. Sozial-ökologische Transformation	4
2.1.1. Transformationsbegriff.....	4
2.1.2. Politische Debatte der Sozial-ökologischen Transformation.....	8
2.1.3. Akademische Debatte der Sozial-ökologischen Transformation.....	15
2.2. Konzeptionen des »Guten Lebens«.....	20
2.2.1. Wissenschaftlicher Zugang zur Konzeption des »Guten Lebens«	21
2.2.1. Narration des »Buen Vivir«.....	31
2.2.2. »Gutes Leben« als Korrektiv zum Kapitalismus?	35
2.3. Wohngenossenschaften	38
2.3.1. Historische Entwicklung.....	39
2.3.2. Genossenschaftsmerkmale.....	42
2.3.3. Sozial-ökologische Merkmale von Wohngenossenschaften.....	44
2.3.4. Ökodörfer.....	45
3. Zusammenführung der vorgestellten Debatten.....	48
4. Fallbeispiele.....	50
4.1. Ökodorf Sieben Linden.....	53
4.2. Narration des »Guten Lebens« Sieben Linden.....	55
4.2.1. Spezifische Organisationsstrukturen.....	57
4.2.2. Genossenschaftsprinzipien Sieben Linden	63
4.3. Genossenschaft Kalkbreite.....	68
4.4. Narration des »Guten Lebens« Kalkbreite.....	70
4.4.1. Spezifische Organisationsstrukturen	73
4.4.2. Genossenschaftsprinzipien Kalkbreite.....	79
4.5. Zusammenfassende Gegenüberstellung	81
5. Schluss	86
Literaturverzeichnis.....	90

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ökodorf Sieben Linden © 2016 Ökodorf Sieben Linden	53
Abbildung 2: Strohbauhaus Strohpolis © 2016 Ökodorf Sieben Linden	66
Abbildung 3: Wohn- und Gewerbebau Kalkbreite, Hof © Genossenschaft Kalkbreite Volker Schopp	68
Abbildung 4: »Rue Intérieure« Kalkbreite © 2019 Müller Sigrist Architekten	77

Abkürzungsverzeichnis

BMJV	Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
BNG	Bruttonationalglück
CEPAL	Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
eG	eingetragene Genossenschaft
GenG	Genossenschaftsgesetz
HDI	Human Development Index
ICA	International Co-operative Alliance
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
MDGs	Millennium Development Goals
NDC	Nationally Determined Contributions
SDGs	Sustainable Development Goals
SiGe	Siedlungsgenossenschaft
SöT	Sozial-ökologische Transformation
UN	United Nations
UN DESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs
UNCSD	United Nations Conference on Sustainable Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNED	United Nations Environment and Development
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WD	Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags
WoGe	Wohngenossenschaft

Abstract

The present thesis deals with the urgent question of how societies behave in the face of increasing social and ecological crises. In this context, the expression »social-ecological transformation« was coined as an umbrella term. Its radical semantics implies a progressive approach that demands profound societal change. While the debate is becoming more and more important in both the political and academic fields, the transfer of knowledge into the practical field remains fraught with difficulties. Based on the two selected case studies, the eco-village »Sieben Linden« and the Zurich based cooperative »Kalkbreite«, this work examines the daily common socio-ecological transformation practice with regard to its paradigmatic importance as well as its organizational structure. Their common organization as housing cooperatives plays a key role in their potential contribution to the specific narrative of the »good life«.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der dringlichen Frage, wie sich Gesellschaften angesichts zunehmender sozialer wie ökologischer Krisen verhalten. In diesem Kontext hat sich die »Sozial-ökologische Transformation« als ein Sammelbegriff etabliert, der bereits in seiner radikalen Semantik andeutet, dass es sich dabei um einen progressiven Ansatz handelt, der die Notwendigkeit eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels einfordert. Während die Debatte sowohl im politischen wie auch akademischen Feld immer mehr an Bedeutung gewinnt, erscheint die Weitergabe des bisher gewonnenen Wissens in das praktische Feld nach wie vor mit Schwierigkeiten verbunden. Anhand der beiden ausgewählten Fallbeispiele, des Ökodorfs »Sieben Linden« sowie der in Zürich ansässigen »Genossenschaft Kalkbreite«, untersucht diese Arbeit die gelebte sozial-ökologische Transformationspraxis hinsichtlich ihrer paradigmatischen Bedeutung sowie ihrer Organisationsstruktur. Dabei spielt die genossenschaftlich organisierte Wohnform beider Projekte, sowie deren potentieller Beitrag zur spezifischen Narration vom »Guten Leben«, eine tragende Rolle.

1. Einführung

Vor dem Hintergrund einschlägiger wissenschaftlicher Studien zur globalen Erderwärmung, die seit 1972 durch die vom »Club of Rome« in Auftrag gegebene Studie über »Die Grenzen des Wachstums« an Bedeutung gewinnen, und mit dem »Brundtland-Bericht« aus dem Jahre 1987, sowie durch die in regelmäßigen Abständen erscheinenden »IPCC Berichte« des Weltklimarats der Vereinten Nationen, die kontinuierlich für große Aufmerksamkeit sorgen, lässt sich konstatieren, dass der gegenwärtige Umgang des Menschen mit der Natur gravierende ökologische Schäden mit sich bringt. Eine daraus abzuleitende »sozial-ökologische Krise« verlangt schnellstmöglich Lösungen, um aktuelle Naturkatastrophen eindämmen und zukünftig drohenden Szenarien entgegenwirken zu können. Für KritikerInnen einer Ton angebenen globalen Krisenpolitik erscheint jedoch der aktuelle Umgang mit dergleichen Krisen aufgrund sich wiederholender Katastrophen aussichtslos (Demirović/Attac 2011: 7; Demirović 2012: 16). Grund dafür sei das Subsumieren unterschiedlichster Krisen unter globale Wirtschafts- und Finanzkrisen, ohne dabei Wechselwirkungen zu reflektieren, die sich aus einer Vielzahl in Ungleichgewicht geratener Systeme ergeben (vgl. ebd.: 16). Krisen des Klimas, der Energie, der Nahrungsmittel, des Arbeitsmarkts, des Wohnungsmarkts, des Sozialsystems, der Mobilität sowie der Bildung spiegeln nur ansatzweise das Ausmaß der Herausforderungen wider, vor denen die Menschheit aktuell steht (ebd.). Insofern sei die Verschmutzung des Wassers, der Luft und der Böden, die schwindende biologische Vielfalt und die stetige Ausbeutung von Naturressourcen, eng verflochten mit der sozialen Ordnung moderner Gesellschaften und verlange einen tiefgreifenden Wandel bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. Brangsch et al. 2012: 11 f.).

Mit dem Begriff der Sozial-ökologischen Transformation (SöT) ist es erstmals gelungen, dem Apell breit gestreuter Lösungsansätze nachzukommen. In den Feldern der Wissenschaft, der Politik, der Wirtschaft, als auch der Zivilgesellschaft soll das Projekt für einen tiefgreifenden Umbau in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen vorangetrieben werden. Dabei divergieren die eingebrachten Vorschläge sehr stark, wenngleich bereits die

Begriffsbezeichnung der SöT unterstreicht, dass ein ökologischer Wandel nicht jenseits der Frage nach sozialer Gerechtigkeit geschehen kann. Die Verbindung zwischen ökologischer und sozialer Ungleichheit bildet das Kernstück des Projekts. Jenseits politischer und akademischer Debatten hängt der Erfolg dieses Projekts jedoch maßgeblich von Akteurinnen und Akteuren ab, die auf der Basis demokratischer und solidarischer Praxis aufzeigen, dass eine Lebensweise, die sich an den Prinzipien der SöT orientiert, gleichzeitig ein »Gutes Leben« ermöglicht.

Die folgende Untersuchung hat sich zum Ziel gesetzt, der heuristischen Konzeption des »Guten Lebens« sowie der SöT auf den Grund zu gehen. Dabei werden in einem ersten Teil die diversen Debattenstränge der SöT betrachtet, um zu veranschaulichen, welche spezifischen Verständnisse innerhalb des Begriffs verortet sind. Darüber hinaus soll eine wissenschaftliche Annäherung an die Konzeption des »Guten Lebens« aufzeigen, weshalb dieser für das Projekt einer SöT eine so große Bedeutung zukommt. Schließlich widmet sich der zweite Teil dieser Arbeit der für die SöT bereits betonten Bedeutung gelebter Praxis.

Für die Auswahl der Fallbeispiele wurde die Organisationsform der Wohngenossenschaft zum Auswahlkriterium und Forschungsgegenstand erhoben. Dass es sich bei Wohngenossenschaften um ein geeignetes Forschungsfeld zur Untersuchung der SöT handelt, erklärt sich in erster Line aus der traditionellen genossenschaftlichen Überzeugung, durch eine kollektive und solidarische Gemeinschaft Ziele besser erreichen zu können als im Alleingang. Wie sich im Verlauf der vorliegenden Arbeit zeigen wird, spielen diese Eigenschaften eine wesentliche Rolle für das Projekt einer SöT. Dementsprechend werden mit dem »Ökodorf Sieben Linden« in Norddeutschland sowie der »Genossenschaft Kalkbreite« in der Schweizer Kantonshauptstadt Zürich zwei genossenschaftlich organisierte Wohnformen hinsichtlich ihrer jeweiligen Deutung vom »Guten Leben« untersucht. Weisen die beiden Projekte in ihrer genossenschaftlichen Organisation eine wesentliche Gemeinsamkeit auf, unterscheiden sie sich gleichermaßen hinsichtlich ihrer jeweiligen Prozessebene. Indem es sich beim Ökodorf Sieben Linden um eine »rurale« und bei der Genossenschaft Kalkbreite um eine »städtische« Lebensgemeinschaft handelt, wird es interessant sein, die beiden Fallstudien in einer abschließenden Gegenüberstellung unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Spezifika zu betrachten. Die übergeordnete Forschungsfrage dieser Arbeit lautet somit:

Welche Verständnisse von SöT sind in genossenschaftlich organisierten Wohnformen wie dem Ökodorf Sieben Linden und der Genossenschaft Kalkbreite erkennbar und wie wird ihr jeweiliges Streben danach ersichtlich?

Diese Forschungsfrage ist als Beitrag zu den eingangs erwähnten umweltpolitischen Krisen zu lesen. Indem die Betrachtung dieser spezifischen Akteursgruppe der SöT es ermöglichen soll, die Rolle von Wohngenossenschaften für eine sozial und ökologisch nachhaltige Lebensweise aufzuzeigen, kann sie wegweisend für zivilgesellschaftliche als auch politische Maßnahmen sein. Gleichzeitig erscheint das Forschungsinteresse auch für die wissenschaftliche Debatte der SöT von Relevanz. Mit der Darstellung unterschiedlicher Vorstellungen und Deutungen von SöT, soll die vorliegende Arbeit nicht nur aktuelle Debatten zusammenfassend veranschaulichen, sondern auch das Forschungsfeld der Wohngenossenschaften besonders im Hinblick auf ökologischen Themen stärken.

Um der Argumentationskette chronologisch Folge zu leisten, rückt jedoch zunächst eine für den ersten Teil bedeutende Unterfrage in den Vordergrund: *Welche Definitionen gibt es von SöT sowie der Konzeption des »Guten Lebens« allgemein?*

2. Theoretische Grundlage

Es ist von großer Bedeutung bereits im Vorfeld darauf hinzuweisen, dass sich die dargelegte theoretische Grundlage in einem inter- bzw. transdisziplinären Feld bewegt. Besonders der Umgang mit heuristischen Konzeptionen, wie die des »Guten Lebens«, als auch das breit angelegte Projekt einer SöT machen deutlich, dass sich hier Anknüpfungspunkte für unterschiedlichste Disziplinen ergeben. Die Beiträge reichen von den sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen der Politikwissenschaften und der Soziologie über die human- und geisteswissenschaftlichen Bereiche der Philosophie und Anthropologie bis hin zu den Naturwissenschaften, wo auch die Geographie und Geologie, die Ökologie sowie die Physik kontinuierlich an Einfluss gewinnen. Die in dieser Arbeit angestrebte Untersuchung ist jedoch auf eine sozialwissenschaftliche bzw. sozialphilosophische Perspektive begrenzt.

2.1. Sozial-ökologische Transformation

Die Sozial-ökologische Transformation (SöT) gewinnt seit Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend an Popularität. Diesen Auftrieb verdankt sie einem breiten Zuspruch, der von Politik und Wissenschaft bis hin zur Wirtschaft und Kultur reicht. Wenngleich die vorgetragenen Strategien und Narrationen aus den jeweiligen Bereichen unterschiedlich ausfallen, sind sich die AkteurInnen von SöT darin einig, dass die Menschheit im 21. Jahrhundert vor dem Problem einer großen sozialen wie ökologischen Krise steht. Für sie ist offensichtlich, dass nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch zivilgesellschaftliches Handeln erforderlich ist, um eine sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung auf diesem Planeten langfristig zu garantieren. Die SöT ist somit als ein Sammelbegriff zu verstehen, der Beiträge und Lösungsansätze umfasst, um allgegenwärtigen sozialökologischen Krisen zu begegnen. Um dem Anspruch einer umfassenden Betrachtung von SöT gerecht zu werden, ist es in einem ersten Schritt hilfreich, diesen Transformationsbegriff aufgrund seiner weitreichenden Verwendung herzuleiten und zu präzisieren.

2.1.1. Transformationsbegriff

Der Begriff Transformation (lateinisch transformare, aus: trans = hinüber und formare = formieren) (vgl. Konopka, Anja 2010: 935) weist bereits in seiner definitorischen Bedeutung darauf hin, dass er sich eignet, ein weitreichendes Spektrum fundamentaler Umgestaltung zu beschreiben. Häufig wird er mit Begriffen wie Reform und Revolution in Verbindung gebracht, ist jedoch davon abzugrenzen. So bezeichnet der Sozialwissenschaftler Alex Demirović Transformation als »dritten Weg« zwischen Revolution und Reform (vgl. Demirović 2014, 2012). Der Reform attestiert er einen Mangel an Wirkungskraft, um gesellschaftliche Verhältnisse umfassend und langfristig verändern zu können (vgl. Demirović 2014: 425). Die Revolution birgt wiederum in ihrer Radikalität ein hohes Risiko. Für Demirović stellt dabei nicht die radikale Praxis ein Problem dar – wirft er ja gerade der Reform einen Mangel an Radikalität als Schwäche vor – sondern vielmehr der kurze Zeitraum, in dem sich Revolutionen überwiegend gewalttätig abspielen. Formuliert Ziele können so nicht garantiert werden, da sie die Akteursgruppen im Treffen von Entscheidungen über Wissen und Ressourcen zeitlich überfordern. So sind Entscheidungskonflikte innerhalb der revolutionären Kräfte vorprogrammiert, zudem bestehen Probleme, die zum Ausbruch einer Revolution führten,

unmittelbar nach dem Umbruch fort. Sie verschwinden nicht durch den Akt der Revolution; vielmehr wären Lösungsansätze geboten, welche aufgrund der neu auftretenden Interessenskonflikte nur schwer zu erreichen sind (vgl. ebd.: 430 f.). Schließlich sieht Demirović in der Transformation die Möglichkeit, radikale Brüche und langfristig angelegte Prozesse des Wandels zu verbinden. Eine Transformation soll es ermöglichen, über den Zeitpunkt einer Revolution hinaus, lösungsorientiert, demokratisch und in kontrollierter Weise gesellschaftlichen Wandel zu erzielen. Die Dynamik, die sich dabei aus der Breite der Akteursgruppen ergibt, erkennt er als großes Potential. Da sich die gegenwärtigen Krisen aus unterschiedlichsten Prozessen zusammensetzen, erfordert es eine wirkmächtige Transformation, so viele Menschen wie möglich in einen Reflexionsprozess einzubinden (vgl. ebd.). Besonders gilt dies für das Projekt der hier behandelten SöT. Hier verspricht der Begriff der Transformation, die komplexen finanziellen, ökonomischen, sozialen, politischen, ressourcenorientierten und klimatischen Dimensionen der gegenwärtig diagnostizierten Krise gleichermaßen umfassend zu berücksichtigen. Dies kann wiederum auch bedeuten, dass sich der Begriff der SöT durch diese breite Vereinnahmung in der daraus sich ergebenden Komplexität selbst schadet, indem wichtige Aspekte ausgelassen, übersehen, oder unverständlich bleiben. So droht der SöT die Gefahr, ihren wirkmächtigen, radikalen transformativen Charakter aufgrund eines Bedeutungsverlusts einzubüßen.

Der Beginn des Projekts einer SöT und seine begriffliche Verwendung lassen sich historisch nicht exakt datieren – durch ein gesteigertes Bewusstsein über den Umgang mit der Natur hat dieses Projekt jedoch an Bedeutung gewonnen. Nachdem der österreichische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi den Begriff der »Großen Transformation« bereits 1944 in seinem gleichnamigen Werk erstmals prägte, dazuhin 1968 mit der Gründung des Club of Rome aufsehenerregende Publikationen in Auftrag gegeben wurden, welche seit 1972 mit der Veröffentlichung der Studie über die »Grenzen des Wachstums« Ziele einer nachhaltigen Zukunft formulieren, kam der Begriff der Transformation allmählich neben der sozialen Frage auch mit ökologischen Themen in Berührung. Da der Begriff unter anderem sehr stark durch eine umweltpolitische Aneignung geprägt ist, und die Geschichte zeigt, dass Forderungen nach gesellschaftlicher Transformation unausweichlich mit ideologischen Vorstellungen verknüpft sind, erscheint es im Rahmen einer Auseinandersetzung mit dem Transformationsbegriff ebenso gewinnbringend, dessen Charakter genauer zu betrachten. Dabei bietet es sich an, den normativen Transformationscharakter von einem analytischen zu

separieren. Da eine tiefgreifende Untersuchung der normativen und analytischen Begriffsverwendung aufgrund des begrenzten Rahmens dieser Arbeit nicht möglich ist, werden signifikante Merkmale nur im Sinne eines groben Überblicks skizziert.

Normativer Transformationsbegriff

Dass es sich bei dem Begriff der SöT um ein sehr normativ besetztes Konzept handelt, zeigen populäre Slogans aus der Umweltbewegung wie etwa »Transformation jetzt!«. Die grundlegende Botschaft normativer Transformationsverheißungen, wie sie besonders in der Politik auszumachen sind, verspricht gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, die sich vom gegenwärtigen Zustand abheben. Es sollen Schritte unternommen werden, um die Gesellschaft aus einem als statisch und negativ beschriebenen »Ist-Zustand« in einen zukünftigen »Soll-Zustand« zu transformieren. Man kann folglich auch von einer »normativ-strategischen« Perspektive sprechen, da ihre AkteurInnen versuchen, ein in der Gesellschaft aufgespürtes Verlangen möglichst effektiv umzusetzen (vgl. Brand et al. 2013: 480). Wenngleich diese Transformationsperspektive der Kritik ausgesetzt ist, normative Wissenschaft im Feld einer sich um Objektivität bemühenden Sozialwissenschaft zu etablieren, misst Brand der normativen Perspektive einer ökologischen Transformation große Bedeutung bei. Solange sich die Welt in einem von Menschen verursachten ökologischen Ungleichgewicht befinde, könne Nachhaltigkeit aufgrund ihrer Abwesenheit nun mal nicht objektiv betrachtet werden, so Brand. Seines Erachtens sind normativ transformative Schritte notwendig, um einen fundamentalen Wandel der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit anzustoßen (vgl. ebd.: 481). Die normative Perspektive erfährt durch ihre Rolle der Problemidentifikation sowohl in sozialer wie ökologischer Hinsicht Bedeutung, innerhalb des wissenschaftlichen Feldes bleibt es jedoch unumgänglich, das dahinter verortete analytische Verständnis zu ergründen.

Analytischer Transformationsbegriff

Das Forschungsinteresse an Transformationen aus einer analytischen Perspektive konzentriert sich in erster Linie auf historische Ereignisse. So können in der Vergangenheit liegende und aktuelle Transformationsprozesse tieferen Einblick in den Charakter von Transformationen geben. Wesentlicher Bestandteil dieser Betrachtung ist, dass sich die

bürgerlich kapitalistische Gesellschaft in einem permanenten Zustand von Transformation befindet. Dabei steht nicht die normative Diskussion um ein »Ja« oder »Nein« hin zu einer Veränderung im Fokus, sondern vielmehr die Logik der Transformation als solche (vgl. Brand 2014: 9). Dass kapitalistischen Gesellschaften stets ein transformativer Charakter inhärent ist, veranschaulicht Brand unter Zurückgreifen auf die erste populäre Kapitalismuskritik von Marx und Engels, die da konstatieren:

»Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren (...) Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können« (Engels/Marx 1848: 465).

Nach Marx und Engels dienen jene attestierten »fortwährende Umwälzungen« der dominierenden kapitalistischen Logik von Profitgenerierung und der damit verknüpften expansiven Wirtschaftsausrichtung zur Absicherung des Kapitals. Die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Transformation stellt gleichzeitig den Ausgangspunkt kapitalismuskritischer Narrationen von SöT dar, die das Potential der Transformation vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln sucht, und statt dessen an jenen sozialen und ökologischen Mechanismen tiefgreifende Veränderung anstoßen möchte, die den Weg für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft ebnen. Neben einem *permanenten* lässt sich zusätzlich auch ein *ambivalenter* Charakter im Begriff der Transformation ausmachen. Karl Polanyi skizzierte in seinem Buch der »großen Transformation« die soziale »Entbettung« der Agrargesellschaft im Zeitalter des englischen Industriekapitalismus und griff dabei das marxistische Verständnis gesellschaftlicher Umwälzungen auf. Dabei richtete er seinen Fokus zunächst auf Vor- und Nachteile, die im Prozess einer Transformation unmittelbar in Erscheinung treten. So ermöglichte der Eintritt in das Industriezeitalter einerseits eine enorme Steigerung der Produktionsmittel und damit einhergehende Errungenschaften wie die viel beachtete Dampfmaschine oder der mechanische Webstuhl. Die Gegenseite dieses technologischen Fortschritts zeitigte jedoch auch eine extreme Verarmung der Arbeiterklasse, die sich unter katastrophalen Bedingungen

in den Industriestädten niederlies und den ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen sowie der unmittelbaren Umweltverschmutzung schonungslos ausgesetzt war. Dieses Dilemma bezeichnete Polanyi mit dem Begriff der »Teufelsmühle« (vgl. Polanyi 2001: 35). Dementsprechend ist es notwendig, dass sich Akteure der SöT dem ambivalenten Charakter des Projekts bewusst sind, und potentielle negative Auswirkungen auf das soziale Gefüge einer im Umbau begriffenen Gesellschaft bedenken.

2.1.2. Politische Debatte der Sozial-ökologischen Transformation

Die vielschichtige Debatte zur SöT zu überblicken gestaltet sich schwierig. Ulrich Brand und Markus Wissen (2017b) schlagen vor, die Debattenstränge in zwei Lager zu trennen: einem *politischen* bzw. einem *akademischen* – wenngleich auch innerhalb der jeweiligen Lager Abweichungen zu verzeichnen sind. (vgl. ebd.: 1 f.). Mit dieser vorgeschlagenen Trennung soll der Versuch unternommen werden, die Vielzahl der einflussreichen Akteursgruppen mit ihren jeweiligen normativen Interessen und theoretischen Perspektiven, die an das Projekt einer SöT herangetragen werden, verständlich darzustellen, um somit auch der weitreichenden Bedeutung dieses Begriffs gerecht zu werden.

Das politische Lager, welches sich aus staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen sowie Think Tanks zusammensetzt, erreicht durch seine vielen Publikationen an »Flagship Reports« eine hohe Aufmerksamkeit, da diese überwiegend normativ verfasst sind. Die historische Betrachtung klimapolitischer Ereignisse soll dafür als »argumentatives Gerüst« dienen, da diese einen starken Einfluss auf die offizielle politische Positionierung üben.

Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro markierte im Jahr 1992 mit der daraus hervorgegangenen Agenda 21 sowie der Rio-Deklaration¹ eine neue Ära der Klima- und Entwicklungspolitik. Ziel des Gipfels war es, seinem Konferenztitel entsprechend, die Weichen für eine zukünftig nachhaltige Entwicklung zu stellen. Angesichts einer bis dahin globalen Abwesenheit von Umweltpolitik und dem Ausbleiben versprochener Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit in den Ländern des globalen Südens durch klassische Entwicklungsstrategien, setzten sich VertreterInnen des »Erdgipfels« in Rio dafür ein, der diagnostizierten »Doppelkrise« aus Umwelt und Entwicklung

¹ Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung.

mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung entgegenzuwirken. Die daraus entstandene, völkerrechtlich nicht verbindliche Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung beinhaltet 27 Grundsätze, welche die UN-Mitgliedsstaaten daran erinnerten, dass das Wohl der Menschheit insbesondere für die zukünftigen Generationen ausschließlich durch einen harmonischen Umgang mit der Natur garantiert sei (vgl. UNED 1992a). Darüber hinaus konnte die präsentierte Agenda21 mit ihrem umfassenden Aktionsprogramm erste praktische Maßnahmen für einen gesellschaftlichen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit umsetzen. Hervorzuheben sind etwa die im Kapitel 28 aufgeführten kommunalen Initiativen zur Unterstützung der Agenda 21 durch das Gründen einer »lokalen Agenda 21«:

»Jede Kommunalverwaltung sollte in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine "lokale Agenda 21" beschließen. Im Zuge der Konsultation und Konsensbildung würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen, Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und die Informationen erhalten, die sie benötigen, um die beste Strategie aufstellen zu können. Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft« (UNED 1992b: 291).

Die Förderung von Initiativen, mit denen gezielt einzelne Haushalte und lokale UnternehmerInnen erreicht wurden, erwies sich als vielversprechendes Programm. Dass das Agieren auf lokaler Ebene den Erwartungen gerecht wurde, zeigt sich etwa am Beispiel der Stadt Wien. Hier feierte die lokale Agenda »LA21 Wien« im Jahr 2018 ihr zwanzigjähriges Jubiläum und konnte dabei auf eine erfolgreiche Projektzeit zurückblicken (vgl. LA 21 Wien 2019). Im Rückblick fällt die Bilanz des Erdgipfels in globalem Maßstab jedoch ernüchternd aus. Der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) unterstreicht in seinem aktuellen Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung, dass der menschliche Einfluss zu einer globalen Klimaerwärmung führe, die im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zwischen 0,8°C und 1,2°C gestiegen sei. Bei einem Überschreiten der selbst auferlegten Grenze von 1,5°C prognostizieren die ForscherInnen, dass, blieben drastische Veränderungen aus, mit unkontrollierbaren Klimaereignissen bereits im Zeitraum zwischen 2030 und 2052 höchstwahrscheinlich zu rechnen sei (vgl. IPCC 2018: 6). Im Nachhinein kann man gleichwohl sagen, dass die Konferenz 1992 insofern wichtig war, als zum ersten Mal überhaupt Klimapolitik im Rahmen politischer Richtlinien diskutiert wurde. Eine notwendige Transformation konnte allerdings nicht angestoßen werden. Der

Sozialwissenschaftler Davide Brocchi hält fest, dass durch den wenige Jahre zuvor eingeleiteten Prozess der Perestroika, Russland zwar erkannte, dass ein nuklearer Weltkrieg oder zumindest ein endloses Aufrüsten verhindert werden kann, doch blieb auch hier das Potential der daraus hervorgegangenen tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformation aus ökologischer Perspektive ungenutzt. Nach der großen Hoffnung stehen die 1990er Jahre somit für ein Jahrzehnt der verpassten Chancen (vgl. Brocchi 2008: 54). Sinnbildlich für diese Zeit steht die abgelehnte Ratifikation des 1997 auf der dritten UN-Klimakonferenz verabschiedeten Kyoto-Protokolls seitens der USA. Die Zusatzvereinbarung zum Rahmenübereinkommen der UN Klimaziele aus dem Jahr 1992 wurde dennoch zum wichtigsten Klimadokument der Jahrtausendwende, ehe es erst durch das Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 aktualisiert wurde. Mit der Finanzkrise im Jahr 2008 wurde dann ein wirtschaftsstrategischer Kurs offenbar, der viele KlimaaktivistInnen gegen politische Maßnahmen protestieren ließ. Für die Stabilisierung des Wirtschaftssystems, wurden klimapolitische Ziele an den Rand gedrängt und übergangen (vgl. Brand/Wissen 2017b: 23 f.). Der Ruf einer internationalen Finanzpolitik, in die reichlich entwicklungs- und umweltpolitische Hoffnung gesetzt wurde, hatte an Glaubwürdigkeit eingebüßt – die im Jahr 2012 in Rio de Janeiro abgehaltene »Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung« darf als Gradmesser gelten hinsichtlich einer zukünftigen strategischen Ausrichtung. Als Ergebnis wurde betont, dass auch zwanzig Jahre nach dem Erdgipfel die internationale Staatengemeinschaft am Lösungskonzept, Klimapolitik und Wirtschaftswachstum zusammenzudenken und in diesem Zuge einen »Fortschritt« unterentwickelter Länder voranzutreiben, konsequent festhielt. Dabei konnte sich der Begriff der »Green Economy« endgültig im Vokabular potentieller Lösungsstrategien etablieren.

Offiziell ist Green Economy als ein Wirtschaftsmodell zu verstehen, welches die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu berücksichtigen sucht und damit ein deutliches Versprechen formuliert: wirtschaftliches Wachstum ökologisch und sozialverträglich zu gestalten (vgl. BMZ 2012). Green Economy fand erstmals im Jahresbericht 2008 der UNEP Erwähnung und ist dementsprechend als unmittelbare Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise desselben Jahres zu lesen. Insbesondere sollte das erwähnte angekratzte Image des globalen Wirtschaftssystems gemäß den Vorstellungen der Vereinten Nationen einer Transformation unterzogen werden und so mehr ökologische und soziale

Verantwortung hinsichtlich des Wirtschaftswachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Armutsminderung zu übernehmen:

»The overall objective of UNEP's Green Economy initiative is to enable global leaders and economic, finance, trade, environmental and other policy makers to recognise the contribution of environmental investment to economic growth, job creation and poverty reduction and to reflect this recognition in their policy responses to the prevailing economic crisis and beyond« (vgl. Bindra et al. 2009: 14).

Dass es 2012 gelang, die Initiative des »grünen Wirtschaftens« in der Abschlusserklärung der Konferenz in Rio de Janeiro als Erfolg zu verbuchen, erklärt sich – aus politischer Perspektive betrachtet – durch den hohen Stellenwert, der einer »grünen Technologie« und der Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze eingeräumt wurde (vgl. UNCSD 2012: 14). Gleichzeitig ist jedoch zu betonen, dass es für die UN-Mitgliedsländer nach der globalen Finanzkrise von 2008 nicht selbstverständlich sein konnte, angesichts der weitreichenden Konsequenzen, welche der Zusammenbruch der US Investmentbank »Lehman« und der damit ausgelösten Immobilienkrise mit sich brachte, ein Modell zu erarbeiten, das weiterhin auf die kapitalistische Voraussetzung des Wirtschaftswachstums setzte. KritikerInnen der »Green Economy« sehen in ihr weniger ein ökologisches Verantwortungsbewusstsein als vielmehr ein Instrument zur Stabilisierung des angeschlagenen Wirtschaftssystems. Als Beispiel können staatliche Initiativen zur Stärkung der nationalen Wirtschaft im Zuge der Finanzkrise herangezogen werden, wie etwa die Abwrackprämie in Deutschland und Österreich, die zum Kauf eines neuen Automobils motivieren sollte. Aus einer ökologischen Perspektive ist es zwar sinnvoll, alte Automobile mit hohem Schadstoffausstoß von den Straßen zu nehmen, der Kauf eines Neuwagens ist jedoch aufgrund seines gesamten Material- und Energieaufwands, der zur Produktion, Nutzung und Entsorgung benötigt wird, nicht nachweisbar nachhaltiger als das Festhalten am hergebrachten Automobil (vgl. Brand/Wissen 2017b: 24). Ulrich Brand und Markus Wissen bewerten solche Maßnahmen, welche den Ansprüchen einer »Green Economy« gerecht werden, als nicht zielführend, da der Fokus auf der Sicherung des – wie sie es ausdrücken – »Kerngeschäfts« liege und nicht auf der Ökologie (vgl. ebd.). Andere Maßnahmen wie etwa die Energiewende in Deutschland, die durch die Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 unter dem Regierungskabinett Merkel zu einem Atom-Moratorium führte, können dagegen als ökologischer Fortschritt gewertet werden – wenngleich die

Diskussion um den Atomausstieg sich vielschichtiger darstellt als ursprünglich angenommen und ein genaues Datum für den endgültigen Ausstieg aus der Kohleindustrie noch nicht offiziell vorliegt. Der formulierte Anspruch der Green Economy, insbesondere KleinbäuerInnen in Ländern des globalen Südens zu unterstützen, diese vor der Machtkonzentration weltweit agierender Agrarkonzerne zu schützen, gestaltet sich ebenso als schwieriges Unterfangen. Hier ist auf die Verhandlung von Freihandelsabkommen als auch auf das Thema der Finanzialisierung von Rohstoffen zu verweisen. In letzterer werden die Auswirkungen der Spekulation mit Nahrungsmitteln aus zwei sich vehement widersprechenden Lagern diskutiert (vgl. Pies 2015; Conrad 2015).

Die UN-Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten bekräftigte bereits ein Jahr vor der Konferenz in ihrem Flagship Report von 2011 mit dem Titel »*Great green technological transformation*« das Anliegen, eine SÖT hauptsächlich durch Technologien im Bereich erneuerbarer Energien und nachhaltiger Landwirtschaft anzustoßen (UN DESA 2011). Auch die Europäische Kommission veröffentlichte einen Plan für nachhaltiges Wachstum, der aufzeigt, wie das Wirtschaftssystem innerhalb einer Generation durch geringeren Ressourcenverbrauch und steigender Ressourceneffizienz grundlegend transformiert werden könne, ohne, dass die europäische Wettbewerbsfähigkeit gefährdet werde (vgl. Brand/Wissen 2017a: 2). Schließlich ist für den deutschsprachigen Raum auch das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU) für die Debatte der SÖT von Bedeutung, das mit seinem Report von 2011 einen »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« anstoßen möchte und eine kritische Betrachtung bisheriger klimapolitischer Maßnahmen unternimmt. Anliegen des WBGU ist es, mit dieser Publikation aufzuzeigen, dass eine Transformation zu Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit sowohl technisch als auch wirtschaftlich realisierbar sei, sofern die richtigen Bedingungen in einer Gesellschaft gegeben seien. Der Titel der Publikation leitet sich vom Werk Karl Polanyis »The Great Transformation« (1944) ab, auf welches im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch eingegangen wird. Der Bezug auf Polanyi soll den Stellenwert der SÖT und das Ausmaß der sozialökologischen Herausforderungen unterstreichen und wird seiner wenig zaghaft formulierten Dringlichkeit gerecht, wenn ihre AutorInnen die SÖT in die Tradition der neolithischen Revolution mit ihrem Übergang von Jäger- und Sammlergesellschaften in die Agrargesellschaft vor etwa 10.000 Jahren sowie in den Eintritt des industriellen Zeitalters einreihen, welche sie als die beiden bisher einzigen

Zivilisationsschübe der Menschheit bezeichnen (vgl. WBGU 2011: 90). Solche Formulierungen zeugen von einem sehr normativ verfassten Inhalt, wenngleich dieser nicht nur auf einen sogenannten »Wertewandel der Gesellschaft« abzielt, sondern auch Lösungen präsentiert, die die technische und wirtschaftliche Machbarkeit in den Blick nehmen und darin weiterhin auf den politische und ökonomische Institutionen vertrauen, ohne deren Machtstrukturen hinsichtlich ihrer zugrundeliegenden Transformationslogik zu hinterfragen.

Letztlich eint die genannten Publikationen der Glaube an ein nachhaltig gestaltbares Wirtschaftswachstum. Ein grüner Kapitalismus wird als einzige realistische Möglichkeit zum Abwenden einer sozial-ökologischen Krise gesehen und so wird auch die Debatte um staatliche Klimapolitik von gewinnversprechenden technologischen Innovationen dominiert, die bei genauer Betrachtung von Energiekosten, die bei der Rohstoffförderung und ihrer Weiterverarbeitung anfallen, in letzter Konsequenz wenig nachhaltig erscheinen. Ulrich Brand und Markus Wissen behaupten etwa, dass die Ereignisse der Weltwirtschaftskrise von 2008 zu keinem politischen Umdenken führten, sondern im Gegenteil zu einer Stärkung des Vertrauens in Staat und Ökonomie (vgl. Brand/Wissen 2017b: 24). Weitere vehemente KritikerInnen dieser Entwicklung, wie der venezolanische Soziologe Edgardo Langer, kommen zu dem Schluss, dass die »Green Economy« ein durch und durch kontraproduktives Verfahren darstelle, welches der Förderung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit im Wege stehe. Nach Langer verweigern die hier präsentierten Flagship Reports eine Analyse ungleicher Machtverhältnisse im globalen Wirtschaftssystem und beschreiben vielmehr eine fiktive Welt, ohne, dass Kriege und Militär Erwähnung fänden – Faktoren, die Edgardo Langer für die weltweit verheerendsten sozialen wie ökologischen Schäden verantwortlich macht (vgl. Lander 2011). So würden diese Berichte den Eindruck vermitteln, es wäre möglich mittels politischer Richtlinien Einfluss auf globale Finanzmärkte und transnationale Unternehmen zu generieren – dabei seien letztere doch von einer ständigen Profitmaximierung abhängig. Im Umkehrschluss sei das politische Risiko für nationale Regierungen zu hoch, als dass sie es wagten, Unternehmen Vorschriften zu erteilen. Besonders angesichts der angepriesenen High-Tech Produkte, deren Grundlage überwiegend Rohstoffe wie Kobalt, Nickel und Lithium bilden, verfolgen Industriestaaten eigene unternehmerische Interessen. Lander zufolge agieren die Industriestaaten im internationalen Zusammenhang zunehmend autoritär, um im Eigeninteresse dauerhaften Zugang zu Ländern und Regionen, die reich an solchen Rohstoffen sind, für sich selbst zu garantieren (vgl. ebd.). Bei der Betrachtung der Wertschöpfungsketten

dieser Materialien zeigt sich, dass letztlich die weiterverarbeitende Produktion in jenen Ländern geschieht, in denen die höchsten Profite erzielt werden, während die Länder des globalen Südens einem Extraktivismus, einschließlich der damit verbundenen sozialen und ökologischen Folgen, ausgeliefert bleiben. So enthüllen die ForscherInnen statt einer aus Green Economy-Perspektive erhofften »win-win« Situation vielmehr eine dauerhafte Verschuldung rohstoffreicher Länder (vgl. Stevens et al. 2015: 34).

Mit dem Übergang der Millennium Development Goals (MDGs) zu den Sustainable Development Goals (SDGs) wurde 2015 offiziell kommuniziert, dass es sich bei der diagnostizierten »Doppelkrise« aus Umwelt und Entwicklung tatsächlich um eine »Vielfachkrise«, oder auch »multiple Krise«² handelt. Unter dem Titel »Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« (2015) fassen die SDGs globale Herausforderungen wie Jugendarbeitslosigkeit, Alterung der Bevölkerung, Klimawandel, Umweltverschmutzung, nachhaltige Energiezukunft und Migration ins Auge. Im Gegensatz zu den MDG, die noch sehr stark auf sogenannte Entwicklungs- und Schwellenländer ausgerichtet waren, wurde nun die Aufforderung zur Umsetzung der siebzehn formulierten SDG-Ziele auch auf die bisher ausgenommenen Länder des globalen Nordens erweitert (vgl. ebd.). Zahlreiche Veröffentlichungen kritisierten bereits im Voraus, dass eine erfolgreiche Implementierung der ambitionierten Ziele bis zum Jahr 2030 unwahrscheinlich sei. Als größte Schwächen der Agenda werden das Fehlen einer einheitlichen Methode zur Messbarkeit der Ziele, der nicht bindende Charakter der Agenda, sowie die Finanzierung, zu der auch Privatunternehmen zählen, die dem Zwang der Gewinnorientierung unterworfen sind, hervorgehoben (vgl. Obrovsky & Trimmel 2014, Blickling 2017). Aufgrund dieser Kritik sowie eines bisher nicht in Erscheinung getretenen radikalen Wandels in der Klimapolitik, büßen viele Begriffe und Programme an Vertrauen hinsichtlich ihrer Wirkungskraft ein. Zeuge dieses Prozesses sind Begriffe wie »Wandel« und »Nachhaltigkeit«, denen es zunehmend an Schlagkraft fehlt, da sie ihrer tatsächlichen Forderung aufgrund inflationärer Verwendung mit ausbleibenden Lösungsansätzen beraubt wurden (vgl. Brand 2014: 8). Die UN-Klimakonferenz 2015 in Paris, die das »Übereinkommen von Paris« als neu aufgesetzte Vereinbarung des

² Mit dem Begriff der »multiplen Krise« veranschaulichen Ulrich Brand und Markus Wissen, dass gegenwärtige Krisen sehr stark miteinander verzahnt sind. Gemäß den Autoren kann nicht gesondert von einer Finanz- und Wirtschaftskrise gesprochen werden, ohne dabei ökologische Faktoren miteinzubeziehen. In der Konsequenz sei auch die politische Repräsentation Teil dieser multiplen Krise. So deuten die Autoren einen sich abzeichnenden Vertrauensverlust in etablierte Parteien als Resultat eines mangelhaften Umgangs mit der Komplexität multipler Krisen (vgl. Brand/Wissen 2017b: 25).

»Kyoto Protokolls« auf den Weg brachte, steht darüber hinaus sinnbildlich für einen solchen Bedeutungsverlust. Die Euphorie angesichts der großen Errungenschaft dieses UN-Klimavertrags, die Formulierung des 1,5 Grad Ziels³, wurde abrupt gedämpft als die USA unter dem amtierenden US-Präsident Donald Trump bereits im Jahr 2017 ankündigte, aus dem Klimaabkommen auszusteigen (vgl. Shear 2018). Das ambitionierte Vorhaben des 1,5 Grad Ziels sei nach Einschätzung der UN-KlimaexpertInnen jedoch nur möglich, wenn alle Staaten ihren nationalen Klimaschutzplan »Nationally Determined Contributions« (NDC) ehrgeizig verfolgten (vgl. BMU 2015: 3). Der angekündigte Rückzug der USA als auch wenig später Brasiliens steht symbolisch für das Scheitern der globalpolitischen Ambitionen. Einem Appell an die Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit und Wandel wurde damit die Grundlage glaubhafter politischer Verantwortung und Unterstützung entzogen.

2.1.3. Akademische Debatte der Sozial-ökologischen Transformation

Die Unterscheidung einer politischen Debatte von einer akademischen ist nicht selbstverständlich, bedenkt man, dass sich der Großteil politisch-strategischer Transformationsanstöße auf Strategien bezieht, die aus dem akademischen Bereich hervorgegangen sind. Nichtsdestotrotz schlagen Ulrich Brand und Markus Wissen (2017b) eine solche Differenzierung vor, da diese die jeweiligen dominanten Narrative innerhalb der beiden Lager stärker zur Geltung bringe. Während der dargelegte gemeinsame Nenner des politischen Lagers in der Überzeugung gründet, Wirtschaftswachstum könne mit sozialen und ökologischen Zielen in Einklang gebracht werden, beschränkt sich der akademische Diskurs nicht nur auf technologische und veränderte Marktstrukturen, vielmehr nimmt er auch die Grundlagen und Ursachen der »multiplen Krise« in den Blick, indem er zugrundeliegende Produktions- und Konsummuster untersucht und dabei einen deutlichen Schwerpunkt auf soziale Innovationen legt (vgl. ebd.: 3).

Die wesentlichen theoretischen Auseinandersetzungen mit der SöT lassen sich grob anhand von fünf Ansätzen darstellen (vgl. ebd.). Einen wichtigen Beitrag liefert die maßgeblich von der österreichischen Soziologin Marina Fischer-Kowalski (1997) geprägte Soziale Ökologie, die, einem systemtheoretischen Ansatz folgend, die Interaktion zwischen sozialen

³ Das Pariser Klimaabkommen enthält Treibhausgas-Minderungsverpflichtungen für alle Staaten und soll die menschengemachte globale Temperatursteigerung auf deutlich unter 2°C – wenn möglich 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau beschränken(vgl. BMU 2015).

und natürlichen Systemen untersucht. Dementsprechend wird diese Disziplin auch als »Wissenschaft von den Gesellschaftlichen Naturverhältnissen« bezeichnet; sie versucht deren Wechselwirkungen anhand der theoretischen Kernkonzepte »Gesellschaftlicher Metabolismus« und »Kolonisierung natürlicher Systeme« zu erforschen (vgl. Simon 2013). Die Bezeichnung des gesellschaftlichen Metabolismus (Stoffwechsel) beschreibt die energetische und materielle Wechselwirkung einer Gesellschaft mit ihrer natürlichen Umwelt. Eine solche Kreislaufwirtschaft basiert auf der Erhaltung von Strukturen, von Funktionen, sowie der Reproduktion von Gesellschaften, indem Rohstoffe aus der Natur extrahiert, zu Nahrung und anderen Produkten verarbeitet und anschließend in Form von Abfällen und Emissionen wieder »ausgeschieden« werden (vgl. Ludwiczek 2017: 35). Das Niveau, das die biologische Grundversorgung eines jeden gesellschaftlichen Mitglieds garantiert, wird als Untergrenze des gesellschaftlichen Stoffwechsels definiert. Mit diesem Ansatz versucht die sozialökologische Theorie anhand der spezifischen Lebensweise ausgewählter Gesellschaften ihren Stoffwechselumsatz zu bestimmen. Die Höhe der Bilanz bestimmt den Grad der Nachhaltigkeit einer Gesellschaft. Beispielsweise fällt der Stoffwechselumsatz einer Gesellschaft, die sich von tierischen Produkten ernährt im Vergleich zu einer, die eher auf vegetarische Ernährung setzt, deutlich höher aus (vgl. ebd.: 36). Mit diesem Konzept geht das der »Kolonisierung natürlicher Systeme« einher, welches die Voraussetzung für den gesellschaftlichen Stoffwechsel überhaupt erst ermöglicht. Marina Fischer-Kowalski versteht dies als »Manipulation von Parametern natürlicher Systeme mit dem Ziel der Steigerung ihrer Nützlichkeit für gesellschaftliche Zwecke« (Fischer-Kowalski et al. 1997: 7). Das bedeutet, dass alle menschlichen Eingriffe in die Natur, wie etwa Landwirtschaft, Tier- und Pflanzenzüchtung, Be- und Entwässerung, die Nutzung der Wasserkraft als auch der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, Ausdruck einer solchen Kolonisierung sind (vgl. Ludwiczek 2017: 36). Während »Jäger- und Sammlergesellschaften« aufgrund ihrer natürlichen Lebensweise noch einen Stoffwechsel aufweisen, der nahezu deckungsgleich mit der definierten Untergrenze ist, kam es unter den ersten Agrargesellschaften im Zuge der neolithischen Revolution zu einer ersten Form der Kolonisierung von Natur. Die gesellschaftliche Produktivität sollte durch Sesshaftigkeit, Viehhaltung und Ackerbau gesteigert werden. Der Eintritt in die Industriegesellschaft markierte schließlich eine weitere ökologische Transformation: erkennbar daran, dass der energetische und materielle Stoffwechsel industrieller Gesellschaften, der gesteigerten Nachfrage an Rohstoffentnahmen (Input) wegen, sowie eines

starken Bevölkerungswachstums und dem damit einhergehenden Anstieg von Abfällen und Emissionen (Output) zunahm (vgl. ebd.: 37 f.). Der gegenwärtige gesellschaftliche Stoffwechsel befindet sich in einer fundamentalen Krise, da Gesellschaften nach wie vor von einer massiven Rohstoffentnahme abhängen und Energie bislang aus fossilen Rohstoffen noch nicht gewonnen werden kann, ohne dass die globale Erderwärmung weiter anwüchse; hinzu kommt die Tatsache, dass sich zwei Drittel der Weltbevölkerung aktuell im Übergang von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft befinden (vgl. Brand/Wissen 2017a: 4). Angesichts dieser Problematik begibt sich die Soziale Ökologie auf die Suche nach dem Erreichen größtmöglicher Lebensqualität, die durch einen möglichst geringen materiellen wie energetischen Aufwand garantiert werden kann.

Auch das Konzept der Transitionsforschung und des Transition Managements bezieht sich auf einen systemtheoretischen Ansatz; erweitert jedoch die Perspektive der Sozialen Ökologie, indem es verstärkt auf technologische und institutionelle Aspekte eingeht. Bedeutende Entwicklungen im sozioökonomischen, technologischen und politischen Bereich werden als Systeminnovationen bezeichnet (vgl. Weber et al. 2006: 21). Führen diese Innovationen zu langfristigen und strukturellen Veränderungen, werden sie als Transitionen definiert. Für ein genaueres Verständnis darüber, wie große Transitionen - etwa auch solche in Richtung Nachhaltigkeit - entstehen und gesteuert werden können, bezieht sich der Ansatz auf ein »drei Ebenen-Modell von Transitionsprozessen« (vgl. Geels 2011: 26 f.). Auf der Mikro-Ebene sind gesellschaftliche Nischen und Individuen angesiedelt, die Erwartungen an die genannten Innovationssysteme stellen und häufig den Ursprung von Transitionsprozessen markieren. Während in der Vergangenheit noch überwiegend ökonomische Erwartungen wie Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung formuliert wurden, rücken allmählich auch ökologische Forderungen in den Vordergrund. Innovationen auf der Mikro-Ebene beeinflussen anschließend die auf der Meso-Ebene agierenden »Regime« und Institutionen, ohne die eine Bewältigung der herangetragenen Erwartungen nicht realisierbar wäre (vgl. ebd. f.). Bei der Durchsetzung von Transitionen in Richtung Nachhaltigkeit betont dieser Ansatz besonders die Veränderung des herrschenden »sozio-technischen Regimes«, das auf der Meso-Ebene verortet auch in wirtschaftliche, soziale, institutionelle und kulturelle Kontexte eingebettet ist. Als Regime werden folglich Systeminnovationen bezeichnet, die mit einem multidimensionalen Charakter verknüpft werden und dann beispielsweise in Form von Politikstrategien auf der Makro-Ebene die allumfassende soziale, politische, ökonomische und

kulturelle Landschaft strukturell und langfristig verändern (vgl. Brand/Wissen 2017a: 4). Als Beispiel kann der Übergang des Energiesystems von Kohle auf Gas und Öl gelten; auch der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft steht dafür exemplarisch. Bei solchen Transitionen handelt es sich um langwierige Prozesse, die sich über einen Zeitraum von bis zu zwei Generationen erstrecken können (vgl. Weber et al. 2006: 22).

Der sozialtheoretische Ansatz der Praxeologie hält der Transitionsforschung wiederum entgegen, sie würde die soziale Wirklichkeit zu vereinfacht darstellen; Man könne nicht einfach auf einer bevorzugten Ebene eingreifen und Einfluss ausüben. Des Weiteren kritisieren VertreterInnen dieses Ansatzes, wie etwa Shove und Walker (2008), dass dabei der sozialen Rolle zu wenig Beachtung beigemessen werde. Untersuchungsgegenstand der Praxeologie sind dementsprechend in der Gesellschaft verankerte Verhaltensroutinen, die in unterschiedlichen Bereichen wirken (vgl. Brand/Wissen 2017a: 5). So rücken soziale und politische Institutionen in den Blick, welche diese Routinen fördern sowie soziotechnische Entwicklungen wie etwa physische Infrastrukturen, welche diese ermöglichen. Die soziale Praxis dieser Alltagsroutinen ist zudem durch den Zugang zu Wissen geprägt und orientiert sich an herrschenden Symbolen, die als gesellschaftliche Wegweiser fungieren (vgl. ebd.). Aus dieser Perspektive kann einer umweltschädlichen Verhaltensroutine wie etwa dem Fahren eines Automobils nicht wie in der Transitionsforschung mit konkreten politischen Reformen entgegengesteuert werden. Die Praxeologie legt neben der Berücksichtigung der aufgeführten Elemente auch einen besonderen Fokus auf die darin eingeschriebenen Machtstrukturen und ihrer Symbolik. Am Beispiel des Autofahrens betont dieser Ansatz, dass es zu dessen Überwindung ebenso notwendig sei, die damit verknüpfte romantisierte Darstellung von Freiheit, Männlichkeit und Fortschritt zu dekonstruieren, die auch institutionell zum Ausdruck gebracht wird (vgl. ebd. f.).

Einen weiteren Ansatz in der akademischen Debatte zur SöT liefern die Beiträge von »degrowth«. Jedoch gestaltet sich die Trennung von politischer und akademischer Debatte an dieser Stelle schwieriger. Der formulierte Anspruch der degrowth-Bewegung ist es, wie die Bezeichnung der »Bewegung« es bereits andeutet, zweifelsohne den Charakter des politischen Akteurs zu betonen. So strebt die degrowth-Bewegung danach, mit unterschiedlichen in der Praxis angesiedelten Projekten, ihren Ruf als rein akademisches Projekt zu überwinden. Der Debattenstrang von degrowth markiert somit einen Grenzbereich zwischen der analytischen Trennung von akademischer und politischer Debatte. Da die

degrowth-Bewegung jedoch als sehr wirkungsmächtiger Akteur innerhalb der akademischen Debatte verankert ist, wird sie in der hier unternommenen Unterteilung im wissenschaftlichen Kontext vorgestellt. Unter der Bezeichnung, zu deutsch etwa »Wachstumsrücknahme« oder oftmals auch »Entwachstum«, verbirgt sich ein Projekt, das in der vorherrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik einen Raum und eine interaktive Plattform bietet, auf der sich diverse soziale Bewegungen, Initiativen und Strömungen austauschen und vernetzen können, die gemeinsam gegen einen - für sie dringliche Fragen ausklammernden - Gesellschaftsentwurf und für alternative Formen des Zusammenlebens kämpfen (vgl. Muraca 2017: 9). Der degrowth-Bewegung in Deutschland, die unter dem Begriff »Décroissance« in Frankreich entstand und sich allmählich in Europa unter abweichenden Bezeichnungen sowie feinen Unterschieden (im deutschsprachigen Raum spricht man auch von »Postwachstum«) ausbreitete, gelang es im Sommer 2014 auf der internationalen degrowth-Konferenz in Leipzig eine Vielzahl von Bewegungen untereinander zu vernetzen und sich erstmalig im Wissenschaftsdiskurs zu etablieren. Wie der Name es bereits andeutet, streitet der degrowth Ansatz für einen Richtungswechsel gegenwärtiger ökonomischer und sozialer Paradigmen. Dabei agiert er sowohl auf einer Makro-Ebene, auf der ökonomische und politische Institutionen dahingehend kritisiert werden, dass sie Wohlstand untrennbar mit Wirtschaftswachstum proklamieren und Wohlstand am Bruttoinlandprodukt eines Landes bemessen, als auch auf einer Mikro-Ebene, indem ein Wandel persönlicher Werte und Vorstellungen angestoßen werden soll (vgl. Brand/Wissen 2017a: 5 f.). Die Leitfrage, wie Wohlstand anders gestaltet werden kann, formuliert folglich die Frage nach einer alternativen Lebensweise, die zwangsläufig beinhaltet, das aktuelle materielle Konsumverhalten in gegenwärtigen Gesellschaften deutlich zu reduzieren ohne jedoch an Lebensqualität einbüßen zu müssen.

Schließlich bleibt der Ansatz der kritischen Geographie und der politischen Ökologie zu erwähnen, der sich von den bereits genannten durch einen starken Fokus auf die Konzeption von Macht und Herrschaft abhebt. Indem die politische Ökologie die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf das Ökosystem beleuchtet, kritisiert sie zugleich ein solches Verständnis, welches Natur von menschlichen Einflüssen »externalisiert« (vgl. Bauriedl 2016: 342). Die oft ausgesprochene Behauptung, der Klimawandel sei eine Umweltkrise, lässt die aus politökologischer Perspektive gedeutete Fehlannahme zu, dass sich Natur in einem Ungleichgewicht befinde und außerhalb gesellschaftlich beeinflussbarer Verhältnisse stehe.

So plädiert die Politische Ökologie für die Definition einer »Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, die das Ausblenden von Machtstrukturen bei vielen Ansätzen der Umweltforschung betont und damit auf soziale Ungleichheitsstrukturen aufmerksam macht. Ungleicher Ressourcenzugang und ungerechte Ressourcenverteilung zeugen davon, dass der Wert, die Nachfrage und die Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen in der Gesellschaft ausgehandelt werden (vgl. ebd.: 344). Die sich daraus ergebenden drei Thesen, dass einerseits Umweltkonflikte Ausdruck einer sozialen Krise sind, sowie die Beobachtung, dass negative Folgen von Umweltveränderungen ungerecht verteilt sind und schließlich, dass das Wissen über Umweltfragen ein politisch umkämpftes Feld ist, fassen die Hauptkritikpunkte dieses herrschaftskritischen Ansatzes zusammen (vgl. ebd.). Im Unterschied zum Konzept des sozialen Metabolismus liegt der Fokus somit weniger auf der physischen Umwelt, als vielmehr auf den sozialen Strukturen, die sich durch die Aneignung von Natur ergeben. Politische Institutionen, welche in einschlägigen »Flagship Reports« als auch in der akademischen Debatte rund um die Transitionsforschung als Lösungsstrategien präsentiert werden, gelten in der Politischen Ökologie als Teil des Problems (vgl. Brand/Wissen 2017a: 6).

Schlussendlich bestätigt sich, dass weder in der politischen noch in der akademischen Debatte ein einheitliches Verständnis über den Begriff der SöT vorliegt. Die politische Debatte, die überwiegend von einer normativen Begriffsverwendung Gebrauch macht, droht paradoxerweise an ihren ambitioniert formulierten Zielen aufgrund eigener machtpolitischer Interessen zu scheitern. Die akademische Debatte ist dagegen durch stärker ausdifferenzierte Ansätze geprägt, die sich zu den politischen Standpunkten unterschiedlich verhalten. Beispielsweise lässt sich der Ansatz des Transitionsmanagements, mit seinem Fokus auf Systeminnovationen durch technologische Neuerungen, mit dem Narrativ der Green Economy verknüpfen, während degrowth der Überzeugung eines möglichen nachhaltigen Kapitalismus eine radikale Absage erteilt.

2.2. Konzeptionen des »Guten Lebens«

Da der nicht zu umgehende normative Charakter innerhalb der Diskussion einer SöT letztlich durch Verweise auf empirisch messbare Klimaveränderungen und deren soziale Folgen für eine natur- und sozialwissenschaftliche Betrachtung vermehrt Relevanz erfährt, gewinnen

damit verbundene Konzepte an Bedeutung, die aufgrund ihres heuristischen Charakters vormals überwiegend im disziplinären Bereich der Philosophie verortet waren. Wenngleich sich ein stärkeres Interesse ausmachen lässt, werden Auseinandersetzung mit dem »Guten Leben« nach wie vor – besonders in den Sozialwissenschaften – skeptisch gesehen (vgl. Rosa 2018: 57). Ebenso wie bei dem Versuch, normative Transformationsperspektiven für das Projekt einer SöT wissenschaftlich zu untermauern, wird auch hier befürchtet, mit der Beurteilung von rein subjektiven Wahrnehmungen, zur Verbreitung normativer Bewertungen beizutragen. So erlaubt die subjektive Einschätzung dessen, was es heißt, »gut zu leben«, stets die Möglichkeit ideologischer Instrumentalisierung jeglicher Art, obgleich sich die im Folgenden unternommene Konkretisierung der Konzeption auf jene Narrationen beschränkt, die im Kontext der hier diskutierten SöT stehen und ihre Bedeutung vor dem Hintergrund einer Kritik am thematischen Aspekt der kapitalistischen Wachstumsdynamik gewinnen. Im Anschluss an den Versuch einer wissenschaftlichen Annäherung an die Konzeption des »Guten Lebens«, wird mit »Buen Vivir« auf eine lateinamerikanische Narration geblickt, die aufgrund ihrer fundamentalen Abweichung von wachstumsdominierten Gesellschaftsformen immer wieder als Referenzpunkt und Vorbild gelebter Praxis für das Projekt einer SöT herangezogen wird. Der Fokus auf eine sozialwissenschaftliche bzw. sozialphilosophische Deutung des »Guten Lebens« sowie auf die Betrachtung des »Buen Vivir«, lässt bereits erahnen, dass die folgende Analyse einer Argumentationsstruktur folgt, die dem ideologischen Feld einer »Wachstums- und Kapitalismuskritik« zuzuordnen ist.

2.2.1. Wissenschaftlicher Zugang zur Konzeption des »Guten Lebens«

Die Auseinandersetzung mit der Frage über die Gestaltung des menschlichen Lebens und seiner Natur hat in der Wissenschaft eine lange Tradition. Eine ausführliche Darstellung würde den Rahmen dieser Arbeit bei weitem überschreiten und so kann in diesem Kapitel lediglich ein begrenzter Fokus auf jene Auseinandersetzungen gelegt werden, die im Sinne der Argumentationslinie sowie der vorgestellten Debatte einer SöT Kohärenz aufweisen. Bevor jedoch auf eine theoretische Betrachtung soziologischer und sozialphilosophischer Ansätze geblickt wird, soll ein kurzer Überblick zur statistischen Messbarkeit des »Guten Lebens«, die Bemühungen um eine Instrumentalisierung dieser Konzeption aufzeigen.

Die betonte Problematik der Normativität stellt besonders jene ForscherInnen vor Schwierigkeiten, die sich um eine wissenschaftliche Fundierung der Konzeption des »Guten

Lebens« bemühen. Oftmals wird damit zusammenhängendes Forschungsinteresse in jenen Forschungsfeldern geführt, die sich mit der Messbarkeit von Lebensqualität auseinandersetzen (vgl. Biesecker 2014). Über lange Zeit war es üblich, einen ökonomischen Indikator zu wählen, um Auskunft über die allgemeine Lebensqualität zu erhalten. Mit der Messzahl des Sozialprodukts ergab sich unter der Annahme, dass ein Wachstum des Sozialprodukts gleichzeitig zu einer Steigerung der Lebensqualität führen würde, die Möglichkeit, das »Gute Lebens« bedingungslos an das Wirtschaftswachstum zu koppeln (vgl. ebd.: 60). Diese Wachstumsfixierung geriet in den letzten Jahren aufgrund der Finanzkrisen zunehmend in Kritik, während gleichzeitig wachstumskritische Debatten, wie beispielsweise der vorgestellte degrowth-Ansatz mit seinem Bestreben, Wohlstand jenseits von Wirtschaftswachstum zu garantieren, vermehrt Gehör fanden. Zusätzlich betonen wissenschaftliche Publikationen, dass »glückliche Gesellschaften« auch unabhängig von Wachstum bestehen können (vgl. Wilkinson/Pickett 2012). So generieren alternative Vorstöße wie etwa in Bhutan, wo mit der Etablierung des »Bruttonationalglücks« (BNG) die Lebensqualität durch das Ermitteln des Glücksempfindens der StaatsbürgerInnen anstelle der Wirtschaftskraft gemessen wird, gesteigerte Aufmerksamkeit; wenngleich der Ansatz in Bezug auf seine Exklusivität auch starker Kritik ausgesetzt ist (vgl. Pellegrini/Tasciotti 2014). Die Antwort auf die Frage nach der Messbarkeit eines »Guten Lebens« hat sich aus dieser Perspektive folglich verkompliziert. Die allmähliche Abkehr von der Überzeugung, es ließe sich ausschließlich durch ökonomischen Wohlstand erreichen, markiert den Beginn eines breiteren Umgangs mit dem Konzepts und eröffnet Räume für neue Perspektiven.

Eine dem soziologischen Anspruch entsprechende, wertbefreite Betrachtung der Konzeption des »Guten Lebens« scheint bereits an der Auseinandersetzung mit der Begrifflichkeit zu scheitern, da es innerhalb des wissenschaftlichen Mainstreams der Soziologie als Tabu gilt, subjektive Absichten, Deutungen und Empfindungen zum Gegenstand der Forschung heranzuziehen (vgl. Rosa 2018: 58). Eine damit verbundene Ablehnung gegenüber philosophisch-normativen Deutungen eines »Guten Lebens« führte letztlich dazu, dass sich die Soziologie nunmehr überwiegend auf die objektiv messbaren und beobachtbaren Ursachen und Folgen sozialen Handelns sowie auf die Analyse sozialer Makrostrukturen beschränkt (vgl. ebd.). Indem die Soziologie, über keine ahistorischen Maßstäbe verfügt, vermeidet sie es, Maßstäbe und Kriterien der Konzeption eines gelungenen Lebens

darzustellen und kann dadurch konsequenterweise eine Unterscheidung zwischen »wahrem und falschem Handeln« nicht vornehmen (vgl. Rosa 2009: 90). Der Soziologe Hartmut Rosa sieht darin ein Versäumnis und moniert, die Soziologie habe sich mit einer solchen »normativen Enthaltensamkeit« in eine Lage gebracht, in der die Fixierung auf rein empirische Messungen und Beobachtungen dazu führte, dass nun Deutungen dieser Konzeption überwiegend anderen wissenschaftlichen Disziplinen überlassen werden müssten (vgl. Rosa 2018: 73). Seinen Vorwurf untermauert er damit, dass rückblickend die Frage nach dem »Guten Leben« das Entstehungsmoment der Soziologie überhaupt erst begründete: Inmitten der Hochphase der Industrialisierung gelang es der Soziologie, sich als Reaktion auf die tiefgreifende Transformation aller bisher gekannten Lebensweisen und – Rosas Theorie folgend – der daraus resultierenden »sozialen Beschleunigung« als wissenschaftliche Disziplin zu etablieren. Die soziale Frage der damaligen Zeit war Ausdruck einer angestoßenen Suche nach Möglichkeiten, dem schlechten Leben zu entkommen und berühre somit in ihrem Kern eine Vorstellung dessen, was ein »Gutes Leben« sei. Soziologische Gesellschaftskritik setzt folglich dort an, wo gesellschaftliche Missverhältnisse auftreten und sie versucht, diesen Missverhältnissen rein analytisch und überwiegend empirisch zu begegnen. Rosa (2009: 88) zufolge stößt sie dabei jedoch zwangsläufig an die Grenzen ihrer eigens postulierten Wertfreiheit, da die Untersuchung sozialer Ungleichheiten stets die Vorstellung einer sozial gerechten, und letztlich »gelingenden Lebensführung« voraussetzt.

Diese, vermeintlich von der Frage nach dem »Guten Leben« losgelöste, analytische Betrachtung hindert die Soziologie jedoch nicht daran, Widersprüche aufzuzeigen, die sich etwa aus den Implikationen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems der Moderne mit seinem, in diesem Kontext verorteten, Versprechen für ein »Gutes Leben« ergeben. Insofern erscheint die soziologische Perspektive für die in dieser Arbeit präsentierten Narrationen vom »Guten Leben« als bedeutsam. Bereits Max Weber bezeichnete den Kapitalismus als »schicksalsvollste Macht unseres modernen Lebens« (Weber 1988: 4), da seine Ordnung nicht nur die sozialen Bedingungen des Menschen, sondern auch seinen »Geist« beherrsche und sich dadurch die Wirtschaftssubjekte erziehe und erschaffe, die er zum Fortbestand benötige (vgl. Rosa 2009: 94). Mit dem Siegeszug des westlich kapitalistischen Wirtschaftsmodells konnten sich die individuellen Merkmale der »Autonomie« und »Authentizität« als kulturelle Eckpfeiler etablieren. Das individuelle Streben nach gesteigerter Autonomie und Authentizität war somit nicht nur Folge einer sich zunehmend individualisierenden Gesellschaft, sondern

fürte auch zu einer Privatisierung des »Guten Lebens« (vgl. ebd.: 96). Im Zeitalter der Aufklärung und der daraus hervorgegangenen französischen Revolution wurde das Subjekt schlagartig mit der Möglichkeit konfrontiert, selbstständig und frei über die Gestaltung des eigenen Lebenswegs zu entscheiden. Dabei galt, dass das erstrittene Autonomieideal eines selbstbestimmten Lebens unter keinen Umständen – weder von externen Einflüssen der Kirche, Monarchie, oder auch Armut, Ressourcenmangel und den Zwängen der Natur – seiner Freiheit beraubt werden durfte (vgl. ebd.: 95). Selbstbestimmt und uneingeschränkt den Beruf, die Partnerschaft, den Wohnort, den Glauben, die politische als auch sexuelle Orientierung sowie die Bildung, den ästhetischen Geschmack, u.v.m. frei wählen zu können, knüpft den Autonomiegedanken eng an die politischen Grundpfeiler westlicher Demokratien (vgl. Rosa 2018: 62). Dahingehend erklärt sich auch, weshalb das kapitalistische Wirtschaftssystem innerhalb westlicher Gesellschaften eine so hohe Bedeutung erhält. Der wirkmächtige Faktor des Geldes bildet neben dem erkämpften Recht auf Selbstbestimmung die Grundlage des Autonomieideals, da er den individuellen Gestaltungsspielraum zu vergrößern und das hochgeschätzte Gut der Unabhängigkeit zu erreichen verspricht (vgl. ebd.: 63). Neben der Autonomie sieht Rosa in der kulturellen Komponente der Authentizität einen wesentlichen Faktor, an dem sich die Subjekte der westlichen Moderne orientieren um die Qualität ihres Lebens zu bemessen. Sich selbst gerecht zu werden, sowie sich treu zu bleiben, sind Ausdrucksformen eines authentischen modernen Subjekts, welches durch das Erkennen seiner individuellen Anlagen und Fähigkeiten selbst für die Realisierung eines gelingenden Lebens zur Verantwortung gezogen wird. Aus soziologischer Perspektive betrachtet, bedeutet ein »Gutes Leben« in kapitalistischen Gesellschaften autonom und authentisch, also selbstbestimmt zu handeln und sich nach eigenem Maße selbst zu verwirklichen (vgl. ebd.: 66).

Um auf das Konfliktpotential hinzuweisen, welches sich aus diesen Wesensmerkmalen ergibt, bietet es sich an, dem Denken Hartmut Rosas einen Schritt weiter zu folgen. Sein Versuch, eine subjektzentrierte umfassende Theorie zu entwerfen, welche er unter der Bezeichnung der »Resonanz« (vgl. Rosa 2018) einführt, präsentiert das Gegenmodell zu einer sich abzeichnenden subjektiven Entfremdung von der Welt. Diese Entfremdung führt er auf eine dem Menschen intrinsische Steigerungslogik zurück, die er durch die *Angst*, nicht mehr mithalten zu können und somit den Platz in der Welt zu verlieren, sowie das *Begehren* des Subjekts, den Erfahrungshorizont kontinuierlich vergrößern zu wollen, begründet (vgl. ebd.:

70 f.). Diese Merkmale, welche Rosas Ansicht gemäß in einem dynamischen Prozess moderne Gesellschaften durchdringen und strukturell stabilisieren, seien permanent auf Steigerung, Wachstum und Beschleunigung angewiesen und zudem nicht nur auf die Wirtschaft beschränkt, sondern in nahezu allen Gesellschaftsbereichen auszumachen (vgl. ebd.: 68). In Anlehnung an Max Webers Beschreibung des Kapitalismus als schicksalsvollste Macht des modernen Lebens, argumentiert Rosa in der Folge, dass dieser systemische Zwang des Wachstums, welcher ein ständiges Steigern von Produktion und Konsum verlangt, sich letztlich auf das Selbstverständnis und Selbstverhältnis des modernen Subjekts überträgt. Die für ein gelungenes Leben notwendige Authentizität und Autonomie erlangt der Mensch lediglich dann, wenn er sich für die darin verankerten Zwänge als steigerungswillige/r KonsumentIn öffnet. (vgl. Rosa 2009: 98 f.). An dieser Stelle kommt es somit zu einem Bruch mit dem Grundversprechen der Moderne auf ein selbstbestimmtes Leben. Die anhand der Autonomie gewonnenen Freiräume, dienen Rosa gemäß nicht mehr als Möglichkeit, den eigenen Lebensentwurf frei zu gestalten, sondern wird fortan von aufgezeigten Steigerungszwänge bestimmt.

Die Breite an kapitalismuskritischen Studien, macht darüber hinaus deutlich, dass das Grundversprechen des modernen Kapitalismus, existentielle Gefahren durch Wachstum zu überwinden, nicht aufgeht und stattdessen gesellschaftliche Missverhältnisse vorantreibt. Darüber hinaus ist mit der ökologischen Krise eine zusätzliche existenzielle Bedrohung aufgetaucht.

*»Wenn wir an den für die moderne Marktwirtschaft und die moderne Demokratie grundlegenden Maßstäben der Autonomie (und der Authentizität) festhalten wollen, dann verursacht das kapitalistische Wirtschafts- und Beschleunigungsregime schwerwiegende Pathologien wachsenden Ausmaßes«
(Rosa 2009: 93).*

Über einen soziologischen Zugang hinaus bietet es sich an, eine sozialphilosophische Perspektive miteinzubeziehen, die aufgrund möglicher Referenzen zur antiken Philosophie mit Fragen nach dem Wahren, dem Schönen und dem Guten weitere Einblicke in das Konzept verspricht. Eine der bekanntesten und sehr häufig zitierten Deutungen vom »Guten Leben« liefert die Sozialphilosophin Martha Nussbaum. In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsphilosophen Amartya Sen entwickelte sie den Capabilities-Approach (Befähigungsansatz), der als theoretische Grundlage für den Human Development Index der

Vereinten Nationen⁴ und somit als Indikator zur Messung der weltweiten Lebensqualität herangezogen wurde. Nussbaum und Sen sind sich darin einig, dass sich ein »Gutes Leben« nicht durch ökonomische Faktoren, sondern vielmehr anhand jeweils spezifisch verorteter Verwirklichungschancen in einer Region bestimmen lässt. So tragen sie mit ihrem Ansatz in gleicher Weise dazu bei, dass das Sozialprodukt als statistische Kennzahl an Bedeutung verliert. Mit ihrem Befähigungsansatz zeigen sie auf, dass etwa Armut nicht ausschließlich über ein geringes Einkommen, sondern auch als ein Mangel an Verwirklichungschancen definiert ist (vgl. Schmidhuber 2010: 104 f.). Während Amartya Sen sich um ein eher offenes Verständnis dieses Ansatzes bemüht, indem er unterstreicht, dass es sich dabei um spezifische Fähigkeiten zur Verwirklichung eines »Guten Lebens« handelt, die sich weltweit aufgrund kultureller Prägungen unterschiedlich gestalten, begibt sich Martha Nussbaum auf die wissenschaftlich nicht unumstrittene Suche nach universell feststellbaren, menschlichen Grundfähigkeiten.

Dabei versucht sie in einem ersten Schritt konstitutive Bedingungen des Menschen zu beschreiben, also solche, die menschliches Leben überhaupt erst ermöglichen. Diese beinhalten unter anderem Fähigkeiten wie das Empfinden von Hunger und Durst, eine natürliche Abneigung gegenüber dem Tod, kognitive Empfindungen wie Vorstellungsfähigkeit, Wahrnehmung und Denken bis hin zur Fähigkeit, über eine praktische Vernunft zu verfügen, die eine individuelle Reflexion über das, was »gut« ist und wie man leben soll – kurz gesagt, die Fähigkeit zur Planung und Organisation des eigenen Lebens – ermöglicht (vgl. Nussbaum 2016: 49 ff.). Nussbaum bezeichnet diese Liste an Fähigkeiten auch als »Minimalkonzeption des Guten«, da ein Leben ohne sie, ihrer Einschätzung nach nicht als »menschlich« gelten kann und somit weit davon entfernt ist, »gut« zu sein. Anhand dieser evaluativen Liste – die noch weitere Fähigkeiten beinhaltet – wird deutlich, dass es sich auch bei Nussbaum um ein ausgesprochen normatives Projekt handelt. Indem sie festhält, dass ein Leben ohne die, von ihr als wichtig bewerteten Fähigkeiten, zu eingeschränkt sei um es überhaupt als menschlich zu bezeichnen, vertritt sie eine wissenschaftlich kontroverse These. Einer Kritik daran entgegnet sie jedoch, indem sie betont, dass diese Bewertung nicht allgemeingültig zu verstehen sei, ihr vielmehr ein offener Charakter zugrunde liege.

⁴ Der Human Development Index (HDI) ist ein Indikator, der von den Vereinten Nationen zur Messung von Wohlstand und Entwicklung angewendet wird. Er berücksichtigt neben dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf auch weitere Dimensionen wie die Lebenserwartung und Bildungsmöglichkeiten (vgl. UNDP 2019).

Das Offene von Martha Nussbaums Ansatz lässt die Überlegung zu, dass sie das »Gute Leben« von der »conditio humana« ableitet (also Grundlegendes, Bleibendes, Unveränderliches für die Menschen aller Epochen zur Sprache bringt; sie denkt hier im Sinne der Nikomachischen Ethik des Aristoteles). Die grundlegenden Bedürfnisse der »conditio humana« haben keine eindeutige Haltung zur Folge; letztlich kann der/die einzelne sich so oder anders entscheiden. Als Beispiele führt sie an: Man müsse davon ausgehen, dass der Mensch ein Leben ohne Hunger doch einem Leben in Hunger vorziehen müsse. Das entspräche einer Lebenslogik des Sich-Wohlfühlens. Die Offenheit drückt sich nun aber darin aus, dass es Menschen gibt, die sich anders entscheiden, die das Empfinden von Hunger in Kauf nehmen, um im Sinne einer selbstbestimmten Freiheit ihr Leben zu verwirklichen (vgl. ebd.: 57). Das andere Beispiel: Es entspräche der »conditio humana«, dem allgemein Menschlichen, dass der/die einzelne eine natürliche Abneigung gegen den Tod hege. Da der Mensch nun aber doch um sein Sterbenmüssen wisse, hätte er die Möglichkeit, dieses erträglich dadurch zu empfinden, dass er auf den Gedanken einer errungenen Gewissheit der Unsterblichkeit setze. Nun aber auch ein solches Sich-Trösten davon nicht entbinde, Identität im alltäglichen Leben zu erkämpfen; ja, es auch offen bliebe, ob diese, einmal errungen, im anderen, jenseitigen Leben erfahrbar sei. Nussbaum erkennt die Relativität der Erkenntnis in Hinsicht auf das »Gute Leben« – ungeachtet aller Erkenntnisse ist immer noch die Entscheidung, wie man sein Leben gestaltet, offen. Und es bedarf einer Entscheidung.

An diese Reflexion anschließend, kommt Nussbaum zum Ergebnis, ihren Ansatz als »stark und vage zugleich« zu bezeichnen (vgl. ebd.: 57). Auf die »Minimalkonzeption des Guten« aufbauend, entwirft sie in einem zweiten Schritt eine Liste mit zehn menschlichen Grundfähigkeiten, die nicht nur ein menschliches Leben überhaupt bestimmen, sondern darüber hinaus die Möglichkeiten für ein »Gutes menschliches Leben« formulieren:

»1. Die Fähigkeit, ein volles Menschenleben bis zum Ende zu führen; nicht vorzeitig zu sterben oder zu sterben, bevor das Leben so reduziert ist, dass es nicht mehr lebenswert ist. 2. Die Fähigkeit, sich guter Gesundheit zu erfreuen; sich angemessen zu ernähren; eine angemessene Unterkunft zu haben; Möglichkeiten zu sexueller Befriedigung zu haben; sich von einem Ort zu einem anderen zu bewegen. 3. Die Fähigkeit, unnötigen Schmerz zu vermeiden und freudvolle Erlebnisse zu haben. 4. Die Fähigkeit, die fünf Sinne zu benutzen, sich etwas vorzustellen, zu denken und zu urteilen. 5. Die Fähigkeit, Bindungen zu Dingen und Personen außerhalb unser selbst zu haben; diejenigen zu lieben, die uns lieben und für uns sorgen, und über ihre Abwesenheit traurig zu sein; allgemein gesagt: zu

lieben, zu trauern, Sehnsucht und Dankbarkeit zu empfinden. 6. Die Fähigkeit, sich eine Vorstellung vom Guten zu machen und kritisch über die eigene Lebensplanung nachzudenken. 7. Die Fähigkeit, für andere und bezogen auf andere zu leben, Verbundenheit mit anderen Menschen zu erkennen und zu zeigen, verschiedene Formen von familiären und sozialen Beziehungen einzugehen. 8. Die Fähigkeit, in Verbundenheit mit Tieren, Pflanzen und der ganzen Natur zu leben und pfleglich mit ihnen umzugehen. 9. Die Fähigkeit, zu lachen, zu spielen und Freude an erholsamen Tätigkeiten zu haben. 10. Die Fähigkeit, sein eigenes Leben und nicht das von jemand anderen zu leben. 10a. Die Fähigkeit, sein eigenes Leben in seiner eigenen Umgebung und seinem eigenen Kontext zu leben« (ebd. f.)

In dieser Auflistung gewichtet Nussbaum die praktische Vernunft und die Fähigkeit der Verbundenheit mit anderen, als stärkste Faktoren zur Erfüllung eines »Guten Lebens«. Die Fähigkeit der Verbundenheit weist daraufhin, dass jede Tätigkeit des Menschen als soziales Wesen ausgeübt wird und dementsprechend seine Lebensplanung immer auch andere Menschen und die natürliche Umgebung miteinbezieht. Gleichzeitig durchdringt die Praktische Vernunft alle menschlichen Tätigkeiten. Sie hat für Nussbaum eine architektonische Funktion und gilt als notwendige Voraussetzung dafür, dass überhaupt die Vorstellung eines »Guten Lebens« möglich erscheint (vgl. Schmidhuber 2010: 107). Nussbaums starke Orientierung an Aristoteles wird hier besonders in Hinblick auf die Nikomachische Ethik deutlich, da sie die Vernunft als Grundlage allen menschlichen Handelns setzt. Ihr Anspruch beschränkt sich nicht nur darauf, das grundlegend Erforderliche für ein »Gutes Leben« aufzuzeigen, sondern dem Menschen die Möglichkeit zu geben, durch Gebrauch von praktischer Vernunft, selbstständig das Gewünschte und Nötige zu erreichen (vgl. ebd.). Gemeinsam mit Amartya Sen erarbeitete Nussbaum die Unterscheidung von Tätigkeiten (functionings) und Fähigkeiten (capabilities). Sie manifestierte damit den sich hier abzeichnenden politischen Anspruch ihrer Theorie. Während es sich bei den »capabilities« um die Befähigung von Menschen handelt, d.h. dass der Mensch über die in der Liste aufgezeigten Fähigkeiten verfügt, handelt es sich bei den »functionings« um Tätigkeiten, denen der Mensch erst dann nachgehen kann, wenn er durch die »capabilities« dazu befähigt ist. Dabei sollte es beispielsweise nicht die Aufgabe einer Regierung sein, Menschen nach einem gewünschten Bild zu erziehen, sondern vielmehr es den Menschen zu ermöglichen, freie Entscheidungen darüber treffen zu können, inwieweit sie ihren Tätigkeiten nachgehen möchten (vgl. ebd.: 109). Nussbaum übernimmt dabei Aristoteles' Gedanke, dass eine gute Regierung den BürgerInnen Raum zur Ausbildung ihrer Fähigkeiten – insbesondere der praktische Vernunft –

garantieren muss, damit die BürgerInnen die vom Staat geförderten Fähigkeiten selbstständig in Tätigkeiten umsetzen können (vgl. Nussbaum 2016: 41).

Es erscheint notwendig mit Nussbaums' normativer Konzeption des »Guten Lebens« behutsam umzugehen. Das Herausarbeiten von menschlichen Grundfähigkeiten führt zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit der Frage nach der »Natur des Menschen«. Ein solches Vorgehen ist nicht unumstritten, da – wie sich historisch konstatieren lässt – der Begriff der menschlichen Natur für ideologische Instrumentalisierung anfällig ist. Dennoch verteidigt Nussbaum ihre normative Herangehensweise, indem sie die Möglichkeit eines wertbefreiten, objektiven Blicks auf das »Gute Leben« bezweifelt. Während Hartmut Rosa bemerkt, dass jegliches soziologisches Forschungsinteresse in letzter Konsequenz immer durch Fragen nach dem »Guten Leben« motiviert und legitimiert wird, ein Großteil der ForscherInnen dies jedoch aufgrund des normativ anhaftenden Charakters leugnen würde (vgl. Rosa 2009: 88), greift Nussbaum dieser Auseinandersetzung voraus, indem sie der epistemologischen Auffassung folgt, der Mensch könne sich nur aus sich heraus und seinen geteilten Erfahrungen selbst verstehen und begreifen; eine gleichzeitig externe Perspektive einzunehmen sei ihm unmöglich (vgl. Pauer-Studer 2016: 10 f.). Mit Aristoteles teilt sie die Auffassung, dass sich die »Natur des Menschen« aus subjektiven Erfahrungen speist, beispielsweise welche Merkmale der Mensch in seinem Leben als essentiell und unverzichtbar einstufe. Ein solcher Identifikationsprozess ist immer ein wertender Prozess. Nussbaum schlussfolgert also, dass es sich bei der Natur des Menschen um eine normative Konzeption handeln muss, die sich aus den am häufigsten geteilten Erfahrungen und Überzeugungen sozialer Wesen zusammensetzt (vgl. ebd.: 11). Weitere Parallelen zur aristotelischen Ethik werden besonders im Hinblick auf das Herausarbeiten von menschlichen Grundfähigkeiten ersichtlich, wofür sie aufgrund der aristotelischen Unterscheidung zwischen »Griechen« und »Nicht-Griechen«, »Frauen« und »Sklaven« breiter Kritik ausgesetzt war. Nussbaum, die sich selbst in der Tradition feministischer Denkerinnen sieht, verweist jedoch auf ihre selektive Lesart aristotelischer Schriften. Sie betont, dass sie ihn nicht als Autorität begreife, sondern sich in erster Linie an seinem Denken orientiere, das der egalitären Überlegung folge, »*jedem Bürger die materiellen, institutionellen und pädagogischen Bemühungen zur Verfügung zu stellen, die ihm einen Zugang zum guten menschlichen Leben eröffnen und ihn in die Lage versetzen, sich für ein gutes Leben und Handeln zu entscheiden*« (Nussbaum 2016: 24). Einmal mehr ist zu betonen, dass sich aus diesem normativen Verständnis keine Aufforderung

hinsichtlich der Gestaltung des menschlichen Lebens folgern lässt. Vielmehr geht es Nussbaum um die Notwendigkeit eines Rahmens, der es den Subjekten überhaupt erst ermöglicht, ein »Gutes Leben« erfahrbar zu machen (vgl. Pauer-Studer 2016: 16). Der »vage« Charakter des Fähigkeitsansatzes ergibt sich in seiner allgemeinen Formulierung, die kulturelle und individuelle Spezifikationen respektiert und würdigt. Hier verweist Nussbaum auf den Spielraum der individuellen Entfaltung und Priorisierung eigener Fähigkeiten. Die Gestaltung eines solchen Rahmens soll weder den Menschen zu einer bestimmte Form des Lebens oder der Lebensführung drängen, noch die Glücks- und Zufriedenheitsgefühle erhöhen, sondern lediglich besagten Freiraum schaffen, der einen Zugang zum »Guten menschlichen Leben« ermöglicht. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass in modernen kapitalistischen Gesellschaften aufgrund der häufig betonten Spaltung zwischen arm und reich, eine immer kleinere Gruppe vom »Guten Leben« profitiert. Da gemäß Nussbaum und Sen steigende Armut und Arbeitslosigkeit als Mangel an Verwirklichungschancen charakterisiert werden, indem sie die Möglichkeit unterbinden, Fähigkeiten zu entwickeln, die ein »Gutes Leben« voraussetzen, sind unter der Prämisse einer ökonomischen Steigerungslogik all jene vom »Guten Leben« ausgeschlossen, die unter der fortwährenden Produktivitätssteigerung sowie kontinuierlicher technischer Neuerungen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden und auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind (vgl. Biesecker 2014: 61). Im globalen Maßstab betrachtet, deckt sich dies mit Ulrich Brands' und Markus Wissens' Bemerkungen (vgl. I.L.A. Kollektiv/Kopp 2017: 89) zur imperialen Lebensweise. Sie weisen auf eine globale Mittel- und Oberschicht hin, die zunehmend auch in den Ländern des globalen Südens in Erscheinung tritt und einen exklusiven Kreis befähigt, ein »Gutes Leben« zu führen. Dabei tritt ein Widerspruch auf, da den Vorstellungen Nussbaums über die Befähigung zum »Guten Leben« neben sozialen, besonders auch ökologische Grenzen gesetzt sind (vgl. ebd.). Besonders in westlich kapitalistischen Gesellschaften, für die der notwendige Rahmen zum Führen eines »Guten Lebens« gegeben ist, zeigt sich ein Konsumverhalten, das nicht auf alle Menschen weltweit übertragbar ist. Flugreisen, Fleischkonsum, Autobesitz u.v.m. sind nicht für derzeit knapp acht Milliarden Menschen gleichzeitig möglich. Die Wachstumslogik kapitalistischer Gesellschaften ermöglicht schlussendlich ein »Gutes Leben für *wenige* und nicht für *alle*«.

Die beiden vorgestellten wissenschaftlichen Annäherungen an die Konzeption des »Guten Lebens« stimmen zunächst in ihren Denkweisen überein, dass es notwendig ist, alternative

Möglichkeiten zur Messung von Lebensqualität jenseits von ökonomischen Faktoren zu suchen. Rosas Annahme, dass in der westlichen Moderne die Lebensziele und Möglichkeiten nicht mehr vorgegeben werden und es sich somit empfiehlt, die individuellen Möglichkeitshorizonte und Reichweiten kontinuierlich zu erweitern, um ein gelingendes Leben erfahrbar zu machen, zeigen auf, dass auch Nussbaums Theorie – welche besagt, dass die Lebensqualität vom Umfang menschlicher Grundfähigkeiten sowie deren Verwirklichungschancen abhängt – letztlich einer Steigerungslogik verhaftet bleibt. Da sich Nussbaums Ansatz jedoch dadurch profiliert, dass er nicht zögert, sich auf Wesenszüge der menschlichen Natur zu berufen, gewinnt er gegenüber einer stets auf Wertfreiheit bedachten soziologischen Betrachtung an Bedeutung und stellt damit – ebenso wie Rosas Vorstoß, eine Steigerungslogik anhand menschlicher Wesenszüge wie Angst und Begehren zu beschreiben – einen wichtigen Beitrag zur Erfassung der heuristischen Konzeption des »Guten Lebens«.

Schließlich lässt sich innerhalb der Debatte zur SÖT und der darin aufgegriffenen Konzeption des »Guten Lebens« ein starker Referenzpunkt zur holistischen Kosmovision des »Buen Vivir« erkennen. Das »Buen Vivir«, das als Quelle der Inspiration für ForscherInnen auf der Suche nach dem »Guten Leben« in westlichen Gesellschaften dient, basiert auf Traditionen und Wertvorstellungen indigener Gemeinschaften Lateinamerikas und setzt somit einen Umgang voraus, der keine Berührungsängste mit Normativität aufweist. Zudem ergibt das »Buen Vivir« eine zusätzliche Perspektive, die zeigt, dass ein »Gutes Leben« auch dort erfahrbar ist, wo eine kapitalistische Wachstumsdynamik abgelehnt wird. Somit ist es dem dargelegten Widerspruch zwischen »Gutem Leben für *alle* oder für *wenige*« nicht ausgesetzt.

2.2.1. Narration des »Buen Vivir«

Die Idee, aus den mit der SÖT hervorgegangenen Überzeugungen ein strategisches Konzept des »Guten Lebens« zu erarbeiten, ist nicht erst aus der aktuellen Konfrontation mit der bereits erläuterten »multiplen Krise« (vgl. Brand/Wissen 2017b: 25) hervorgegangen. Sie wurzelt in alten, bei genauer Betrachtung, eigentümlichen Weltanschauungen zahlreicher indigener Völker Lateinamerikas, deren Kernideen seit Beginn der Einflussnahme westlicher Interessen unter dem spanischen Begriff des »Buen Vivir« zusammengetragen werden. Die prominentesten Einflüsse zieht es aus den Kosmovisionen indigener Völker des Quechua Sprachraums im heutigen Ecuador, deren Leben sich nach dem »Sumak Kawsay« richtet, sowie dem ontologischen Verständnis des »Suma Qamaña«, wie es in der Aymara-Sprache im

heutigen Bolivien bezeichnet wird. Ihre große Bedeutung für das Konzept erklärt sich neben einer expliziten Formulierung des »Guten Lebens« auch durch ihr dekolonialisierendes Potential, das aufgrund der indigenen Sprachwurzeln jenseits westlicher Denk- und Wertemodelle agiert (vgl. Gudynas 2012: 8). Angesichts anhaltender Krisen und Veränderungen in der Region gilt das »Buen Vivir« nach wie vor als ein sich im Entstehen befindendes Konzept mit pluralem Charakter, dessen Verankerung in den Verfassungen von Ecuador (2008) sowie Bolivien (2009) bereits erstritten wurde – wenngleich die Praxis zeigt, dass sich die Staaten in der Umsetzung dieser Verpflichtung nach wie vor schwer tun (vgl. ebd.). Der plurale Gedanke des »Buen Vivir« macht darüber hinaus deutlich, dass es kein einheitliches »indigenes Buen Vivir« gibt, da diese Bezeichnung bereits eine künstlich konstruierte Kategorie des »Indigenen« beinhaltet und somit droht, die Heterogenität dieses als Plattform fungierenden Konzepts, zu untergraben. Gemeinsamkeit weisen diese spezifischen ontologischen Kosmovisionen jedoch darin auf, dass sie eine kritische Distanz zum westlichen Verständnis von Entwicklung wahren (vgl. ebd.: 21).

Historisch betrachtet entwickelte sich diese kritische Haltung angesichts der Kolonialisierung Lateinamerikas und der damit einhergehenden kolonialen Absicht, in der Region ab Beginn des 16. Jahrhunderts den westlichen Gedanken des Fortschritts zu etablieren. Im Januar 1949 sorgte Harry S. Truman anlässlich seiner Wiederwahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten mit seiner Amtsantrittsrede für den Startschuss einer neuen Ära der Entwicklungspolitik. Truman sah vor, die Welt in mehrheitlich »unterentwickelte«, sowie einige wenige »entwickelte« Regionen einzuteilen und ebnete damit den Weg zu einem Wirtschaftssystem, das auf einseitigen Abhängigkeitsstrukturen zwischen den als Peripherien gekennzeichneten »Entwicklungsländern« und den »Zentren« – den entwickelten Industriestaaten – beruht⁵ (vgl. Schmidt/Schröder 2016: 22). Dieser strategische Kurs formulierte abermals das Versprechen, den unterentwickelten Regionen würde durch massive Investitionsstöße (Big Push) der Sprung zu »entwickelten« Gesellschaften gelingen. Gleichzeitig bestand in der Folge auch die Möglichkeit, einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten peripherer Länder – auch militärisch – zu legitimieren, um ein

⁵ Neben der von Raúl Prebisch entworfenen Theorie über die Verschlechterung der Terms of Trade beschäftigten sich insbesondere auch der Ökonom und prominente Vertreter der Dependenztheorie, Andre Gunder Frank, sowie der Soziologe Immanuel Wallerstein mit seiner daran anknüpfenden Weltsystemtheorie sehr intensiv mit den Abhängigkeitsstrukturen zwischen den sogenannten Peripherien und den industriellen Zentren. Ein Forum fanden diese Analysen in der Gründung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) am 25. Februar 1948 in Santiago de Chile (vgl. Fischer et al. 2010).

machtpolitisches und ökonomisches Bollwerk zu Zeiten des Kalten Krieges etwa gegen die Union sozialistischer Sowjetrepubliken aufzubauen (vgl. Wallerstein 1988: 212). Seither ist es jedoch den lateinamerikanischen Ländern nicht gelungen, das Wohlstandsniveau der Industrienationen zu erreichen. Trotz tiefgreifender politischer Kurswechsel, wie beispielsweise während einer »neoliberalen Phase« in den 1980er und 1990er Jahren, als auch im Zuge des Aufstiegs der südamerikanischen Linken zur Jahrtausendwende und einer nun wieder Einzug haltenden konservativen bis rechtsnationalen Politik, vermochte man zu keinem Zeitpunkt vom im Grunde vorgezeichneten Entwicklungspfad abzuweichen und zu größerem Wohlstand zu gelangen (vgl. Acosta 2013: 92). Eine wichtige Rolle spielt seit jeher der Extraktivismus, eine wirtschaftspolitische Maßnahme, die auf dem Abbau der reichen Vorkommen natürlicher Ressourcen Lateinamerikas sowie ihrem Export auf den Weltmarkt beruht und den Ausweg aus der »Unterentwicklung« ebnen soll. Gravierende Umweltzerstörungen sind Folge dieser extraktivistischen Politik, welche Träume und Widerstände indigener Völker ausnahmslos ignoriert. Anhand dieser Betrachtung kann der Entwicklungsgedanke moderner kapitalistischer Gesellschaften, der unabdinglich mit einer Idee von Fortschritt verknüpft ist, als einer gedeutet werden, der das weltweite ökologische und soziale Gleichgewicht bedroht. »Fortschritt«, oder wie Rosa attestieren würde - »die soziale Beschleunigung« - wird dabei als linearer Prozess gesehen, der sich in ein zeitliches »Vorher und Nacher« einteilen lässt und damit das Narrativ von »unterentwickelten« und »entwickelten« Phasen ermöglicht. Ein solches dichotomes Verständnis ist dem »Buen Vivir« fremd. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass entsprechende indigene Sprachen über keinen, dem Konzept von Entwicklung analogen Begriff verfügen (vgl. ebd.: 94). So wird auch Wohlstand, der nach kapitalistischer Logik durch die Akkumulation von Gütern erzeugt wird, von indigenen Gemeinschaften nicht als eine in der Zukunft liegende Errungenschaft begriffen; die Lebensqualität des Sumak Kawsay und Suma Qamaña ist im Augenblick der Gegenwart, im »Hier und Jetzt« verortet. In ihrem Zeitverständnis gibt es weder einen Anfang noch ein Ende (vgl. Villalba 2013: 1430). Zukunftsgedanken spielen lediglich dann eine Rolle, wenn es darum geht, das »Gute Leben« der Gegenwart auch für die nächsten Generationen ermöglicht zu sehen (vgl. Acosta 2013: 94). Dies setzt Merkmale wie Solidarität, Harmonie, Gleichheit, Komplementarität und Wechselseitigkeit innerhalb der Gemeinschaft voraus; Werte, die auf einer Ethik des »Ausreichenden« basieren und in diesem Sinne keinen alternativen Kurs präsentieren sondern vielmehr als Alternative zu den in westlicher Kultur

verankerten individuellen Merkmalen eines »Guten Lebens« wie Autonomie und Authentizität angesehen werden müssen (vgl. Villalba 2013: 1430). Streng damit verbunden ist das ethische Verständnis des respektvollen Umgangs mit der Natur. Die »Mutter Erde« gilt in indigenen Lebensphilosophien als vollwertiges Mitglied sozialer Gemeinschaften und ihr werden im Gegensatz zu einem anthropozentrischen Verständnis Werte zugesprochen, die ebenso selbstverständlich anerkannt sind, wie die der Menschen (vgl. Gudynas 2012: 25). Debatten über dringliche Maßnahmen des Naturschutzes oder die Artikulation von Naturrechten müssen somit gar nicht erst geführt werden. Aufgrund der Aneignung dieses spirituellen »Pachamama-Gedankens« sind diese den indigenen Kosmvisionen inhärent.

Es lässt sich festhalten, dass viele der angesprochenen Punkte einer westlichen anthropozentrischen Perspektive fundamental entgegenstehen. In Gesellschaften, die durch ein kapitalistisches Entwicklungsverständnis organisiert sind, ist zu beobachten, dass ein Streben nach einem individuellen »besseren Leben« über dem eines kollektiven »Guten Leben« steht:

»According to indigenous authors "living well" would be the expression suitable to the indigenous peoples' ontology, whereas "living better" would correspond to capitalism. Thus, for indigenous peoples, to "live well" is to live in solidarity, equality, harmony, complementarity and reciprocity. It is contrary to the consumerism, competition, opulence and profiteering that are the hallmarks of capitalism« (Villalba 2013: 1431).

Eine direkte Übertragung der Narration des »Buen Vivir« im Sinne eines alternativen Entwicklungsmodells auf Europa ist nicht möglich, insofern die modernen kulturellen Eckpfeiler Autonomie und Authentizität stets mit einer Steigerungslogik einher gehen, die ein zukunftsgerichtetes »besseres Leben« verheißen. Im Gegensatz zu einem individuell besseren Leben zeigen die Konzeptionen des »Buen Vivir« auf, dass aus indigenen Perspektiven ausschließlich dann ein »Gutes Leben« erfüllt sein kann, wenn es Merkmalen folgt, die jenseits kapitalistischer Wachstumslogik an Bedeutung gewinnen und es nur im sozialen Zusammenhang gedacht wird. Gleichzeitig ist jedoch zu betonen, dass »Buen Vivir« nicht den Anspruch erhebt, als globales Programm verstanden zu werden. Der Anstoß zur gesellschaftlichen Transformation innerhalb der westlichen Moderne muss von den dort verorteten AkteurInnen ausgehen (vgl. Brand 2014: 10). Die Referenz auf die Perspektive des »Buen Vivir« kann für die Debatten innerhalb kapitalistischer Gesellschaften nur insofern von

Bedeutung sein, als das Konzept des »Buen Vivir«, das auf kollektiven Erfahrungen und Kämpfen von »unten« fußt, jene Personen in Blick nimmt, die als VerliererInnen einer neoliberalen und extraktivistischen Politik gelten und die sich zur Sicherung ihrer Lebensgrundlage um eine ökologisch nachhaltige und solidarische Lebensweise jenseits kapitalistischer Steigerungslogik bemühen.

2.2.2. »Gutes Leben« als Korrektiv zum Kapitalismus?

In erster Linie gilt zu beachten, dass es sich bei der Konzeption des »Guten Lebens« um eine offene Kategorie handelt, welche von unterschiedlichsten individuellen wie kollektiven Wertevorstellungen normativ aufgeladen und vereinnahmt wird. Indem deutlich werden soll, dass sich die hier unternommene Auswahl an Narrationen sehr stark am thematischen Aspekt einer kapitalistischen Wirtschaftsdynamik orientiert – dessen destruktive Folgen besonders in der akademischen Debatte der SöT, sowie in seiner analytischen Charakterebene hervorgehoben wurden – ist es notwendig, zu reflektieren, dass sich der Autor dabei selbst in einem ideologisch instrumentalisierten Feld bewegt und damit eine normative Perspektive wiedergibt. So werden mit der Konzeption des »Guten Lebens« etwa innerhalb der akademischen Debatte der SöT überwiegend antikapitalistische, solidarische und ökologisch nachhaltige Merkmale verbunden. Das gezeichnete Bild vom »Guten Leben«, wie es in dieser Arbeit präsentiert wird, bildet lediglich dieses spezifische Verständnis innerhalb eines ideologischen Feldes ab, und soll nicht eine persönliche Ideologie des Autors reproduzieren. Rückblickend betrachtet ist daher die ausgewählte Perspektive Hartmut Rosas als eine thematische Auswahl zu begreifen, die sich in diese antikapitalistische Narration des »Guten Lebens« einreicht. Ebenso sollte mit Martha Nussbaums Befähigungsansatz aufgezeigt werden, dass auch auf Ebene der Sozialphilosophie eine Lesart möglich ist, die das »Gute Leben« durch eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedroht sieht. Unter der normativen kapitalismuskritischen Prämisse, dass ökonomische Ausbeutung der einen Welt, unausweichlich mit der Akkumulation von Reichtum der anderen Welt zusammenfällt, ist für Nussbaum Armut als Mangel an Verwirklichungschancen definiert, da Mittellosigkeit die Ausbildung von Fähigkeiten unterbindet. Schließlich schlägt auch die Narration des »Buen Vivir«, welcher aufgrund ihrer gelebten Praxis jenseits kapitalistischer Wachstumslogik eine sehr starke Vorbildfunktion zugesprochen wird, in die gleiche Kerbe und bietet die Möglichkeit, die präsentierten Narrationen des »Guten Lebens« zu umrahmen.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Blick auf die herausgearbeitete Narration des »Guten Lebens« im Kontext einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung interessant. Dabei soll dargestellt werden, welche mit dieser Narration verbundenen Forderungen dazu führen, dass sie als Gegenmodell zum Kapitalismus Bedeutung erfahren. Wenn etwa unter der Konzeption des »Buen Vivir« Verständnisse zusammengetragen werden, welche Merkmale wie Solidarität und Nachhaltigkeit als essentiell für das Gelingen eines »Guten Lebens« bewerten, und somit einen starken Kontrast zu den in kapitalistischen Gesellschaften gemäß Rosa vorherrschenden Merkmalen wie Autonomie und Authentizität formulieren, sind Herausforderung vorprogrammiert. Trotz des Bewusstseins einer normativen Befangenheit gilt es, die Widersprüche der permanenten und ambivalenten Steigerungslogik zu betonen, um die Grenzen des darin formulierten Versprechens eines »Guten Lebens« hinsichtlich seiner ökologischen Konsequenzen aufzuzeigen.

In der alltäglichen Praxis zeichnet sich ein Spannungsverhältnis zwischen Krisenbewusstsein und Krisenverhalten ab, welches einerseits ein vorhandenes Bewusstsein über die Grenzen einer kapitalistischen Narration abbildet, andererseits jedoch auch die Schwierigkeiten darlegt, mit denen sich AkteurInnen einer SÖT konfrontiert sehen:

»Meine starke Annahme lautet, dass wir einer sozial-ökologischen Transformation nicht nur dringend bedürfen, sondern, dass es weiterhin in der österreichischen Gesellschaft und in anderen europäischen Ländern ein Bedürfnis nach Demokratie und Gerechtigkeit, nach ökologisch nachhaltigem Wohlstand gibt« (Brand 2014: 9).

Was Ulrich Brand in diesem Zitat als Vermutung äußert, konnte 2016 in einer Studie des Instituts für Strategisches Management der WU, Wien Energie und Deloitte Österreich ansatzweise nachgewiesen werden. Demnach sei 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung eine Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energiequellen wichtig (vgl. WU Wien/Deloitte Österreich/Wien Energie 2016: 6). Auch in Deutschland konnte eine im Jahr 2018 durchgeführte Studie der Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistischer Analysen ermitteln, dass 93 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Ausbau erneuerbarer Energien und ihre stärkere Nutzung befürworten (vgl. AEE 2018). Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch eine starke Ambivalenz, welche ein Spannungsverhältnis zwischen einem solch breiten Bekenntnis und einer tatsächlich gelebten Praxis verdeutlicht. Lediglich 33 Prozent der

primären und sekundären Heizanlagen der befragten österreichischen Haushalte nutzen demnach erneuerbare Energien (vgl. WU Wien/Deloitte Österreich/Wien Energie 2016: 6). Die Erkenntnisse aus der Politischen Ökologie (vgl. Kapitel 2.1.3.), die eine Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse, unmittelbar mit einem Missverhältniss gesellschaftlicher Machtstrukturen verknüpft sieht, würde beispielsweise ein solches Verhalten durch einen ungleich verteilten Zugang zu Ressourcen erklären. Daran anknüpfend veranschaulicht Brands' und Wissens' Theorie der imperialen Lebensweise, dass die globale Mittel- und Oberschicht, die über ein gesteigertes Umweltbewusstsein über hohe Bildung sowie ein überdurchschnittlich hohes Einkommen verfügt, den höchsten Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch aufweist (vgl. Brand/Wissen 2011: 86).

Dabei rückt die bereits angesprochene Normativität der hier verfolgten Konzeption des »Guten Lebens« in den Vordergrund. Das »Gute Leben für alle« betont den nach diesem Verständnis elementaren Kern, dass ein Bezogensein auf die wenigen, also ausschließlich die globale Mittel- und Oberschicht, eine gesamtgesellschaftliche SöT unterbinde.

Der Zusatz »für alle« impliziert für das als Gegenmodell zum Kapitalismus präsentierte Verständnis vom »Guten Leben« überdies die Notwendigkeit eines neuen Naturverhältnisses (vgl. Brand 2015; Biesecker 2014), in dem – in Anlehnung an »Buen Vivir« – die Natur als Rechtssubjekt miteingeschlossen ist. Da die bisherige Geschichte zeigt, dass es noch nie wirtschaftliches Wachstum ohne ökologischen Preis gegeben hat, plädieren AutorInnen wie Adelheid Biesecker dafür, die Natur zu entkommerzialisieren. Biesecker unterstreicht in dieser Hinsicht, dass die Finanzialisierung natürlicher Ressourcen stets auf Basis kostenloser Ausbeutung geschieht (vgl. ebd.: 61). Sie bezeichnet diesen kostenlosen Zugriff als »Basisproduktivität menschlichen Wirtschaftens«, also als grundlegend notwendige Voraussetzung, welche die kapitalistische Wirtschaftsweise überhaupt erst ermöglicht. Die kostenlose Ausbeutung ökologischer Ressourcen autorisiere eine massive und sorglose Überbeanspruchung, was sich anhand vielfältiger sozialer und ökologischer Krisen wie Klimawandel oder etwa der Zerstörung der Biodiversität zeige (vgl. ebd.: 61). Solange ein Verständnis von »Natur« dominiert, welches diese auf Merkmale wie »kostenloser Rohstoff« und »Deponie für Abfälle« reduziert, sehen eben jene Akteure einer SöT das ökologische Gleichgewicht gestört. Angelehnt an »Buen Vivir« macht die Forderung ersichtlich, dass die hiesige Politik dringlich der Natur eine Stimme zuzuerkennen und somit von der Überzeugung abzurücken hat, sie als kostenlos verfügbares Objekt des Eigentums zu instrumentalisieren.

Diese Verknüpfung der normativen Narration des »Guten Lebens« mit einem politischen Bewusstsein formuliert ebenso den Anspruch, kontextspezifische und nicht-autoritäre Praktiken von sozialen und ökologisch nachhaltigen Lebensweisen institutionell zu unterstützen. Der Gedankenwelt des »Buen Vivir« entsprechend, erfährt das hier skizzierte »Gute Leben« in seinem Ansatz »von unten« sowie einer auf kollektiven Erfahrungen basierende Herangehensweise Bedeutung, und wird als Korrektiv zum kapitalistischen Individualismus und dessen Narration vom »Guten Leben« präsentiert (vgl. Novy 2013: 85).

2.3. Wohngenossenschaften

Das Projekt der SöT, wie es von wachstumskritischen AkteurInnen verstanden wird, nährt sich aus der Vision, die Gesellschaft auf eine neue Grundlage zu stellen, in der ein »Gutes Leben« trotz radikaler Umwälzungen geschaffen und gesichert sein soll. Hier werden keine kleinteiligen politischen Reformen verlangt, sondern ganzheitliche Visionen (vgl. Brand 2014: 10). So setzt eine umfassende SöT alternative Lösungen in unterschiedlichsten Bereichen wie Wohnen, Landwirtschaft, Ernährung, Bildung, Gesundheit, Kleidung und vielen weiteren voraus. Innerhalb dieser Bereiche gilt es gesellschaftliche Nischen zu erkunden, welche alternative Modelle realisieren und fördern. In der vorliegenden Arbeit werden Wohngenossenschaften in den Fokus gerückt, da diese über die fundamentale Bedeutung des Wohnens hinaus durch einen kollektiven, solidarischen Charakter bestechen, der hinsichtlich einiger Merkmale in Einklang mit der hier präsentierten Narration des »Guten Lebens« steht. So liegt die grundlegende Idee von Genossenschaften in der Überzeugung, dass Ziele gemeinschaftlich besser zu erreichen sind als im Alleingang. Wenn es folglich dem Einzelnen nicht gelingt, sein Vorhaben zu erreichen, davon jedoch gleichzeitig auch die Erhaltung seiner selbstständigen Existenz abhängt, bietet sich die Gründung oder Teilnahme an einer genossenschaftlichen Kooperation als Lösung an (vgl. Atmaca 2014: 49). Dieser sich bereits abzeichnende kollektive und solidarische Charakter von Wohngenossenschaften schließt an die vorangestellte Darstellung der Debatte über die SöT und der darauffolgenden Betrachtung unterschiedlicher Narrationen des »Guten Lebens« an. Ein solches Vorgehen scheint erforderlich, um die ausgewählten Fallbeispiele der genossenschaftlich organisierten Wohnformen »Ökodorf Sieben Linden« und »Genossenschaft Kalkbreite« zu bündeln. Im Folgenden wird zunächst ein grober Einblick in die historische Entwicklung von

Genossenschaften und der damit verbundenen Geschichte von Wohngenossenschaften gegeben, ehe genossenschaftliche Merkmale, Prinzipien und Organe herausgearbeitet werden, um schließlich Eigenschaften und Besonderheiten von Wohngenossenschaften deutlicher hervorheben zu können.

2.3.1. Historische Entwicklung

Im deutschsprachigen Raum reichen die ersten Ideen und Pläne zur Gründung von Genossenschaften bis ins 19. Jahrhunderts zurück⁶. Schließlich waren es Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch, die zu Pionieren genossenschaftlicher Einrichtungen wurden und damit auf die ausufernden sozialen Probleme während der Übergangszeit zum modernen Industriestaat reagierten (vgl. Klose/Mantl/Zsifkovits 1980: 864). In der Bauernbefreiung und dem damit einhergehenden Siegeszug des kapitalistischen Liberalismus sah Raiffeisen die Gefahr, dass besonders die Landbevölkerung aufgrund ihrer Kapitalnot einer erneuten wirtschaftlichen Ausbeutung schonungslos ausgesetzt würde (vgl. ebd.). Schulze-Delitzsch erkannte in einer genossenschaftlichen Organisation ebenso die Möglichkeit, die prekäre Situation der HandwerkerInnen und ArbeiterInnen in den Städten zu stabilisieren. Beider Bemühungen mündeten in den Jahren zwischen 1847 und 1858 in der Gründung erster ländlicher und gewerblicher Genossenschaften im deutschen Sprachraum. Schulze-Delitzsch wurde dadurch zum Wegbereiter der kreditgenossenschaftlich organisierten Volksbanken, während Raiffeisen die Grundlage seiner später nach ihm benannten Raiffeisenkassen entwickelte (vgl. ebd.: 865 f.). Die Ausrichtung dieser ersten Genossenschaften war zweifelsohne durch den politischen Liberalismus geprägt. Dabei stand das hervorgehobene Streben nach Autonomie anfangs der staatlichen Obrigkeit entgegen und so wurden die ersten Genossenschaften mit ihrem Selbstverständnis als Alternative zur staatlichen Sozialpolitik über lange Zeit als »sozialistisch« eingestuft und bis Ende des 19. Jahrhunderts weitestgehend abgelehnt. Mit den Bismarck'schen Sozialversicherungen ab den 1880er Jahren kam es dann erstmals zu einer Annäherung von staatlichem Interesse und genossenschaftlichem Prinzip (vgl. WD 2018: 5).

⁶ Der Wirtschaftswissenschaftler Bruno Hildebrand legte in seinem 1848 erschienenen Werk »Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft« erstmals einen Plan für Arbeiter- und Gewerbe-Genossenschaften vor und auch der sozialistische Politiker Ferdinand Lasalle forderte zu dieser Zeit bereits die Gründung von Produktivgenossenschaften mit staatlicher Unterstützung (vgl. Klose/Mantl/Zsifkovits 1980: 863)

International konnten besonders die »redlichen Pioniere von Rochdale« das Genossenschaftswesen etablieren. Ihre Genossenschaftsgründung im Jahr 1844 gilt als internationale Geburtsstunde des modernen Genossenschaftswesens und ihr manifestiertes Regelwerk dient in modernisierter Form bis heute als Grundlage des Internationalen Genossenschaftsbundes (International Co-operative Alliance, ICA), der 1895 gegründet wurde und aktuell in 108 Ländern vertreten ist. Er vertritt Interessen von über 670 Millionen Einzelpersonen (vgl. COOP 2018). Die sieben Grundsätze der ICA gelten als allgemeine Vorlage und Anknüpfungspunkt vieler Genossenschaftsdefinitionen (vgl. Flieger 2013: 397). Sie werden jedoch als kleinster gemeinsamer Nenner bezeichnet und sind nicht unumstritten, da besonders Werte, Normen und Gestaltungsprinzipien in ihnen transportiert werden, die nicht auf alle Länder weltweit gleichermaßen zutreffen – etwa bei der Gegenüberstellung von Selbsthilfeökonomien in den Ländern des globalen Südens und managementgeführten Genossenschaften in den Industrienationen (vgl. ebd.):

1. Freiwillige und offene Mitgliedschaft;
2. Demokratische Entscheidungsfindung durch die Mitglieder;
3. Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder;
4. Autonomie und Unabhängigkeit;
5. Ausbildung, Fortbildung und Information;
6. Kooperation mit anderen Genossenschaften;
7. Vorsorge für die Gemeinschaft der Genossenschaften.

Die Gründung von Wohnungsgenossenschaften ist sowohl historisch als auch strukturell eng mit den internationalen genossenschaftlichen Grundsätzen verknüpft und fällt in die Zeit, in der sich auch die Soziologie als wissenschaftliche Disziplin mit ihrem indirekt formulierten Forschungsbestreben nach dem »Guten Leben« etablieren konnte. Der massive Zuzug in die Städte des 19. Jahrhunderts führte während der Industrialisierung sowie dem unmittelbar vorausgegangenen Phänomen des Pauperismus zu einer akuten Wohnungsnot, sowie zu desaströsen Wohnverhältnissen, welchen FabrikarbeiterInnen dieser Zeit schonungslos ausgesetzt waren. Das Gründen von Wohngenossenschaften gehörte mit zu den ersten und bedeutendsten Genossenschaftsformen und erlangte kontinuierlichen Zuspruch seitens der ArbeiterInnenbevölkerung trotz anfänglichem Misstrauen der politischen Linken, die in den

Genossenschaften eine Eingliederung in den Kapitalismus statt dessen Überwindung sahen und befürchteten, Genossenschaften würden zu sehr von parteipolitischen Zielen ablenken (vgl. Klönne 2012: 64). Nach dem ersten Weltkrieg gelang es dem Genossenschaftswesen schlussendlich, sich vollständig als dritte Säule neben den linken Parteien und den Gewerkschaften zu etablieren und in der Folge gehörten sie zum festen Bestandteil der linken politischen Kultur. Wohnungsgenossenschaften erlangten dabei besonderes Ansehen, da sie über den preisgünstigen und vor Kündigung geschützten Wohnraum hinaus auch soziale Räume der Begegnung und Kommunikation hervorbrachten und somit zu Orten persönlicher Nähe und gemeinsamer Erfahrungen wurden (vgl. ebd.). Nachdem die Wohngenossenschaften im deutschsprachigen Raum während der Zeit des Nationalsozialismus ihren Charakter der örtlichen Selbstverwaltung durch die Eingliederung in die faschistische deutsche Arbeiterfront (DAF) einbüßten, hatten auch ihre Nachfolgermodelle nach dem Krieg besonders in Westdeutschland erhebliche Schwierigkeiten, die genossenschaftlichen Grundsätze aufrecht zu erhalten. Das westdeutsche Wohnungsunternehmen »Neue Heimat« beispielsweise, welches ab 1945 einen Großteil der vormaligen Wohngenossenschaften übernahm und selbst dem deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) unterstand, orientierte sich maßgeblich an den kapitalistischen Marktregeln und konnte in der Konsequenz den Grundgedanken der örtlichen Selbstverwaltung nicht wieder ins Leben rufen. So mündete eine gleichzeitige Misswirtschaft in Ausverkauf und Privatisierung einer Vielzahl des deutschen genossenschaftlichen Wohnungsbesitzes (vgl. ebd. f.). Die Konsequenzen der prekären Arbeits- und Einkommensverhältnisse innerhalb westlich kapitalistischer Gesellschaften führte angesichts drohender Inflationen und steigender Volatilität auf dem Finanzmarkt zu einem gesteigerten Interesse an Bodenaneignung und Immobilieneigentum. Die in Deutschland erst kürzlich wieder aufgekommene Debatte zum Thema Enteignung, dessen Hintergrund sich aus einer zunehmenden Verknappung und Preissteigerung von Wohnraum ergibt, ist als konsequente Folge einer sich zunehmend verschlechternden Wohnsituation innerhalb der urbanen Zentren einzuordnen. Umso mehr drängt sich die Suche nach Alternativen auf, welche am Beispiel von Wohngenossenschaften eine bereits gelebte Praxis wieder verlebendigen würde.

2.3.2. Genossenschaftsmerkmale

Heutzutage lassen sich Genossenschaften grob in wirtschaftliche sowie soziale bzw. kulturelle Genossenschaften unterteilen. Zu den bedeutendsten Genossenschaften wirtschaftlicher Art zählen Produktivgenossenschaften, Wohngenossenschaften, Konsumgenossenschaften und ländliche Genossenschaften, während kulturelle und soziale Genossenschaften die Förderung von kulturellen Einrichtungen oder die Hilfe bedürftiger Mitglieder beabsichtigen (vgl. Klemisch/Flieger 2007: 7). Gemäß §1 des Genossenschaftsgesetzes (GenG), das am 01.05.1889 im deutschen Kaiserreich in Kraft trat und am 18.08.2006 eine Novellierung⁷ erfuhr, sind eingetragene Genossenschaften (eG) ihrem Wesen nach »Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern (Genossenschaften)« (vgl. BMJV: 1889). Dieser Wesenszug, dessen Definition maßgeblich auf Schulze-Delitzsch zurückzuführen ist, betont den übergeordneten Grundauftrag, die Mitglieder fortwährend zu fördern und ist auch überregional für Genossenschaften definiert (vgl. Engelhardt 2001: 562). Wird die Mitgliederförderung nicht mehr als Handlungsmaxime der Genossenschaftsleitung geführt, ist die Bezeichnung als Genossenschaft anzuzweifeln. Die Mitgliederförderung kann demgemäß auch als normatives Verhaltenspostulat bezeichnet werden (vgl. Flieger 2013: 396).

Genossenschaftsorgane

Für eine rechtskräftige Eintragung ins Genossenschaftsregister wird eine Satzung vorausgesetzt, auf die sich alle Mitglieder in einer Gründungsversammlung einigen. Die Satzung gilt als interne Verfassung und ergänzt die rechtlichen Bestimmungen des GenG. Darin sind Strukturen, Befugnisse und Erwartungen der Genossenschaften festgeschrieben (vgl. Schwarzlose 2013: 399). Weitere wichtige Eigenschaften werden bei der Betrachtung der

⁷ Die wesentlichen Neuerungen im Überblick: 1. Für die Gründung einer Genossenschaft sind nur noch drei statt bisher sieben Personen notwendig. 2. Bei Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern kann die Satzung sowohl auf einen Aufsichtsrat als auch auf einen mehrköpfigen Vorstand verzichten. 3. Bei kleinen Genossenschaften wurde eine Erleichterung der Prüfungspflichten vorgenommen. 4. Die Kapitalbeschaffung wurde vereinfacht z.B. durch die Zulassung von Sachgründungen oder rein investierenden Mitgliedern. 5. Eine Ausweitung des Mehrstimmrechts für große Genossenschaften, bei denen mehr als drei Viertel der Mitglieder Unternehmen sind, wurde vorgenommen. 6. Außer auf die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder kann sich der Unternehmenszweck der Genossenschaft auch auf soziale oder kulturelle Belange beziehen (vgl. Klemisch/Flieger 2007: 7).

einzelnen Genossenschaftsorgane ersichtlich. Eingetragene Genossenschaften verfügen über einen Vorstand, einen Aufsichtsrat sowie über eine Generalversammlung. Der Vorstand einer Genossenschaft gilt als leitendes Organ und besteht aus mindestens zwei GenossInnen, die von der Generalversammlung ernannt werden. Der Aufsichtsrat fungiert dagegen als überwachendes Organ. Er setzt sich aus mindestens drei GenossInnen zusammen, welche ebenfalls von der Generalversammlung demokratisch gewählt werden und er kontrolliert entsprechend der in der Satzung festgehaltenen Befugnisse den Geschäftsbetrieb. Das dritte Organ, die Generalversammlung, wird auch als Parlament der Genossenschaft bezeichnet und bestimmt in ihrer Funktion als beschließendes Organ über eine Fülle an grundlegenden Entscheidungen. Hier verfügen alle GenossInnen über das gleiche Stimmrecht (vgl. Mändle/Mändle 2018).

Genossenschaftsprinzipien

Neben dem im ersten Artikel des GenG betonten Förderprinzips greifen auch weitere allgemein gültige Grundprinzipien, welche die genossenschaftlichen Organisationsstrukturen bestimmen. Das Prinzip der Doppelnatur verfügt beispielsweise, dass eine Genossenschaft immer aus einem Geschäftsbetrieb als auch aus einer Personenvereinigung besteht, wobei letztere als Träger des Geschäftsbetriebs fungiert (vgl. Metzmacher et al. 2016: 39). Daran anknüpfend besagt das Identitätsprinzip, dass die TrägerInnen der Genossenschaft gleichzeitig auch LeistungsabnehmerInnen sind, bei Wohnungsgenossenschaften sind MieterInnen somit gleichzeitig auch VermieterInnen (vgl. Beuerle 2014: 57). Das Personalitätsprinzip, welches sich an das Förderprinzip der Mitglieder anlehnt, indem es betont, dass nicht die Verwertung von Kapital und das Generieren von Gewinn, sondern die Förderung der Mitglieder im Geschäftsfeld als Hauptzweck dient, bestimmt zusätzlich, dass jede Person das gleiche Stimmrecht in der genossenschaftlichen Generalversammlung unabhängig von der Höhe der Geschäftsanteile besitzt. Dieses Stimmrecht wird auch unter dem Begriff des Demokratieprinzips geführt (vgl. ebd.). Der privatwirtschaftliche Charakter von Genossenschaften wird besonders anhand der Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverwaltung sowie Selbstverantwortung sichtbar. Bei Wohnungsgenossenschaften ermöglicht die Selbsthilfe durch Eigenleistungen der Mitglieder in Form von Instandsetzungs- und Renovierungsarbeiten zu einem gewissen Grad wirtschaftliche Unabhängigkeit. Gleichzeitig

tragen sie zu einer aktiven Nachbarschaftshilfe und Organisationen von Festen und Veranstaltungen bei, die auch zu Gründung gemeinnütziger Vereine und Stiftungen führen (vgl. ebd.: 58). Durch die Selbstverwaltung können Mitglieder unter Rücksichtnahme auf das GenG sowie der internen Genossenschaftssatzung eigenständig und demokratisch über weitläufige Änderungen der Geschäftspolitik bestimmen. Das Prinzip der Selbstverantwortung verweist einmal mehr auf die Haftung, welche Mitglieder über ihre Geschäftsanteile gegenüber der Genossenschaft tragen und betont somit beispielsweise einen verantwortungsvollen Umgang mit den Wohnanlagen und Einrichtungen der Genossenschaft (vgl. ebd.). Zusätzlich ist noch auf das Solidaritätsprinzip zu verweisen, welches als umstrittenstes Prinzip einzuordnen ist, da es spezifische Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen einer Genossenschaft betont. Mitglieder sollen sich demgemäß stets solidarisch gegenüber dem Geschäftsbetrieb verhalten und dadurch den genossenschaftlichen Charakter stärken. Dies ist besonders bei Neugründungen, sozialen Konflikten oder wirtschaftlichen Krisen von Bedeutung (vgl. Flieger 2013: 396).

2.3.3. Sozial-ökologische Merkmale von Wohngenossenschaften

Die in Genossenschaften verankerten Organe und Prinzipien und deren besonderes Wirken in Wohngenossenschaften betonen den hohen Nutzeffekt für einzelne Mitglieder sehr deutlich. Indem sie Flexibilität eines Mietverhältnisses mit der Sicherheit von Wohneigentum verbinden, gelten Wohngenossenschaften oftmals auch als »dritter Weg« zwischen Miete und Eigentum. Darin wird besonders der soziale Anspruch formuliert, mit dem sie seit Beginn ihrer Gründung verwurzelt sind. Zudem zeigt die historische Entwicklung auf, dass Genossenschaften besonders in Zeiten des Wandels als äußerst populär und gewinnbringend erscheinen. Da die erwirtschafteten Gewinne nicht in Form von Renditen an Externe ausgezahlt werden, sondern innerhalb der Genossenschaft bleiben, um beispielsweise für anstehende Renovierungsarbeiten zur Verfügung zu stehen, ermöglichen sie in Zeiten ökonomischer Krisen zusätzlich eine flexible Mietpreisgestaltung. Indem auf Investitionen verzichtet wird, kann durch dieses Prinzip der Selbstverwaltung der Mietpreis nicht nur auf niedrigem Niveau gehalten, sondern in Krisenzeiten zusätzlich gesenkt werden (Beuerle 2014: 193 f.). Waren es in der Vergangenheit vermehrt gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Transformationen, in denen sich Genossenschaften durch ihren spezifischen Organisationscharakter profilieren konnten, stellt sich nun auch vor dem Hintergrund der sich

auf die Natur auswirkenden Krisen die Frage, inwiefern Genossenschaften auch hier als bedeutsamer Akteur auftreten können. Ein solches ökologisches Potential kann bereits in der grundlegenden genossenschaftlichen Idee, dass Mitglieder mit ähnlichen Interessen gemeinsam mehr Möglichkeiten und Durchsetzungskraft aufbringen können als Einzelpersonen, ausgemacht werden (vgl. Schröder 2012: 141). Zwar sind auf Ebene des Klimaschutzes besonders die Energiegenossenschaften von großer Bedeutung (Klemisch 2014; Atmaca 2014), jedoch bergen die wohngenossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, die einen nachhaltigen Umgang mit der Wohnanlage sowie der näheren Umgebung fördern, ebenso vielversprechende transformative Voraussetzungen. Hier überzeugen Wohngenossenschaften oftmals mit lokalen Klimaschutzmaßnahmen wie etwa gemeinsamer Ressourcennutzung (Kühlschränke, Internet, Carsharing, Waschmaschinen, Gartenanlagen, etc.) (vgl. Schröder 2012: 146). Gerade dann, wenn sich der lokale Klimaschutz nicht ausschließlich auf die Mitglieder einer Wohngenossenschaft beschränkt, sondern auch auf das Umfeld Einfluss übt, spricht man von Gemeinwohl – bzw. in urbanen Räumen – von Stadtteilorientierung. Dahinter verbirgt sich der kollektive und eigenverantwortliche Gedanke, dass die Bedeutung des Wohnortes und die Wohnqualität mit der Eingliederung in das räumliche Umfeld steigt und Mitglieder somit aktiv an dessen Gestaltung teilnehmen (vgl. ebd.: 142). Jedoch stellte die Stadtforscherin Carolin Schröder in ihren Studien ebenso fest, dass eine zu große gesellschaftliche Verantwortung in Bezug auf Klimapolitik und Stadtteilorientierung nicht auf Genossenschaften übertragen werden sollte, da sich schlussendlich auch Wohngenossenschaften primär auf wirtschaftlich attraktive Angebote fokussieren und nach wie vor in erster Linie den sozialen (Sicherung von bezahlbarem Mietraum, Wohnraumnot etc.) über den ökologischen Charakter stellen. Die Einbindung klimapolitischer Ziele ist dennoch bei kleineren und jüngeren Genossenschaften eher auffindbar als in großen, etablierten Formen (Schröder 2014: 88 f.; 2012: 149 f.).

2.3.4. Ökodörfer

Es wurde bereits angesprochen, dass die in dieser Arbeit herangezogenen Fallstudien jeweils wohngenossenschaftlich organisiert sind. Im Gegensatz zur Genossenschaft Kalkbreite betont die Lebensgemeinschaft Sieben Linden jedoch an erster Stelle ihren Charakter als Ökodorf. Für die im Anschluss unternommene Operationalisierung der Fallbeispiele erscheint es somit

im Vorfeld hilfreich, einen Überblick zu dieser Lebensform zu geben, sowie das Ökodorf innerhalb des Kontextes von Wohngenossenschaften einzuordnen.

Ökodörfer gelten als sozial ökologische Modellprojekte, die aufgrund ihrer unterschiedlich gelebten Praxis schwierig zu definieren sind. Dementsprechend charakterisiert das Globale Ökodorf Netzwerk (GEN) ein Ökodorf sehr allgemein:

»An ecovillage is an intentional, traditional or urban community that is consciously designed through locally owned participatory processes in all four dimensions of sustainability (social, culture, ecology and economy) to regenerate social and natural environments« (vgl. GEN 2019).

Bei dieser Beschreibung sticht in erster Linie der nachhaltige Charakter hervor, der diese Formen gemeinschaftlichen Lebens prägt und mit der kulturellen Komponente die üblichen drei Dimensionen sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit erweitert. Dabei wird ersichtlich, dass es sich bei Ökodörfern auch um modellhafte Projekte handelt, die eine Veränderung für die Gesellschaft als Ganzes anstreben. So verfolgen Ökodörfer den Versuch, Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen in ihrem Wunsch nach Veränderung zu vereinen und ihnen einen Raum zu geben, um Wege und Modelle aufzuzeigen, wie ein sozial-ökologischer Wandel der Gesellschaft umgesetzt werden kann. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass Ökodörfer einen von vielen möglichen Wegen des gesellschaftlichen Wandels umzusetzen versuchen und ihre Alternative nur als Teil vieler weiterer Herangehensweisen verstanden werden soll (vgl. Kliemann 2017: 250). Die Geschichte der Ökodörfer reicht zurück in die 1960er- und 1970er Jahre, als mit ökologisch motivierten Kommunen erstmals die Möglichkeit einer praktikierbaren Alternative entstanden ist. Mit ihren ökologischen Forderungen übten beispielsweise Kommunen in den Vereinigten Staaten starke Kritik an der überwiegend städtischen Industriekultur und avancierten zu einem politischen »Kampfbegriff«. Obgleich die Bedeutung von Kommunen für die Umweltbewegung unterschiedlich diskutiert wird – KritikerInnen merken etwa an, dass sich Kommunen primär nicht um einen Gesellschaftswandel bemühten, sich vielmehr auf die eigene Wirklichkeit beschränkten – gelten sie besonders hinsichtlich ihrer autonomen Organisationsform als Wegweiser für Ökodörfer; außerdem lassen sich beide aufgrund ihrer gemeinschaftlichen Ausrichtung als intentionale Gemeinschaften klassifizieren (vgl. Andreas 2015a: 33). Dieser Sammelbegriff wurde Mitte des 20. Jahrhunderts geprägt und umfasst Formen, des

bewussten gemeinsamen Lebens als Alternative zu den gegebenen Verhältnissen die von Platons erster Republik über christliche intentionale Gemeinschaften⁸ ab dem 16. Jahrhundert bis hin zu Ökodörfern reichen. Der Begriff der intentionalen Gemeinschaften dient als Kategorie allen, die sich damit identifizieren und positionieren möchten (vgl. ebd.: 68ff.).

Mit der Gründung des »Globalen Ökodorf Netzwerks« (GEN) im schottischen Ökodorf Findhorn, wurde 1995 ein offizieller Rahmen gefunden, der eine Abgrenzung der Ökodörfer von anderen Formen intentionaler Lebensgemeinschaften unternahm und dafür sorgte, dass Ökodörfer erstmals weltweit als Akteure politischer Bewegungen wahrgenommen wurden. Ähnlich wie die ICA ist das Netzwerk global vernetzt und agiert auf fünf Kontinenten mit mehreren tausend Mitgliedern (vgl. Kliemann 2017: 250). Jedoch ist hier auf eine genaue Trennung zu achten. Während sich die GEN darauf einigte, »dass eine Gemeinschaft ein Ökodorf sei, solange sie verbindlich eine entsprechende Mission verfolge und in dieser Richtung Fortschritt erziele« (Andreas 2015b: 78), somit schwer zu definieren bleibt und vor allem keine rechtlich eingetragene Form intentionaler Gemeinschaften verkörpert, sind Genossenschaften, sowie Wohngenossenschaften im engeren Sinn, strukturell übergeordnet. Demnach ist die grundlegende Organisationsform vom Ökodorf Sieben Linden die Genossenschaft.

Diese Betrachtung zeigt dennoch die Möglichkeit auf, mit den Kriterien eines Ökodorfes die strukturellen Merkmale von Wohngenossenschaften zu erweitern, ohne dabei die genossenschaftlichen Grundprinzipien zu verletzen. Dies liegt im Ermessen der Lebensgemeinschaft und ihrer Vision, die – wie sich gezeigt hat – stets mit dem Anspruch verbunden ist, den Umgang mit der sozialen sowie natürlichen Umwelt nachhaltig zu gestalten (vgl. GEN 2019). Die Organisationsform des Ökodorfes kann somit als eine bestimmte Form der Wohngenossenschaft gedeutet werden, muss jedoch nicht automatisch an eine genossenschaftliche Rechtsform gebunden sein.

⁸ Für einen genaueren Überblick zu intentionalen Gemeinschaften und die damit verknüpfte Debatte über die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit dieser Lebensformen (vgl. Meijering et al. 2007; Christian 2003; Lockyer 2007).

3. Zusammenführung der vorgestellten Debatten

Bei der Frage nach der Bedeutung von SöT und dem »Guten Leben« wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei beiden Begriffen um heuristische Konzeptionen handelt, die sich aufgrund ihres normativen und offenen Charakters leicht instrumentalisieren lassen und somit einen wissenschaftlichen Zugang erschweren. Nichtsdestotrotz zeigt eine analytische Transformationsperspektive, dass eine SöT dringend notwendig ist und folglich normativ als »Korrektiv zum Kapitalismus« präsentiert wird. Ein wirkungsmächtiger Gegenakteur dieser Narration stellt zweifelsohne die Wirtschaftspolitik. Ökonomisches Wachstum genießt auch seitens der Politik nach wie vor höchste Priorität, und wird unter dem Begriff der »Green Economy« als Maßnahme präsentiert, welche vor allem durch den Ausbau innovativer Technologien derzeit als einzige realistische Lösung gesehen wird, um gegenwärtige Gesellschaften durch eine SöT zu führen. Die solidarischen Narrationen des »Buen Vivir« haben indessen verdeutlicht, dass damit ausschließlich Interessen westlicher Industrieländer gestärkt werden und sich ein Machtgefälle etabliere, welches ein »Gutes Leben« rein auf die kapitalistischen Zentren beschränke. Die ökologischen und sozialen Schäden, die aus Sicht der lateinamerikanischen Narrationen durch das anthropozentrische Weltbild des Kapitalismus potenziert werden und die Karl Polanyi als Konsequenzen der »Teufelsmühle« beschreibt, wirkten sich besonders in den Peripherien am stärksten aus⁹, was gegenwärtige Naturkatastrophen deutlich widerspiegeln. Auch wenn »Buen Vivir« durch seinen pluralen Charakter keinen alleinigen Wahrheitsanspruch verfolgt und ein vielfältig geprägtes Konzept darstellt, dient es vielen AkteurInnen in Industriegesellschaften als Vorbild für eine solidarische Lebensweise, die auch im Hinblick zukünftiger Generationen für weltweite Entwicklungschancen streiten und versuchen, ein vielfältiges »Gutes Leben« auf dem Planeten zu garantieren (vgl. Novy et al. 2013: 91). So erklärt sich die theoretische Auswahl an Zugängen zur Konzeption des »Guten Lebens«, wie sie in dieser Arbeit anhand der

⁹ Der Soziologe Stephan Lessenich spricht dabei von einer systematischen Auslagerung von Armut, Ungerechtigkeit und ökologischer Verschmutzung. Diese Problematik fasst er mit dem Konzept der »Externalisierungsgesellschaft« zusammen (vgl. Lessenich 2016).

Überlegungen Hartmut Rosas und Martha Nussbaums unternommen wurden, durch die wissenschaftlich sich verdichtende These, dass ein auf permanenter Wachstumslogik basierendes Wirtschaftsmodell, das soziale wie ökologische Ungleichgewicht kontinuierlich verschärft, in eine Sackgasse führt. An Stelle von Autonomie und Authentizität verbinden indigene Verständnisse vom »Guten Leben« Eigenschaften wie Solidarität, Gleichheit, Harmonie und Wechselseitigkeit und leisten so einen nachhaltigen Beitrag für eine individuelle Verantwortung gegenüber der Natur. Bei der Etablierung einer solchen Narration in Industriestaaten ist es von großer Bedeutung, dass sie sich nicht allein auf theoretische Inhalte beschränkt und damit Gefahr läuft, sich als elitäres und exklusives Modell zu präsentieren. Es werden wesentliche strukturelle Veränderungen verlangt, die meist innerhalb gesellschaftlicher Nischen von sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften, NGOs, Universitäten oder allgemein kritischen Menschen angestoßen werden und über Strahlkraft nach Außen verfügen (vgl. Brand 2014: 10). Unter Verweis auf Antonio Gramsci betonen Brand und Novy besonders den hegemonialen Charakter einer solchen Veränderung, indem die Akteursgruppen *»für eine bestimmte Gesellschaft und insbesondere gegen eine bestimmte Ordnung«* (Novy 2013: 95) streiten. Die Herausforderungen, die sich bei der Umsetzung eines solchen Verständnisses von SöT ergeben, begründet sich nach Andreas Novy durch eine bisher fehlende Strategie der Vernetzung aller wachstumskritischen Initiativen zu einem gemeinsamen Mosaik. Ohne gesellschaftliche Bündnisse sei es Novy zufolge nicht möglich, ein »neoliberales Kapitalismusmodell« zu überwinden, wobei er auf die Anstrengungen in Lateinamerika während der 1980er und 1990er Jahren verweist; dort stießen diese Ambitionen auf erheblichen Widerstand der Eliten (vgl. ebd.: 95).

In dieser Hinsicht erscheinen auch Raiffeisen und Schulze-Delitzsch als entscheidende Akteure, denen es gelang, ungeachtet anfänglicher Widerstände, hartnäckig am Ausbau des Genossenschaftswesens zu arbeiten. Damit unternahmen sie den Versuch, insbesondere dem Arbeiterproletariat während der Industriellen Revolution in seiner prekären Situation ein Minimum an Sicherheit zu gewährleisten. Die im Zuge des Industriekapitalismus ausgebeutete ArbeiterInnenklasse verkörperte den negativen Charakter des ambivalenten Kapitalismusmodells jener Zeit. Raiffeisen und Schulze-Delitzsch entwickelten Strategien aus den Nischen der Gesellschaft, wie etwa das Genossen- und Gewerkschaftswesen. So sprach Victor Aimé Huber, Sozialreformer und einer der ersten Theoretiker des

Genossenschaftswesens, in Bezug auf die Gründerjahre der Wohnbaugenossenschaften, von »Selbsthilfeeinrichtungen« zur Erlangung menschenwürdiger und bezahlbarer Wohnungen (vgl. Crome 2007: 212). Im Kontext der »multiplen Krisen« dieser Zeit wurde mit dem Prinzip der Wohngenossenschaften eine Strategie herangezogen, welche seit seiner Gründung auf grundlegend solidarischen Werten basiert und preisgünstige, geschützte Wohnräume ermöglicht. Dass die Verbindung von genossenschaftlich organisierte Wohnformen mit sozial-ökologischem Themen wie Klimaschutz vermehrt auf wissenschaftliches Interesse stößt (vgl. Atmaca 2014; Schröder/Walk 2014), erklärt sich durch zahlreiche Erfahrungen, die seit etwa 150 Jahren im Kontext des Wohngenossenschaftswesens gesammelt wurden. So konnten sich Wohngenossenschaften besonders in Krisenzeiten bewähren. Obwohl auch heute noch die sozialen Aspekte vor den Ökologischen dominieren, unterstreichen besonders junge Wohngenossenschaften, dass ökologischen Merkmalen gesteigerte Bedeutung zukommt. Das liegt besonders an der Kompatibilität der Prinzipien des Genossenschaftswesens mit Aspekten der ökologischen Nachhaltigkeit. Durch Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung soll es über die soziale Qualität hinaus gelingen, den ökologischen Fußabdruck einer Wohngemeinschaft gering zu halten, lokale und unabhängige Netzwerke zu nutzen und durch eigenständige Modelle von »Sharing Economy« den sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken.

4. Fallbeispiele

Auf Grundlage der vorangestellten theoretischen Auseinandersetzung sowie der eingebundenen Betrachtung des Genossenschaftswesens werden im zweiten Teil dieser Arbeit mit dem »Ökodorf Sieben Linden« sowie der »Genossenschaft Kalkbreite« zwei Fallbeispiele in den Blick genommen, die durch ihre jeweilige wohngenossenschaftliche Organisation sowie ihres Selbstverständnisses als AkteurInnen von SöT Gemeinsamkeiten aufweisen. Dabei sollen das spezifische Streben sowie die unterschiedlichen Vorstellungen eines »Guten Lebens« im Zentrum stehen. Gleichzeitig ist es wichtig zu betonen, dass sich beide Beispiele als Orte präsentieren, die der diskutierten Problematik von Normativität nicht aus dem Weg gehen. Das Vorleben und Weitertragen normativer Konzeptionen ist ein

entscheidender Aspekt beider Akteursgruppen und ihres Handelns. Eine solche deskriptiv-normative Spannung zeigt auf, dass hier keine klare Trennschärfe gegeben ist. Um dieser Herausforderung zu begegnen, ist es bei der Betrachtung der Fallbeispiele dienlich, eine analytische Trennung zu unternehmen. So liegt aufgrund des fehlenden empirischen Materials über spezifische Aspirationen jeweiliger AkteurInnen (es wurde keine ethnografische Feldforschung durchgeführt) der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit weniger auf einer Handlungs- als auf einer Deutungsebene. Diese Gewichtung ermöglicht es, die spezifischen Perspektiven, Bedeutungen und Vorstellungen beider Fallbeispiele in ihrem normativen Bestreben für das »Gute Leben« herauszuarbeiten, ohne sie jedoch hinsichtlich ihres Potentials der Umsetzung zu bewerten. Die Frage nach der Wirkung ist somit ausdrücklich kein Anliegen dieser Arbeit. Ein analytisches Feingefühl wird hinsichtlich dieser Trennung jedoch für die Frage nach der Bedeutung genossenschaftlich organisierter Wohnformen verlangt. Indem das Genossenschaftsprinzip beispielsweise übernommen wird, um *spezifische Vorstellungen* eines »Guten Lebens« in der Praxis *umzusetzen*, vereint es sowohl Deutungs- als auch Handlungsebene zugleich. Für die übergeordnete Forschungsfrage dieser Arbeit, die sich nach der Sichtbarkeit des jeweiligen Strebens nach dem »Guten Leben« erkundigt, ist es allerdings ebenso wichtig, die stattfindenden Prozesse in den Fallbeispielen zu deuten, welche sich vor allem in der strukturellen Organisation der Lebensgemeinschaften widerspiegeln. So geht es auch hier nicht um die Wirkung der Genossenschaftsprinzipien, sondern um ihre Bedeutung innerhalb der jeweiligen Narration des »Guten Lebens«. Dieses Bestreben kommt in den folgenden zusätzlichen Forschungs-Unterfragen zum Ausdruck:

1. *Welche spezifischen Narrationen vom »Guten Leben« lassen sich im Ökodorf Sieben Linden sowie in der Genossenschaft Kalkbreite ausfindig machen?*
2. *Welche Bedeutung hat die wohngenossenschaftliche Organisation beider Projekte für die jeweilige Narration des »Guten Lebens«?*

Unter Aufnahme der Erkenntnisse aus der im ersten Teil dieser Arbeit ausführlich betrachteten strukturellen Merkmale von Wohngenossenschaften, sowie der Konzeption des »Guten Lebens«, kann nun anhand der vorliegenden Forschungs-Unterfragen,

die übergeordnete Leitfrage (die Frage also nach den spezifischen Narrationen der jeweiligen Fallbeispiele) weiter konkretisiert werden.

Das Ökodorf Sieben Linden und die Genossenschaft Kalkbreite sollen jeweils kurz in ihrer historischen Entstehung vorgestellt und im Anschluss vor dem Hintergrund der formulierten Unterfragen betrachtet werden. Dabei zeigen sich vor allem an der grundlegenden Vision beider Projekte Gemeinsamkeiten, welche der normativen Narration des »Guten Lebens« als Korrektiv zum Kapitalismus folgen (vgl. Kapitel 2.2.2.). So wurde bei der Auswahl der Fallbeispiele bewusst auf Lebensgemeinschaften zurückgegriffen, die sich der Argumentationslinie einer antikapitalistischen Narration und dem damit zusammenhängenden normativen Verständnis einer SöT bedienen. Wie bereits betont, geht es dem Autor dabei nicht um eine ideologische Positionierung. Ziel dieser thematischen Ausrichtung ist es, diese Narration innerhalb ihres bestimmten ideologischen Feldes aufzuzeigen.

Hinsichtlich des methodischen Vorgehens ist zu erwähnen, dass keine eigene Feldforschung unternommen wurde. Das Ökodorf Sieben Linden in Deutschland zählt ebenso wie das Projekt der Genossenschaft Kalkbreite in der Schweiz zu den am meisten beforschten genossenschaftlichen Lebensgemeinschaften. Die Operationalisierung der Fallbeispiele stützt sich somit auf bereits vorliegende wissenschaftliche Studien, Veröffentlichungen und Informationen des projekteigenen Internetauftritts. Hervorzuheben ist dabei die 2017 veröffentlichte aktualisierte Fassung der Dissertation mit dem Titel »*Vom neuen Guten Leben, Ethnographie eines Ökodorfes*« von Marcus Andreas, in der er seine Feldforschung von insgesamt 15 Besuchen des Ökodorfes Sieben Linden präsentiert. Für das Projekt der Genossenschaft Kalkbreite wurde ein Fokus auf die genossenschaftseigene Publikation »Kalkbreite - Ein neues Stück Stadt« gelegt, in der das wohngenossenschaftliche Projekt aus Perspektive vieler Beteiligten – von den InitiatiorInnen über die ArchitektInnen bis hin zu den MieterInnen – vorgestellt wird. Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass durch die Wahl eines solchen methodischen Verfahrens die Ergebnisse lückenhaft bleiben. Da es sich bei beiden Fallbeispielen um lebendige Gemeinschaften handelt, deren Grundsatz es vorlebt, die bestehenden Strukturen immer wieder zu reflektieren, ist es nur möglich, einen momentanen Eindruck abzubilden (vgl. Andreas 2015a: 110). Es ist davon auszugehen, dass sich das Forschungsfeld weiterentwickelt hat und sich neue Verständnisse in den Lebensgemeinschaften entwickelt haben. Zudem bleibt zu erwähnen, dass bei diesem

Verfahren der Operationalisierung die Gefahr besteht, eine bestimmte Sichtweise hervorzuheben, welche in der Praxis von den Auffassungen der jeweiligen AkteurInnen abweichen kann.

4.1. Ökodorf Sieben Linden



Abbildung 1: Ökodorf Sieben Linden © 2016 Ökodorf Sieben Linden

Das genossenschaftlich organisierte Ökodorf Sieben Linden ist eine sozial-ökologische Modellsiedlung, die sich im Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt befindet. Sie wird der Gemeinde Beetzendorf zugeordnet, erscheint jedoch nicht nur aufgrund ihrer abgeschiedenen Lage als ein losgelöster und selbstbestimmter Ort. Das Ökodorf versteht sich seit seiner Gründung im Jahr 1997 als ein alternatives Gemeinschaftsprojekt, welches das Ziel verfolgt, einen »ganzheitlichen« Lebensstil zu verwirklichen, der maximale ökologische

Nachhaltigkeit mit hoher Lebensqualität zu verbinden sucht (vgl. Sieben Linden 2019). Die Fläche ist Eigentum der Siedlungsgenossenschaft Sieben Linden und umfasst aktuell rund 100 Hektar wovon etwa 64 Hektar Wälder einnehmen. Nach letztem offiziellem Stand (2017) wohnen 100 Erwachsene und 40 Kinder in elf Mehrfamilienhäusern und 45 Bauwagen. Die BewohnerInnen haben sich auf eine maximale EinwohnerInnenengrenze geeinigt, die mit 300 Personen doppelt so hoch angesetzt ist, jedoch durch einen sozial verträglichen, organischen Wachstumsprozess erreicht werden soll (vgl. ebd.: Geschichte).

Geschichte

Die Geschichte des Ökodorfes Sieben Linden lässt sich grob in drei zeitliche Phasen unterteilen. Die »Vorgründerjahre« von 1989-1997 umfassen die konzeptuelle Umsetzung der Ökodorf-Vision bis hin zur Einigung und zum Erwerb eines geeigneten Standortes. Kurz nach dem Kauf des heutigen Grundstücks für 380.000 Deutsche Mark siedelten 15 SiedlerInnen mit Kindern und Bauwagen auf das Gelände in der Altmark, auf dem sich bereits ein sanierungsbedürftiger Bauernhof befand, der von sieben Lindenbäumen umgeben war. Diese natürliche Charakteristik ermöglichte der Gemeinschaft eine sehr schnelle Einigung auf den bis heute offiziellen Projektnamen »Sieben Linden« (vgl. Andreas 2015a: 43 ff.). In der »Pionierzeit« zwischen den Jahren 1997 und 2000 standen anschließend umfangreiche Sanierungsarbeiten und Bauvorhaben im Vordergrund. Dabei wurde der aufgekaufte Bauernhof entsprechend ökologisch nachhaltiger Kriterien zu einem Gemeinschaftsgebäude und Regionalzentrum umgebaut. In erster Linie befindet sich hier die Gemeinschaftsküche mit Essräumen sowie das Lebensmittellager einer Einkaufsgemeinschaft. Außerdem bieten diese Räumlichkeiten Platz für einen Naturwarenladen, einen Seminarraum, eine Bibliothek, ein Kinderzimmer, als auch für Gästeunterkünfte und Büros, sowie für die sanitären Einrichtungen der BewohnerInnen der Bauwagen (vgl. Kunze 2017: 2). Die Pionierzeit war außerdem besonders durch den Ausbau der Infrastruktur auf dem Gelände geprägt. Damit war auch die landwirtschaftliche Aneignung des Bodens sowie der Bau von Gartenanlagen verbunden. Die Zeit ab dem Jahr 2000 bis heute wird von den BewohnerInnen als Professionalisierungs- und Formalisierungsphase bezeichnet und ist hauptsächlich durch das stetige Wachstum der Zahl an EinwohnerInnen geprägt sowie die dafür benötigten baulichen Anpassungen auf dem Gelände. Darüber hinaus gewann das bereits erwähnte BesucherInnenangebot immer mehr

an Bedeutung und so stieg die Zahl der Gäste in Sieben Linden seit dem Jahr 2000 kontinuierlich an (vgl. Kunze 2017: 2). Auch wenn das Ökodorf aufgrund seiner niedrigen EinwohnerInnenzahl nach wie vor eher der Größe eines Weilers entspricht, konnte durch die die baulichen Veränderungen der letzten Jahre ein Dorfcharakter etabliert werden. Dazu tragen insbesondere der Dorfplatz mit einem Amphitheater und Naturbadeteich, ökologische Schotterwege sowie die Wohnhäuser und Gewerbegebäude bei (vgl. Kunze 2017: 2).

Wie die meisten sozial-ökologischen Gemeinschaften setzt man auch in Sieben Linden auf Einkünfte durch Gäste, die anreisen, um alternative Bildungs- und Erholungsangebote wahrzunehmen. Mit bis zu 6000 Übernachtungen pro Jahr gelingt es dem Ökodorf Sieben Linden eine ökonomische Komponente mit ihrem selbst erarbeiteten Bildungsauftrag zu verbinden (vgl. Andreas 2015b: 137).

4.2. Narration des »Guten Lebens« Sieben Linden

Die Betrachtung der Geschichte Sieben Lindens sowie der grob skizzierte Überblick zu Ökodörfern machen deutlich, dass sich Sieben Linden bereits durch die Organisation und Selbstbezeichnung als Ökodorf normativ positioniert und sich damit an der in dieser Arbeit hervorgehobenen Narration vom »Guten Leben« orientiert.

Um zunächst ein allgemeines Selbstverständnis der BewohnerInnen Sieben Lindens zu erhalten, versprechen die allgemein formulierten sozialen wie ökologischen Ansprüche eines Ökodorfes bereits einen Eindruck darüber zu vermitteln, was es heißt, in solch einem Kontext gut zu leben. In einem Video, das auf der Startseite der eigenen Homepage¹⁰ des Ökodorfs Sieben Linden verlinkt ist, und somit einen ersten Eindruck vom Zusammenleben der Gemeinschaft vermittelt, drückt eine Bewohnerin die Ansprüche der Gemeinschaft in Form von Leitfragen aus:

»(...) Wie leben wir ein gutes Leben und, wie leben wir es nicht auf Kosten von anderen? Seien es Menschen, Tiere, Pflanzen. Also nicht auf Kosten von dritten. Und wie leben wir ein zukunftsfähiges Leben für unsere Kinder und Kindeskinde? Da sind wir dran, wir arbeiten dran« (vgl. Würfel 2014: 4:55-5:22).

¹⁰ <https://siebenlinden.org/de/start/> (zugegriffen am: 17.08.2019).

Diese Aussage deckt sich ohne Zweifel mit der skizzierten Charakterisierung von Ökodörfern, die einen sozialen und ökologischen Anspruch für eine Gesellschaft als Ganzes formuliert. Damit ist die Vision verbunden, sich als Lebensgemeinschaft stets in einem Verhältnis zur Welt wahrzunehmen: »global denken – lokal handeln« (vgl. Andreas 2015a: 174). Hierdurch wird die Erzählung vom »Guten Leben«, die auf Grundlage von Solidarität untereinander aber auch gegenüber der ganzen Menschheit sowie der Natur praktiziert wird, dem normativen Frame des »Guten Lebens für alle« gerecht. Des Weiteren spricht die erwähnte Bewohnerin eine zeitliche Komponente an, welche sie als normative Bedingung für ein »Gutes Leben« im »Hier und Jetzt« sieht. Um in der Gegenwart »gut leben« zu können müssten Voraussetzungen wie die Möglichkeit eines »Guten Lebens« für zukünftige Generationen erfüllt sein. Die allgemeinen Ziele und Visionen von Ökodörfern wie Sieben Linden setzen sich somit neben solidarischen Organisationsstrukturen der Gemeinschaft und einer damit verbundenen ökologischen Infrastruktur auch aus einer Verantwortung gegenüber der Umwelt und zukünftiger Generationen zusammen. Diese, von der Bewohnerin angesprochenen Ziele und Visionen, leiten sich aus einem Grundsatzpapier ab, dessen Unterzeichnung für einen Zuzug in das Ökodorf Sieben Linden sowie für die Aufnahme in die Genossenschaft verpflichtend ist.

Das Papier beinhaltet sowohl Leitsätze aus den Gründungsjahren als auch solche, die sich aus aktuellen Erfahrungen speisen. Der Text befindet sich in einem stetigen Veränderungsprozess (vgl. Sieben Linden 2015). Aktuell ist das Grundsatzpapier in die sieben Themenbereiche »Vision eines ganzheitlichen Dorfes«, »Selbstverständnis der Gemeinschaft«, »Verabredung zur bewussten Kommunikation«, »Entscheidungen«, »Ökologie und Selbstversorgung«, »Ökonomie und Arbeit« sowie »Regionales und gesellschaftliches Engagement« gegliedert. Einen genaueren Einblick in einzelne Bereiche wird durch Verweise im Zuge der folgenden Betrachtung spezifischer Narrationen gegeben, jedoch erscheint es bereits für einen allgemeinen Eindruck von Bedeutung, an dieser Stelle auf die Priorisierung der Anliegen des Papiers zu verweisen. Wie auch im Video auf der Startseite der Website von Sieben Linden wird auch hier an erster Stelle das Streben nach einer sozial-ökologisch ausgerichtete Siedlung betont:

»Wir wollen eine sozial und ökologisch ausgerichtete Siedlung für bis zu 300 Menschen aufbauen. Im Mittelpunkt unseres Tun und Denkens steht die Verantwortung für die Welt, in der wir leben. Unser Ziel ist die Kooperation von Mensch und Natur. Überschaubare Strukturen, weitgehende Selbstversorgung und Selbstverantwortung sind die Grundlagen für dieses Vorhaben« (ebd.).

In einem nächsten Schritt sollen nun diese für Ökodörfer typischen allgemeinen Ziele und Visionen durch die *spezifische* Narration vom »Guten Leben« in Sieben Linden konkretisiert werden. Dies verspricht besonders vor dem Hintergrund wohngenossenschaftlicher Prinzipien sowie der anschließenden Betrachtung und Gegenüberstellung mit dem Fallbeispiel der Genossenschaft Kalkbreite von Interesse, da die bisher im theoretischen Teil dieser Arbeit beleuchtete normative Narration eines »Guten Lebens« entkoppelt von kapitalistischer Wachstumsdynamik – auf einer tiefergreifenden Deutungsebene zunächst in den Hintergrund gerückt wird, um Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale der Fallbeispiele zu betonen.

4.2.1. Spezifische Organisationsstrukturen

Um die vorhandenen Vorstellungen vom »Guten Leben« in Sieben Linden aufzuspüren und zu deuten ist es lohnenswert, die spezifischen Organisationsstrukturen der Ökodorfgemeinschaft in den Blick zu nehmen. Der soziale Aspekt der Narration ist maßgeblich durch das dort eigens erarbeitete und inzwischen über Sieben Linden hinaus prominente Entscheidungs- und Kommunikationsmodell geprägt. Das Besondere dieses Modells besteht in der Trennung von einer sachbezogenen Entscheidungssphäre, die sich aus der genossenschaftlichen Vollversammlung (VV) sowie Räten oder Kleingruppen zusammensetzt, als auch einer persönlichen Sphäre, in der durch gezielte Maßnahmen zur Stärkung individueller Meinungsäußerungen wie etwa das »Forum«, Austausch und Transparenz zwischen den BewohnerInnen gefördert werden soll (vgl. Andreas 2015b: 137). Obgleich beide Sphären voneinander getrennt agieren, stehen sie in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander und darüber hinaus wird darauf geachtet, dass ein reibungsloser Austausch gewährleistet bleibt. Denn wie es auch im Grundsatzpapier festgehalten ist, besteht das prinzipielle Interesse immer in dem Bestreben, »Entscheidungen im Konsens aller Betroffenen zu treffen« (Sieben Linden 2015: 3). Über viele Umwege des Experimentierens gelangte das Ökodorf Sieben Linden schließlich zu einem Modell, das durch seine Balance von Egalität und Hierarchie besticht; in der Ökodorfszene dominieren üblicherweise rein basisdemokratische Ansätze zur

Entscheidungsfindung (vgl. Burkhart et al. 2017: 249 f.). Jedoch führte etwa der gesteigerte Zuzug nach Sieben Linden dazu, dass immer mehr BewohnerInnen die Kritik äußerten, die übergeordnete Vision des Ökodorfs ginge aufgrund kleinteiliger zeitintensiver Debatten verloren. Mit dem heutigen mehrstufigen Entscheidungsmodell wurde somit die Möglichkeit für mehr Effizienz geschaffen. Abstimmungen der VV werden durch »Ja«, »Enthaltung«, »Nein« und »Veto« getroffen. Die Ausdifferenzierung an Möglichkeiten, eine Entscheidung abzulehnen habe zu einem Bedeutungswandel geführt. »Nein« erfährt nun die Bedeutung: »Ich kann mit dem Beschluss zwar leben, mag ihn aber nicht« (Andreas 2015a: 201) und blockiert somit nicht automatisch die gesamte Entscheidungsfindung. Kann eine stimmberechtigte Person jedoch mit einer Entscheidung »nicht leben«, kann sie vom Vetorecht Gebrauch machen, was jedoch in Sieben Linden sehr selten vorkomme. Das Veto verpflichtet gleichermaßen, sich um einen alternativen gemeinsamen Lösungsweg zu bemühen. Geschieht dies nicht, so kann es in der folgenden Sitzung ignoriert werden. Schlussendlich werden Beschlüsse, die von einer 2/3 Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden mit »Ja« entschieden werden, angenommen (vgl. ebd.: 201). Andreas betont jedoch auch, dass es sich bei diesem Modell keineswegs um ein reduziertes Verständnis von Hierarchie handele, welches etwa spirituellen Gemeinschaften, die oftmals auf eine charismatische Führungspersönlichkeit ausgerichtet sind, als Vorwurf ausgelegt wird. Die BewohnerInnen Sieben Lindens verstehen Hierarchie weniger als feste Ordnung, sondern vielmehr als eine interessen geleitete Übernahme von Kompetenzen und Verantwortung, bei der »jeder (...) irgendwo Chef und woanders nicht« sei (ebd.: 200). Zudem gelinge es dem Ökodorf im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinschaften – auch aufgrund der Unterteilung der Entscheidungssphäre in VV und Räte – die Balance zwischen Hierarchie und Egalität langfristig aufrecht zu erhalten. Die Vollversammlung, in der aufgrund des Personalitätsprinzips allen SiedlungsgenossInnen das gleiche Wahl- und Mitspracherecht zukommt, beschäftigt sich mit den übergeordneten Themen und großen Entscheidungen wie »unveränderliche Beschlüsse«. Dazu zählt beispielsweise der Erwerb von neuem Siedlungsland oder die Aufnahme von GenossInnen oder PraktikantInnen. Für eine möglichst konstruktive Diskussion informiert ein Mitteilungsbrett bereits sieben Tage vorher über anstehende Entscheidungen. Ein weiteres wichtiges Entscheidungsgremium bilden die Räte, die sich jeweils aus fünf Personen zusammensetzen. Die thematisch unterschiedlich ausgerichteten Räte decken jeweils die Themenfelder »Soziales«, »Lebensmittel«, »Bauen«, »Siedlungsgenossenschaft« und

»Freundeskreis« ab. Sie verfügen über eine weitreichende Entscheidungskompetenz, deren Befugnis sich beispielsweise bei monetären Entscheidungen auf bis zu 40.000 Euro beläuft – obgleich die GenossInnen in der VV ab einem Stimmanteil von 20 Prozent ein Veto einlegen können. Im Gegensatz zur VV werden innerhalb der Räte Entscheidungen ausnahmslos zu 100 Prozent auf Konsensbasis getroffen, was jedoch auch Personen bevorteilt, die durchsetzungsfähiger und selbstbestimmter auftreten. Demnach sollen die Räte stets die Selbstermächtigung aller BewohnerInnen stärken und immer wieder Meinungen und Themen aus der Siedlungsgemeinschaft aufnehmen und diskutieren (vgl. ebd.: 202). Die Balance, die sich zwischen dem Entscheidungs- und dem Kommunikationssystem einstellt, wird auf letzterer Sphäre vor allem durch beliebte Formate wie das »Forum« aber auch durch zahlreiche Gesprächskreise, Großforen, Männer- und Frauengruppen als auch Themenabende aufrechterhalten (vgl. ebd.: 205). Die Breite an Kommunikationsformen soll sicherstellen, dass allen BewohnerInnen eine Möglichkeit gegeben wird, sich in die Gemeinschaft einzufügen. Auf diese Weise soll die Qualität der Gemeinschaftlichkeit gestärkt werden. Dabei spielt das »Forum« eine bedeutende Rolle, da es als Raum zur Artikulation von persönlichen, teils auch sehr privaten Themen dient und den Individuen dabei helfen soll, ihren eigenen Platz im Ökodorf zu finden und sich intern zu positionieren (vgl. ebd.: 205). Aufgrund einer breiten Akzeptanz sowie dem offenen Charakter dieser Kommunikationsformate wird das Ökodorf Sieben Linden von einigen BewohnerInnen auch als »Gewächshaus des Vertrauens« (ebd.) bezeichnet, was für eine Lebensgemeinschaft dieser Größe alles andere als selbstverständlich ist. Auch wenn das Entscheidungs- und Kommunikationssystem in diesem Rahmen nur grob nachgezeichnet werden konnte¹¹, haben die wesentlichen Merkmale dieses Modells betont, dass die soziale Organisationsstruktur mit seiner Mischung aus »gemeinsamer Ausrichtung« und »Kraft der Umsetzung« (ebd.: 200) einen wichtigen Baustein der Narration des »Guten Lebens« erfüllt.

Auch hinsichtlich der ökologischen Strukturen antizipiert bereits die Organisationsform des Ökodorfs das Streben des Projekts. In Sieben Linden wurde aufgrund der Größe und Geschichte bereits mit mehreren Formen ökologischer Nachhaltigkeit experimentiert und der Verweis auf das Grundsatzpapier hat gezeigt, dass diese seit den Gründungstagen das Hauptanliegen der zentralen Gemeinschaftsvision verkörpert. Das hohe

¹¹ für eine detaillierte Analyse (vgl. Andreas 2015c)

Bewusstsein von ökologischer Nachhaltigkeit kommt auch durch die Thematisierung in allen Arbeitsgruppen zum Ausdruck. Grundsätzlich gilt, auf möglichst geschlossene und kleinräumige Energie- und Materialkreisläufe zu achten, eine umweltschonende Bauweise einzuhalten, sowie die Biotop- und Artenvielfalt zu erhalten und auszuweiten (vgl. Kunze 2017: 1 f.). Deutlich wird das Streben nach einer auf Selbstversorgung ausgerichteten Wirtschaftsweise, die auf rein biologischer Landwirtschaft basiert sowie vielen kleinen Betrieben, die im Ökodorf angesiedelt sind. 75 Prozent des Bedarfs an Obst, Gemüse und Kräutern werden durch den eigenen Anbau gedeckt, der Rest wird von HändlerInnen und KleinbäuerInnen aus der Region hinzugekauft (vgl. Andreas 2015a: 174). Die umweltschonende Bauweise und das Wohnen ist in erster Linie von der Grundeigentümerin – der Siedlungsgenossenschaft – durch ökologische Baurichtlinien geregelt (vgl. Kunze 2017: 13). Die BewohnerInnen sind dazu angehalten, ausschließlich nachhaltige und soweit möglich natürlich abbaubare Materialien für den Bau der Wohnanlagen zu verwenden. So sind neun der elf Mehrfamilienhäuser mit Strohballen gedämmt. Die Art der Bauweisen variiert jedoch auch in Sieben Linden, wenngleich alle Gebäude den bundeseinheitlichen Standards für ökologisches Bauen in jeder Hinsicht entsprechen (vgl. Andreas 2015a: 138). Die beiden Gebäude »Nord- und Südhaus«, die im Jahr 2000 von der »Nachbarschaft 81/5« aufgrund vom Zeitdruck und finanziellen Engpässen hauptsächlich nach pragmatischen Kriterien gebaut wurden, beinhalten etwa auch nicht-regionale Materialien sowie Dämmmaterial, das nicht ökologisch abbaubar ist und auf einer Deponie entsorgt werden muss. Einen radikalen Gegenentwurf brachte die »Nachbarschaft Club99« mit ihrer »Villa Stohbunt« hervor. Das Haus des ehemaligen Club99 zählt zu den bekanntesten Bauten des Ökodorfes und gilt als erstes genehmigtes Strohballenhaus Deutschlands. Beim Bau wurde auf einen geringen CO₂-Ausstoß sowie auf maximal ökologische Materialien geachtet. Der CO₂-Ausstoß konnte unter anderem auch durch den Verzicht auf elektrische Handmaschinen auf unter 3 Prozent reduziert werden (vgl. ebd.).

Diese sich abzeichnende Spannweite an Bauweisen führte immer wieder zu internen Auseinandersetzungen über die Frage, auf welchen Grad an Nachhaltigkeit man sich im Ökodorf einigte. Grundsätzlich gelten dabei jedoch die offiziellen Baukriterien der Siedlungsgenossenschaft. Diese regelt nicht nur die Nachhaltigkeit der Materialien, sondern auch den Flächenverbrauch pro Kopf, der von der Genossenschaft auf 16,5 m² begrenzt wurde (vgl. Kunze 2017: 12). Des Weiteren ist auf ökoschonende Maßnahmen wie etwa die

Trockentrenn- oder Komposttoiletten hinzuweisen, die auf dem gesamten Gelände des Ökodorfs installiert sind. Die Richtlinien der Siedlungsgenossenschaft erlauben keine Alternativen, wie etwa gewöhnliche Spültoiletten. Außerdem verfügt Sieben Linden über eine spezielle Pflanzenkläranlage, die eine qualitativ hochwertige Wiederaufbereitung der Abwässer sicherstellt. Hinsichtlich der Wasserversorgung ist zu erwähnen, dass Sieben Linden von seiner Gründung im Jahr 1998 bis 2014 einen eigenen Brunnen zur Trinkwasserversorgung nutzte. Im Zuge eines Gemeindebeschlusses im Jahr 2014 musste das Ökodorf jedoch einen offiziellen Trinkwasseranschluss nachweisen, was von den BewohnerInnen als ökologischer Rückschritt und unnötiger Kostenaufwand aufgenommen wurde (vgl. ebd.: 13). Schließlich ist unter ökologischen Gesichtspunkten auch die Energiegewinnung Sieben Lindens zu erwähnen, die durch Photovoltaikanlagen ermöglicht wird, und eine Selbstversorgung von 70 Prozent ermöglicht. Den BewohnerInnen wird nahe gelegt, auf die Nutzung elektrischer Energiequellen wie etwa Wasserkocher, Toaster, Haartrockner weitestgehend zu verzichten (vgl. Andreas 2015a: 159).

Ökologische Nachhaltigkeit wird im Grundsatzpapier an das Prinzip der Selbstversorgung gekoppelt. In Sieben Linden hat man sich darauf geeinigt, den Konsum auf regionale Bezugsquellen zu beschränken und sich im Idealfall in allen Lebensbereichen selbst zu versorgen. Die Ökodorfgemeinschaft erkennt darin ein Potential zur Überwindung globaler Ausbeutungsstrukturen, da es einen schonenden Umgang mit den lokal zugänglichen Ressourcen voraussetzt und auf diese Weise regionale Traditionen, Wissen und Fähigkeiten weitergetragen werden (vgl. Sieben Linden 2015). In dieser Hinsicht deckt sich ihr Verständnis vom »Guten Leben« sehr stark mit der Konzeption des »Buen Vivir«, insbesondere wenn sie in der Selbstversorgung die Möglichkeit sehen, Arbeit jenseits kapitalistischer Kategorien als »Quelle der Selbstentfaltung zu entdecken« (ebd.), die zu einer »gerechteren Wertschätzung von Arbeitskraft, Lebenszeit und Produkten führt« (ebd.) und somit zu einer sozial-ökologisch gerechten Lebensweise für alle. Das Prinzip der Selbstversorgung ist in Sieben Linden sehr eng mit der Vorstellung von Arbeit verbunden, da es den autonomen Charakter der Gemeinschaft stärken soll. Zwar sind viele der BewohnerInnen darauf angewiesen, außerhalb des Dorfes einer Erwerbsarbeit nachzugehen, gleichwohl wird vor allem durch die im Anschluss genauer betrachtete Siedlungsgenossenschaft des Ökodorfes, der Ausbau von bezahlter Arbeit innerhalb Sieben Lindens gefördert. Während das Prinzip der Selbstversorgung mit ehrenamtlichen Tätigkeiten in den Bereichen Küche, Pflege, Infrastruktur und Verwaltung, zu

denen alle BewohnerInnen mit einem Pensum von einer bis vier Stunden pro Woche verpflichtet sind, grundsätzlich notwendige Bedürfnisse gewährleistet, lassen sich ebenso eigenständige Unternehmen und Betriebe sowie selbstständige Berufsformen in Sieben Linden auffinden (vgl. Andreas 2015a: 243 f.). Die Berufsfelder spiegeln sich in den von Vereinen und GmbHs der SiGe gegründeten Holzwerkstattbetrieben wie der eigenen Tischlerei, Drechslerei, oder in der Haustechnik- Selbsthilfewerkstatt, sowie in eigenständigen Unternehmen wie einer Obstbaumschule oder einer Gemeinschaftsberatung. Selbstständige finden in Sieben Linden beispielsweise als SeminarleiterInnen, SozialpädagogInnen oder auch YogalehrerInnen und ÜbersetzerInnen Arbeit (vgl. ebd.). Mit dem Streben nach finanzieller Unabhängigkeit sind jedoch auch Herausforderungen verbunden, wie etwa eine räumlich begrenzte Fläche für Kleingewerbe. Grundsätzlich gilt jedoch, dass allen BewohnerInnen sowohl physischer als auch sozialer Raum zum Ausüben ihrer individuellen Fähigkeiten ermöglicht wird (vgl. Sieben Linden 2015). Auf diese Weise profitiere die Gemeinschaft als Ganze, was etwa Martha Nussbaums skizzierten Vorstellung von der Notwendigkeit eines Raumes zur Ausbildung individueller Fähigkeiten entspricht.

Ein weiterer wichtiger Teil der Narration vom »Guten Leben« wird in der Positionierung Sieben Lindens gegenüber der »Außenwelt« sichtbar. Wie bereits erwähnt sollen Ökodörfer »Modelle für umfassende und nachhaltige Lebensweisen sein« (Andreas 2015a: 80). Ein Ökodorf verfolgt somit den Anspruch, über das eigene Dorf hinaus, eine gesellschaftliche Transformation auf Basis konkreter positiver Visionen anzustoßen. Im Grundsatzpapier von Sieben Linden heißt es:

»Wir streben eine ideelle und materielle Vernetzung mit gleichgesinnten Projekten und einen sozialen und ökonomischen Austausch mit der unmittelbaren Umgebung an. (...) Durch unser Engagement beim Aufbau des Ökodorfs arbeiten wir durch unser eigenes Beispiel und zusammen mit anderen Projekten und Bewegungen am Aufbau einer gesellschaftlichen Alternative und treten für diese öffentlich ein. Unser Projekt ist ein Beitrag zur Veränderung (...) Aus dem Rückhalt der Gemeinschaft heraus können wir an der „Graswurzel-Bewegung“ mitwirken, unser ökologisches Knowhow und unsere Erfahrungen (z.B. Ökologie und Konfliktlösmethoden) einbringen« (Sieben Linden 2015: 6).

Auf der jährlich stattfindenden Nachhaltigkeitskonferenz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde im Jahr 2011 der zu dieser Zeit herausgegebene Bericht »Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« des WBGU präsentiert. Das

darin formulierte Ziel einer SöT fällt mit der dringenden Suche nach »PionierInnen des Wandels« zusammen. Der WBGU betont dabei die Zusammenarbeit dreier für ihn entscheidender Akteursgruppen: Die selbstorganisierte Zivilgesellschaft, die wissenschaftliche ExpertInnenengemeinschaft sowie der Staat, der Freiräume für das Heraustreten aus der gesellschaftlichen Nische schaffen soll. Anwesende aus Sieben Linden betonten auf der Konferenz öffentlich, dass sich das Ökodorf als ein/e solche/r »PionierIn des Wandels« versteht (vgl. Andreas 2015a: 257). Andreas merkt dabei an, dass Sieben Linden – aufgrund seiner Größe und begrenzten Diversität – dabei nicht als Blaupause genutzt werden sollte, sondern vielmehr als Beitrag zur individuellen und kollektiven Mobilisierung, sowie als Aufruf, sich der Wandelbarkeit der eigenen Identität gewahr zu werden (vgl. ebd.: 258).

4.2.2. Genossenschaftsprinzipien Sieben Linden

Das Genossenschaftswesen ist fester Bestandteil der Organisationsstruktur im Ökodorf Sieben Linden. Um dessen Bedeutung für die Narration des »Guten Lebens« herauszuarbeiten, empfiehlt es sich, die Genossenschaftsprinzipien gesondert zu betrachten.

Bereits die erste BewohnerInnenschaft Sieben Lindens hatte sich dazu entschieden, das Ökodorf von Beginn an im Rahmen einer genossenschaftlichen Organisation zu führen. Darin erkannten sie die Möglichkeit, ihre Ziele und Visionen bestmöglich in der Praxis umsetzen zu können. Mit der Siedlungsgenossenschaft Ökodorf e.G. (SiGe) und der Wohnungsgenossenschaft Ökodorf e.G. (WoGe) sind Grund und Immobilien des Ökodorfs vor Spekulation und Vererbung an Externe dauerhaft geschützt. Somit entspricht der rechtliche Rahmen der Genossenschaft der Kernidee des Ökodorfprojekts, da er die Voraussetzungen für eine ökologisch und sozial ganzheitliche Infrastruktur und Alltagspraxis setzt und diese den MieterInnen auf Lebenszeit garantiert (vgl. Kunze 2017: 26).

Während der SiGe das Land sowie die Gemeinschaftsgebäude gehören und sich ihre Zuständigkeit um die Grundversorgung sowie die Infrastruktur dreht, fungiert die WoGe als Bauträgerin der meisten Wohnungen Sieben Lindens (vgl. Andreas 2015a: 163). So erklärt sich etwa, dass die streng ökologischen Baukriterien von der SiGe aufgestellt und überprüft werden, während die Wohnungsversorgung und die Bewirtschaftung Aufgabe der WoGe ist (WoGe 2015: §2). Die WoGe besteht ebenso wie die SiGe neben den üblichen genossenschaftlichen Organen des Vorstandes, des Aufsichtsrats sowie der

Generalversammlung auch über sogenannte Hausgruppen, für die eine Mitgliedschaft der BewohnerInnen verpflichtend ist. Innerhalb der Hausgruppen sind die BewohnerInnen zur Erfüllung eines von der Mitgliederversammlung erstellten »Papiers zu Rechten und Pflichten« angehalten, das klare Regeln und Vorstellungen über den Umgang mit dem Siedlungsgelände artikuliert. Grundsätzlich setzt ein Zuzug nach Sieben Linden die Mitgliedschaft zur SiGe voraus. Um in eine Wohnung der Mehrfamilienhäuser, des Regiohauses oder des Seminarzentrums »Sonneneck« einziehen zu können, ist es darüber hinaus verpflichtend, als Mitglied bei der WoGe registriert zu sein, was mit finanziellen Hürden verbunden ist.

So sind die BewohnerInnen neben dem ohnehin obligatorischen Mitgliedsbeitrag zur Aufnahme in die SiGe in Höhe von 11.275 Euro dazu verpflichtet, eine monatliche Nutzungsgebühr von 120 Euro für das 100 Hektar große Land und seine Infrastruktur aufzubringen. Zusätzlich muss für die Mitgliedschaft in der WoGe ein Anteil von 12.000 Euro eingebracht werden, mit dem gegenwärtige und zukünftige Bauvorhaben in Sieben Linden unterstützt werden (vgl. Andreas 2015a: 162 f.). Im Gegensatz zu einem zusätzlich zu zahlenden einmaligen Eintrittsbetrag in die SiGe von 1500 Euro werden die eingezahlten Pflichtanteile bei einem Austritt aus der Genossenschaft zurückerstattet. Die Höhe des Eigenanteils entscheidet auch über die Staffelung der Mietkosten nach Einzug. Werden alle Kosten zusammengerechnet, fallen somit 456 Euro pro Monat an, welche das Leben in einer Genossenschaftswohnung decken, aber auch sonstige Ausgaben, wie etwa das öffentliche Mittagessen, beinhalten. Wird keinerlei Eigenkapital eingebracht, liegen die monatlichen Kosten bei 626 Euro (vgl. ebd.: 166). Ist es EinsteigerInnen nicht möglich, ihre erforderlichen Pflichtanteile einzubringen, werden verschiedene Lösungswege angeboten. So können entsprechende Anteile etwa aus Mehreinlagen anderer BewohnerInnen gedeckt werden oder durch die WoGe selbst, die um »investierende Mitglieder« wirbt oder in seltenen Fällen auch Bankdarlehen aufnimmt. Investierende Mitglieder werden zu Fördermitglieder, wenn sie bereit sind, Anteile in Höhe von mindestens 5.125 Euro beizusteuern. Eine Fördermitgliedschaft beinhaltet das Recht auf Teilnahme an den Genossenschaftsversammlungen wie auch einen Einblick in die Bilanzen. Ein Stimmrecht bei der Generalversammlung oder ein automatisches Recht zum Leben in Sieben Linden ist damit jedoch nicht verbunden (vgl. Sieben Linden 2019: Genossenschaftsanteile).

Diese relativ hohen Mitgliedsbeiträge sowie die Regel der WoGe, dass jeder Bau mit mindestens 50 Prozent des Eigenkapitals finanziert werden muss, erschwert es vielen

BewohnerInnen grundsätzlich, einen Hausbau bzw. Wohnungsbau zu finanzieren. In diesem Punkt genießen einzelne Personen, die finanziell gut ausgestattet nach Sieben Linden ziehen, trotz des Identitätsprinzips, das allen BewohnerInnen unabhängig der Höhe ihrer eingebrachten Pflichtanteile das gleiche Stimmrecht erteilt, gewissermaßen einen Vorteil. Der kleine Wirtschaftskreislauf des Ökodorfes ermöglicht es jedoch, dass solche Investitionen letztlich wieder der ganzen Gemeinschaft zu Gute kommen (vgl. Andreas 2015a: 164). Gleichzeitig profitiert der Wohnbau Sieben Lindens auch sehr stark von den einzubringenden Pflichtanteilen der WohngenossInnen. Als beispielsweise von den BewohnerInnen kein weiterer Hausbau geplant wurde, übernahm die WoGe als Trägerin den Bau des »Strohpolis«, ein Haus das zum Zeitpunkt der Fertigstellung als das größte Strohballenhaus Europas galt (vgl. Kunze 2017: 11). Insgesamt bleibt jedoch zu betonen, dass die Kosten für eine energetische Sanierung oder der Bau von Niedrigenergiehäusern in Sieben Linden für Einzelpersonen aus ökonomischer Sicht im Vergleich zu demselben Vorhaben außerhalb des Ökodorfs keinen Unterschied ausmacht (vgl. Andreas 2015a: 164). Es ist somit anzunehmen, dass die finanziellen Anreize einer wohngenossenschaftlichen Organisation für die BewohnerInnen Sieben Lindens keine bedeutende Rolle in ihrer Narration vom »Guten Leben« einnehmen.

Neben den finanziellen Pflichtanteilen gelten allgemein gültige wohngenossenschaftliche Merkmale. Diese kommen am stärksten durch das in den Hausgruppen behandelte »Papier zu Rechten und Pflichten« zum Ausdruck. Darin wird betont, dass die Gemeinschaft am stärksten gefördert werde, wenn sich die BewohnerInnen durch Eigenleistung beim Bau sowie bei der Instandhaltung der Wohnanlagen einbringen. Arbeiten an der Wohnanlage, sowie auf dem Gelände allgemein, sollen dementsprechend möglichst selbstverwaltet, selbstorganisiert und teamorientiert durchgeführt werden (vgl. WoGe 2015: § 28). Bezüglich der Bedeutung von Prinzipien der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wurde bereits im Kapitel über Wohngenossenschaften hingewiesen, dass sie im Idealfall zu einer aktiven Nachbarschaftshilfe beitragen sowie zu Veranstaltungen und Feierlichkeiten, aber auch zur Gründung gemeinnütziger Vereine und Stiftungen. Letzteres wird in Sieben Linden an der Unterstützung zahlreicher Betriebe (vornehmlich Handwerk und Gartenbau) sowie Einrichtungen verschiedener Rechtsformen wie Vereine (Freundeskreis Ökodorf e.V., Naturwaren Sieben Linden e.V.) und GmbHs deutlich (vgl. Sieben Linden 2015). Das Identitätsprinzip führt darüber hinaus zu einer Entkoppelung von Geld und Macht und bewirkt eine starke Solidarisierung der Gemeinschaft. Eine Bewohnerin bekräftigt

dies und betont, dass der gut funktionierende Wirtschaftskreislauf es allen BewohnerInnen ermögliche, innerhalb Sieben Lindens gut zu leben (vgl. Andreas 2015a: 166). An dieser Stelle ist auch auf die für Wohngenossenschaften charakteristischen Mietverhältnisse zu verweisen. Über die Sicherheit dauerhaften Wohnraums verfügen die BewohnerInnen bereits mit dem Zuzug nach Sieben Linden. Eine Unterkunft wird von Beginn an zu Verfügung gestellt, was als psychische Entlastung bewertet wird und besonders jenen als Starthilfe dient, die die Genossenschaftsanteile zunächst nicht aufbringen können (vgl. ebd.: 162).



Abbildung 2: Strohbauhaus Strohpolis © 2016 Ökodorf Sieben Linden

Darüber hinaus zeigt sich, dass Sieben Linden im Genossenschaftswesen auch ein Instrument zur Einhaltung ökologischer Ziele erkennt. Die gemeinschaftliche Nutzung der Aufenthaltsräume, Wohnflächen und Infrastruktur stärkt nicht nur die Verbundenheit und das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Gemeinschaft, sondern auch das Prinzip der Selbstversorgung und der dadurch gesteigerten ökologischen Nachhaltigkeit. Zusätzliche genossenschaftlich festgelegte Regeln, wie etwa die Baukriterien, die Begrenzung des Wohnraums sowie die Einführung ökologisch nachhaltiger Infrastrukturen (Komposttoiletten,

Autoverbot, Abschalten der Lichtanlagen bei Nacht, etc.) sollen einen geringen CO₂-Fußabdruck¹² gewährleisten.

So wird deutlich, dass das Genossenschaftswesen einen wichtigen Beitrag zur Narration vom »Guten Leben« Sieben Lindens liefert. Die Entscheidung, das Ökodorf Sieben Linden genossenschaftlich zu organisieren, lässt sich nach dieser Betrachtung überwiegend durch das Schaffen gemeinsamen Eigentums sowie durch den privatwirtschaftlichen Charakter von Genossenschaften erklären. Sowohl die SiGe als auch die WoGe stellen mit ihren Satzungen die Weichen für eine sozial und ökologisch nachhaltig ausgerichtete Gemeinschaft. Die enge Vertrautheit der BewohnerInnen untereinander, der hohe Grad an Verantwortung, sowie die zahlreichen Formate der Kommunikation, speisen sich einerseits aus den genossenschaftlichen Prinzipien, stärken jedoch gleichzeitig auch ihren Fortbestand. Dabei wurde deutlich, dass in Sieben Linden weniger die finanziellen Anreize genossenschaftlicher Organisation im Vordergrund stehen. Vielmehr profitiert die Gemeinschaft von sozialen wie auch ökologischen Vorteilen, die sich für sie aus den Prinzipien ergeben. Daraus erklärt sich auch, dass in Sieben Linden seit langer Zeit die Einführung einer gemeinsamen Ökonomie diskutiert wird, wie beispielsweise durch das Modell eines Grundeinkommens, was bisher jedoch keine Mehrheiten generieren konnte (vgl. ebd.: 165). Der im Kapitel 2.3.3. von Carolin Schröder festgestellten Distanziertheit von langjährigen Genossenschaften zu ökologischer Nachhaltigkeit, kann am Beispiel Sieben Lindens jedoch nicht wirklich widersprochen werden. Aufgrund der gemischten Organisationskultur aus Genossenschaft und Ökodorf, verkörpert eine ökologische Ausrichtung bereits von Beginn an das Kernstück, der inzwischen seit 22 Jahren bestehenden Lebensgemeinschaft. So wird es interessant, mit der Betrachtung eines zweiten Fallbeispiels, der Genossenschaft Kalkbreite, eine genossenschaftliche Wohnform zu untersuchen, die in einem städtischen Kontext angesiedelt ist, der gänzlich unterschiedliche Bedingungen mit sich bringt.

¹² Eine Studie der Gesamthochschule Kassel ermittelte in einer CO₂-Fußabdruckstudie aus dem Jahr 2002, dass die Werte der BewohnerInnen von Sieben Linden bei einem Drittel des Bundesdurchschnitts lagen, in einer neu aufgelegten Studie der Universität Turin von 2014 konnte eine weitere Senkung auf 27% des Bundesdurchschnitts festgestellt werden (vgl. Sieben Linden 2019: Ökologie).

4.3. Genossenschaft Kalkbreite



Abbildung 3: Wohn- und Gewerbebau Kalkbreite, Hof © Genossenschaft Kalkbreite Volker Schopp

Auf dem Gelände einer Tramabstellanlage der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) bekam im September 2007 die kurz zuvor gegründete Genossenschaft Kalkbreite von der Stadt Zürich ein Baurecht zugesprochen, das die Realisierung ihrer Vision eines sozial-ökologischen Wohn- und Gewerbebaus ermöglichte (vgl. Müller Sigrist Architekten 2015: 870). Das 6350 m² große Kalkbreite Areal liegt zwischen Seebahngraben, Badener- und Kalkbreitestrasse im vierten Züricher Stadtkreis »Aussersihl« und wird nach wie vor als Straßenbahndepot genutzt. Seit der Fertigstellung und Eröffnung im Jahr 2014, wurde auf einer Nutzfläche von 7811 m² für rund 250 Personen Wohnraum geschaffen, der für die BewohnerInnen um weitere 631 m² Gemeinschaftsfläche ergänzt wurde (vgl. ebd.: 879). Die Tramgleise, die in den Sockel des Genossenschaftsbaus integriert sind, wurden überdacht. Diese Fläche bietet einen öffentlich zugänglichen Innenhof mit Gartenanlagen, Cafés und Kinderspielplätzen. Mit einer Gewerbefläche von insgesamt 4784 m² ist ein Verhältnis von 60 Prozent Wohnen zu 40 Prozent Gewerbe zu verzeichnen. Der Genossenschaftsbau Kalkbreite ist somit durch eine

Hybridnutzung charakterisiert. Diese enge Verknüpfung von Privatsphäre und Öffentlichkeit im verdichteten Zentrum Zürichs erzeugt große Aufmerksamkeit und so gelingt es der Genossenschaft Kalkbreite mit dem Modell aus Zusammenleben und – arbeiten Raum für etwa 500 Personen täglich anzubieten (vgl. ebd.: 869).

Geschichte

Das Gelände, auf dem die Genossenschaft Kalkbreite heute steht, wird bereits seit 1882 vom VBZ betrieben und dient seither als Straßenbahn-Abstellanlage. Den wichtigen Standort im Zentrum der Stadt wollte die VBZ unter keinen Umständen aufgeben, doch gewann in den 1970er Jahren zunehmend eine Debatte an Fahrt, die sich um die Zukunft dieses Geländes drehte. Da die Fläche Grundbesitz der Stadt Zürich ist, wurden mehrfach Anträge und Sonderbauanordnungen eingebracht, die eine alternative Nutzungsform dieses attraktiv gelegenen städtischen Raums anstrebten. Die Sozialdemokratische Partei Zürich 4, die angesichts des knappen und kostenintensiven Immobilienmarkts Zürichs einen genossenschaftlichen Wohnungsbau zu tragbaren Mietpreisen forderte, erreichte schließlich im Jahre 1975 mit Hilfe einer Volksinitiative, dass das Areal Kalkbreite, sobald es die VBZ nicht mehr benötige, ausschließlich für Wohnungsüberbauung reserviert werde (vgl. Wolf et.al.: 2015, 14). Als im Jahr 2002 der Zürcher Stadtrat die Pläne der VBZ zur Erneuerung der Abstellanlage finanziell bewilligte und sich eine letzte Möglichkeit auftat, gelang es durch eine eingereichte Motion aus der Nachbarschaft, bei diesem baulichen Eingriff gerade noch rechtzeitig die bauliche Grundlage für einen Wohn- und Gewerbebau einzufordern. Schließlich gründeten 2006 rund 40 Personen den Verein Kalkbreite, der mit hartnäckigem Einsatz darauf bestand, dass ein Baurecht auf diesem Areal an eine gemeinnützige Baugenossenschaft übertragen werden sollte. Im Rahmen eines öffentlichen Workshops, der von QuartierbewohnerInnen und der Diskussionsplattform »stadt.labor« organisiert wurde, entstand die erste Vision eines nachhaltigen Genossenschaftsbaus, der sich vor allem auch kulturell und sozial auf die Nachbarschaft auswirken sollte. Nach langen Diskussionen um finanzielle Risiken, die aus dem kostenintensiven Überbauungsvorhaben hervorgingen, einigte sich der Gemeinderat der Stadt Zürich schließlich auf die erarbeitete Vision des Kalkbreite Vereins und erteilte im Juni 2007 das Baurecht an die Genossenschaft Kalkbreite, die kurz zuvor aus dem Verein hervorging. Im Jahr 2009 konnte sich die »Müller Sigrist

Architekten AG« in einem ausgeschriebenen Architekturwettbewerb mit einem erarbeiteten Konzept, das sehr stark auf diesen visionären Entwurf ausgerichtet war, durchsetzen. So konnte im Januar 2012 mit dem Bau begonnen werden. Nach nur zwei Jahren feierte der Wohn- und Gewerbebau Kalkbreite schließlich die Eröffnung. Das Projekt konnte im prognostizierten zeitlichen wie auch finanziellen Rahmen von 63 Millionen Franken umgesetzt werden (vgl. Wolf et.al.: 2015: 26 ff.). Im Mai 2018 übernahm die Genossenschaft Kalkbreite die Bauleitung eines weiteren Projekts. Das unweit des Züricher Hauptbahnhofs im Bau befindliche »Zollhaus« soll über 56 Wohnungen verfügen und gegen Ende des Jahres 2020 bezugsfertig sein. Indem es eine Mischung von Wohnraum, Büros, Gastro- und Verkaufsflächen anstrebt, orientiert sich das Konzept des Zollhauses sehr stark an dem der Kalkbreite.

4.4. Narration des »Guten Lebens« Kalkbreite

Während es sich bei der Lebensgemeinschaft Sieben Linden um ein Ökodorf mit unterschiedlichen Nachbarschaften, Wohngebäuden und Bauwagen handelt, zeichnet sich die Genossenschaft Kalkbreite dadurch aus, dass sie ihren 250 BewohnerInnen innerhalb eines zusammenhängenden Gebäudekomplexes Wohn-, Gemeinschafts- und Gewerberäume zur Verfügung stellt – ein großartiges Angebot angesichts der Tatsache, dass erschwingbare Wohnbauflächen¹³ kaum noch vorhanden sind. Zwar ist Zürich mit 431.137 (Stand: April 2019) EinwohnerInnen eine vergleichsweise überschaubare Großstadt, doch konzentrieren sich rund um die größten fünf Agglomerationen der Schweiz (Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne) 84,8% der Gesamtbevölkerung (vgl. Stadt Zürich 2019). Im Jahr 2017 verzeichnete die Stadt ihr stärkstes Wachstum seit 1947. Statistische Berechnungen prognostizieren für den Kanton Zürich eine Fortführung dieses Wachstumstrends, der sich zu 70% durch den Zuzug aus der Schweiz und dem Ausland, sowie zu 30% aus einem Geburtenüberschuss zusammensetzt (vgl. Statistisches Amt des Kantons Zürich 2019b). Angesichts einer tiefen Leerstandsquote und sehr hohen Mietpreisen hat die Stadt bereits begonnen, die Neubautätigkeit zu intensivieren und erreichte im Jahr 2018 mit 3360 neu entstandenen

¹³ Die Preise für Wohnbauflächen innerhalb der Stadt Zürich liegen im Schnitt bei 2710 CHF/m² und stellen im Kantonvergleich den absoluten Spitzenwert. Auch die Preise für Eigentumswohnungen (im Schnitt über 1,5 Millionen CHF) und Einfamilienhäuser (im Schnitt über 2 Millionen CHF) übertreffen im Verhältnis zu ihrer Fläche die Preise der restlichen Gemeinden (vgl. Statistisches Amt des Kantons Zürich 2019a)

Wohnungen den höchsten Wert seit dem Jahr 1954. Zudem wurde für die Errichtung der Neubauten weniger Altbestand abgerissen und so ergibt sich auch im Wohnungsbestand insgesamt ein Plus von 2725 Einheiten. Besonders wird hier der starke Einfluss von Wohnbaugenossenschaften auf dem schweizer Wohnungsmarkt ersichtlich. Mit 870 Wohnungen erstellten sie ein Viertel aller Neubauwohnungen (vgl. Statistisches Amt des Kantons Zürich 2019c). Ungeachtet des hohen Ansehens, welches Wohnbaugenossenschaften in der Schweiz genießen, liegt der landesweite Marktanteil bei niedrigen fünf Prozent mit insgesamt 185.000 Wohnungen, was überwiegend durch den schwierigen Zugang zu Bauland erklärt wird (vgl. WBG Schweiz 2018: 20). So ist auch die Genossenschaft Kalkbreite – trotz des sich momentan in Bau befindlichen zweiten Wohnprojekts »Zollhaus« – kontinuierlich auf der Suche nach neuem Bauland oder Liegenschaften im Großraum Zürich. Auf ihrer Homepage rufen sie explizit dazu auf, im Falle von entsprechenden Informationen, Kontakt aufzunehmen (vgl. Genossenschaft Kalkbreite 2019a). Die beiden Dachverbände »Wohnbaugenossenschaften Schweiz« (WBG) und »Wohnen Schweiz« unterstützen die schweizer Genossenschaften insbesondere in finanzieller Hinsicht. Sie verwalten im Auftrag des Bundes den »Fond de Roulement«, der es gemeinnützigen Bauträgern ermöglicht, zinsgünstige Darlehen für Bauvorhaben sowie den Kauf von Bauland zu ermöglichen. Auch die Genossenschaft Kalkbreite ist neben weiteren Kooperationen¹⁴ mit ihren derzeit über 1900 Mitgliedern (Stand: Oktober 2018) Teil des Züricher Regionalverbands der WBG und damit sehr gut vernetzt (vgl. WBG Schweiz 2018: 22).

Dieser ausführliche Einblick in die Statistik des Schweizer Wohnungsmarkts wurde gegeben, um die Motivation der Wohnungsgenossenschaften nachempfinden zu können, einem sich abzeichnenden Rückgang des genossenschaftlich organisierten Wohnbaus entgegen zu stellen. Der allgemeine Zweck der Genossenschaft Kalkbreite, wie er in den eigenen Statuten steht, ist dementsprechend deutlich formuliert:

¹⁴ Die Genossenschaft Kalkbreite unterhält eine enge Kooperation mit dem Verein Noigass sowie den Genossenschaften Dreieck und Kathargo, die auch als Gründungsmitglieder eingetragen sind. Ebenso ist die Kalkbreite Teil der »Plattform Genossenschaften« zu der auch »Kraftwerk1«, »Wogeno Zürich« sowie die Genossenschaft »mehr als wohnen« gehören.

»Die Genossenschaft Kalkbreite bezweckt den Erwerb von Grundstücken (Liegenschaften, Baurechte) sowie deren Bebauung und Betrieb nach folgenden Grundsätzen:

- *Erstellen und Vermieten von preiswertem Wohn- und Gewerberaum*
- *Verbindung von Wohnen, Arbeiten und Kultur*
- *Förderung sozialer Durchmischung und gemeinschaftlicher Einrichtungen*
- *Förderung einer nachhaltigen Entwicklung gemäss den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft« (Genossenschaft Kalkbreite 2019b)*

Somit beginnt die Narration vom »Guten Leben« der Genossenschaft Kalkbreite mit dem Ziel, ökonomisch attraktiven, sozial und kulturell durchmischten sowie ökologisch nachhaltigen Wohnraum zu gewährleisten und strebt damit in erster Linie nach den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, einigten sich die Mitglieder des damaligen Vereins Kalkbreite auf eine sogenannte »Planungskultur der Vielen«. Diese Strategie sollte von Beginn an zentrale Werte wie gegenseitige Akzeptanz und das Arbeiten an einer gemeinsamen Vision garantieren. Im Schweizer Wohngenossenschaftswesen wird dieses bisher als einzigartig angesehene Modell unter dem Begriff der »generischen Partizipation« (vgl. Temel 2018) geführt. Dabei haben nicht nur die zukünftigen BewohnerInnen sondern alle interessierten StadtbürgerInnen die Möglichkeit, in alle Phasen von der Entstehung, über die Planung und Realisierung bis hin zum Aufbau und Betrieb involviert zu sein (vgl. ebd.). Die üblichen Regeln des Wohnbaus, dass allein das ArchitektInnenkollektiv die Visionen formuliert, wurden hier bewusst umgangen und so setzte sich das verantwortliche Architekturbüro »Müller Sigrist Architekten AG« im gemeinsamen Gespräch mit den Visionen der insgesamt acht Arbeitsgruppen der Genossenschaft Kalkbreite auseinander (vgl. Maier 2015: 114).

Zudem soll vorab erwähnt werden, dass die Kalkbreite über kein von den BewohnerInnen ausgearbeitetes Grundsatzpapier verfügt, sondern sich in ihrer Organisation vollständig auf Richtlinien verlässt, die ausschließlich vom Vorstand und der Generalversammlung bestimmt und geändert werden können. Dazu zählen die bereits zitierten Statuten, ein Vermietungsreglement, ein Organisationsreglement, sowie ein Reglement des Solidaritätsfonds und der Depositenkasse. Im Folgenden werden – wie beim Fallbeispiel des Ökodorfs Sieben Linden – diese allgemeinen Vorstellungen genauer beleuchtet, um spezifische Besonderheiten und Vorstellungen vom »Guten Leben« herauszuarbeiten.

4.4.1. Spezifische Organisationsstrukturen

Um den spezifischen Vorstellungen eines »Guten Lebens«, wie sie in der Kalkbreite verortet sind, nachzuspüren, erscheint es gewinnbringend, neben den sozialen, ökologischen und ökonomischen Organisationsstrukturen auch die Infrastruktur des Genossenschaftsbaus in den Blick zu nehmen, da diese vor der Herausforderung des Wohnens im urbanen Kontext eine besondere Rolle einzunehmen scheint. Ebenso wie bei der Betrachtung Sieben Lindens ist auch hier eine analytische Trennung der Nachhaltigkeitsdimensionen nicht vollständig möglich; zu sehr sind die einzelnen Bereiche miteinander verzahnt. Für eine Einschätzung ist es dennoch wichtig, einzelne wichtige Aspekte der jeweiligen Bereiche hervorzuheben.

Die Grundlage für ein solidarisches Wohnen wurde durch die »Planungskultur der Vielen« beim Bau der Kalkbreite geschaffen. Dieser Aspekt der generischen Partizipation ermöglichte es von Beginn an, die Interessen aller zukünftigen NutzerInnen einfließen zu lassen und eine gemeinsame Vision und gegenseitige Akzeptanz zu manifestieren (vgl. Wolf et al. 2015: 8). Damit gibt die Genossenschaft zu erkennen, dass ihre Vorstellung vom »Guten Leben« nicht auf exklusiven Ansprüchen, sondern auf einer prinzipiell breiten Partizipation beruht. Ergebnis dieser Planungskultur ist auch die Organisation der Gremien, die, neben dem Vorstand und der Generalversammlung, zu einem funktionierenden Gemeinschaftsleben beitragen. Während die »Vermietungskommission« dazu berufen ist, sich um Ausschreibungen und Vergabe von Wohnraum zu kümmern, fungiert der »Gemeinrat« als monatlich stattfindende Entscheidungs- und Planungsversammlung aller BewohnerInnen sowie GewerbenutzerInnen. Grundlegend wird im Gemeinrat über Fragen des sozialen Zusammenlebens diskutiert. Dabei erhalten BewohnerInnen einen regelmäßigen Einblick in gegenwärtige Initiativen, Bau-, Unterhalts- und Budgetfragen. Durch seine vom Vorstand bestimmte finanzielle Ausstattung ist es zudem möglich, eigene Projekte vorzustellen. Abstimmungen des Gemeinrats werden durch das Konsensprinzip von mindestens sieben TeilnehmerInnen beschlossen. Zudem können arbeitsintensive Initiativen an Arbeitsgruppen oder an das Gemeinwerk weitergereicht werden, die für alle BewohnerInnen und GewerbebetreiberInnen der Kalkbreite offenstehen. Das Gemeinwerk stellt unter der Betreuung des Gemeinrats eine zusätzliche Möglichkeit, um individuelle Anliegen hervorbringen zu können, die sich jedoch ausschließlich auf den nicht-privaten Raum des Genossenschaftsbaus konzentrieren (vgl. Genossenschaft Kalkbreite 2019c). Ein weiteres

Gremium, das als wesentlicher sozialer Aspekt hervorgehoben werden kann, ist die »Solidaritäts-Kommission«. Durch Beitragszahlungen in einen Solidaritätsfonds tragen die MieterInnen selbst zu einer heterogenen Zusammensetzung der Genossenschaft bei und ermöglichen so die Teilnahme, finanziell schwächer gestellter BewohnerInnen. Bei der Wohnungsvergabe achtet die Genossenschaft besonders auf das Prinzip der »sozialen Durchmischung«. Es wird ein gleicher Anteil von Frauen und Männern als auch eine ausgewogene Altersdurchmischung angestrebt. Vorwiegend sollen jene BewerberInnen beachtet werden, die auf dem freien Wohnungsmarkt benachteiligt sind (vgl. Genossenschaft Kalkbreite 2019d). Zudem speist sich die soziale Narration vom »Guten Leben« aus der sogenannten Ombudsstelle. Dieses Gremium wurde eingerichtet, um interne Konflikte zu lösen. Die Kalkbreite betont dabei die Bedeutung einer lebendigen Konfliktkultur; man möchte Konflikte austragen und nicht ersticken. Angestrebt wird der offene und kontinuierliche Austausch über das Zusammenleben im weiteren Sinn, damit Konflikte erst gar nicht entstehen. Das Besondere der Ombudsstelle ist die Zusammensetzung aus jeweils einem/r MieterIn sowie einem/r Nicht-MieterIn, was eine neutrale Perspektive auf den Konflikt ermöglichen soll. Kann ein Konflikt weder in einem Vorabgespräch noch nach dem Einschalten der Ombudsstelle gelöst werden, wird eine externe Mediation hinzugezogen, deren Kosten die Genossenschaft übernimmt. Sollte auch hier keine Lösung erzielt werden, wird der Konflikt in der Generalversammlung behandelt (vgl. Genossenschaft Kalkbreite 2019e).

Der urbane Kontext, in dem sich die Genossenschaft Kalkbreite befindet, stellte mit seinen städtebaulichen Vorgaben, einer unmittelbaren Luft- und Lärmverschmutzung sowie der Tramabstellanlage im Sockel des Gebäudes, die PlanerInnen und alle weiteren am Bau Beteiligten von Beginn an vor große Herausforderungen. Dabei sollte die Infrastruktur des Gebäudes, ungeachtet dieser Bedingungen ein Wohnprojekt ermöglichen, das der Vision einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wohnform gerecht wird.

Um zunächst die ökologischen Maßnahmen beim Bau der Infrastruktur in den Blick zu nehmen, muss auf das Ausmaß des Genossenschaftsbaus der Kalkbreite hingewiesen werden. Die Größe des Projekts warf bereits vor Baubeginn die Frage auf, inwiefern die angestrebte Vision der ökologischen Nachhaltigkeit eingehalten werden kann. Insgesamt 28.000 Tonnen an verarbeitetem Beton, was etwa 1600 Lastwagenfahrten entspricht, waren eine Herausforderung besonderer Art. Es stellte sich die Frage, wie man ökologisch nachhaltigen

Baurichtlinien dennoch gerecht werden könnte, und so orientierten sich die ArchitektInnen am schweizer Zertifikat für nachhaltiges Bauen »Minergie P-ECO«, der höchste Energiestandard für Niedrigenergiehäuser. Dieser verlangt den Gebrauch ausschließlich bauökologisch zertifizierter Baumstoffe, weshalb auf sonst übliche Zusatzstoffe im Beton sowie auf Montageschaum verzichtet wurde. Zudem wurden größtenteils Leichtbauwände verbaut und viele Abdichtungsarbeiten durchgeführt, um den Energieverbrauch des Hauses so weit wie möglich zu minimieren. Eine Photovoltaikanlage ebenso wie eine Grundwasserwärmepumpe sollen zusätzlich zu einer positiven Energiebilanz des Gebäudes beitragen (vgl. Wolf et al. 2015: 69). Das Einhalten des »Minergie P-ECO Standards« ermöglichte es der Genossenschaft Kalkbreite im Jahr 2017, von der »2000-Watt Gesellschaft«¹⁵ als eines von fünf in der Schweiz zertifizierten »2000-Watt-Arealen im Betrieb« mit einem Erfüllungsgrad von 78% ausgezeichnet zu werden. Neben den Richtlinien des »Minergie P-ECO Standards« vermochte die Kalkbreite auch durch ihr Mobilitätskonzept, seiner breiten Partizipation als auch im wohnbaulichen Bereich der Wohnflächenbegrenzung zu punkten (vgl. ebd.). Besonders das Mobilitätskonzept, scheint in der Kalkbreite sehr populär zu sein. Eine Verpflichtungserklärung zum Autoverzicht, die alle BewohnerInnen sowie GewerbebetreiberInnen hinsichtlich der Fahrt zur täglichen Arbeitsstelle, unterzeichnen müssen, wird stets als eines der ersten Charakteristika des Genossenschaftsbaus hervorgehoben. Dadurch soll nicht nur der CO₂-Fußabdruck gesenkt, sondern auch der Vision einer zukunftsorientierten Stadt Gehör geschenkt werden. Anstelle von Autoparkplätzen sind im Erdgeschoss des Kalkbreiteareals rund 300 Fahrradparkplätze installiert und auch der Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ist durch die Straßenbahnhaltestelle im Sockel des Gebäudes gewährleistet (vgl. ebd.: 39).

Um den sozialen Ansprüchen der Lebensgemeinschaft gerecht zu werden, wurde darauf geachtet, dass durch einen »Gewerbemix« aus Wohnen, Einkaufen und Büroräumen möglichst viele Zonen der Begegnung geschaffen werden. Dabei spielen hauptsächlich die in der Kalkbreite integrierten Einkaufsmöglichkeiten, eine Praxis für Allgemeinmedizin, ein gemeinsamer Waschsalon sowie weitere Räume, die je nach Entscheidung des Gemeinrats

¹⁵ Die 2000-Watt Gesellschaft ist ein energiepolitisches Modell, das an der ETH Zürich entwickelt wurde und zum Ziel hat, den durchschnittlichen Energiebedarf der Schweizer Bevölkerung auf 2000-Watt sowie auf maximal eine Tonne CO₂-Emission pro Person und Jahr zu begrenzen. Der durchschnittliche pro-Kopf Verbrauch liegt in der Schweiz derzeit bei 5000 Watt, wohingegen der Verbrauch in afrikanischen und asiatischen Ländern nur ein Bruchteil dessen beträgt. So strebt das Modell in erster Linie einen Ausgleich zwischen Industrie- und sogenannten Entwicklungsländern an (vgl. 2000-Watt-Gesellschaft 2019).

von BewohnerInnen als Fitnessräume, Werkstätte, Yoga- und Meditationsräume etc. genutzt werden können, eine zentrale Rolle. Zudem wird im Innenhof ein urbanes Gartenbauprojekt betrieben. Eine für die BewohnerInnen zugängliche Sauna soll den Wohnkomfort zusätzlich steigern. Das im Gebäude integrierte Kino »Houdini« sowie der öffentlich zugängliche Innenhof ermöglichen außerdem ein breites kulturelles Angebot. Bars und Restaurants, Kinderspielplätze und Veranstaltungen aller Art sorgen für die Vielfalt alltäglichen Lebens und möchten die Kalkbreite in die Nachbarschaft und das ganze Quartier einbinden. Das Bestreben einer Stadteilorientierung seitens der Kalkbreite zeigt sich etwa im Anspruch, dem an Freiflächen armen Züricher Stadtteil 4 zusätzlichen Raum zu geben, was architektonisch mit einem einladenden, permanent geöffneten Treppenaufgang in den Innenhof erreicht werden soll (vgl. Genossenschaft Kalkbreite 2014: 8). Die Straßenbahnhaltestelle, die Gastronomie sowie das Kulturangebot der Kalkbreite verkörpern weitere bewusste Maßnahmen der Quartierintegration.

Kernstück dieser Infrastruktur ist die sogenannte »Rue Intérieure«, welche das gesamte Gebäude durchzieht und als barrierefreier Begegnungs- und Kommunikationsraum fungiert. Sie verbindet die unterschiedlichen Ebenen des Gebäudekomplexes und setzt sich über die Freitreppen der Dachterrassen im Innenhof fort. Die Hybridnutzung des Genossenschaftsbaus ermöglicht es somit, durch kurze Wege eine Vielzahl unterschiedlicher Räumlichkeiten zu erreichen. Etwa befindet sich der gemeinschaftlich genutzte Waschsalon zwar im Keller des Gebäudes, ist durch die »Rue Intérieure« jedoch schnell zu erreichen. Ein Bewohner unterstreicht in einem Erfahrungsbericht, den sich daraus ergebenden Komfort. Oftmals nehme er aufgrund der kurzen Wege sein Abendessen in den Hof oder auf die Dachterrasse, um gemeinsam mit anderen BewohnerInnen oder GewerbebetreiberInnen den Abend zu verbringen (vgl. Müller Sigrist Architekten 2015: 878 f.). Eine daran anknüpfende bauliche Maßnahme ist der Eingangsbereich des Genossenschaftsbaus, der mit der »Drehschreibe« eine Art Rezeption anbietet und durch die dort befindlichen Briefkästen auch als Treffpunkt der BewohnerInnen fungiert. Dort ist ganztags ein Betriebsteam angestellt, das sich um Unterhalt, Wartung des Gebäudes sowie um die Vermietung der internen elf Pensionszimmer der Kalkbreite kümmert (vgl. Genossenschaft Kalkbreite 2019f).

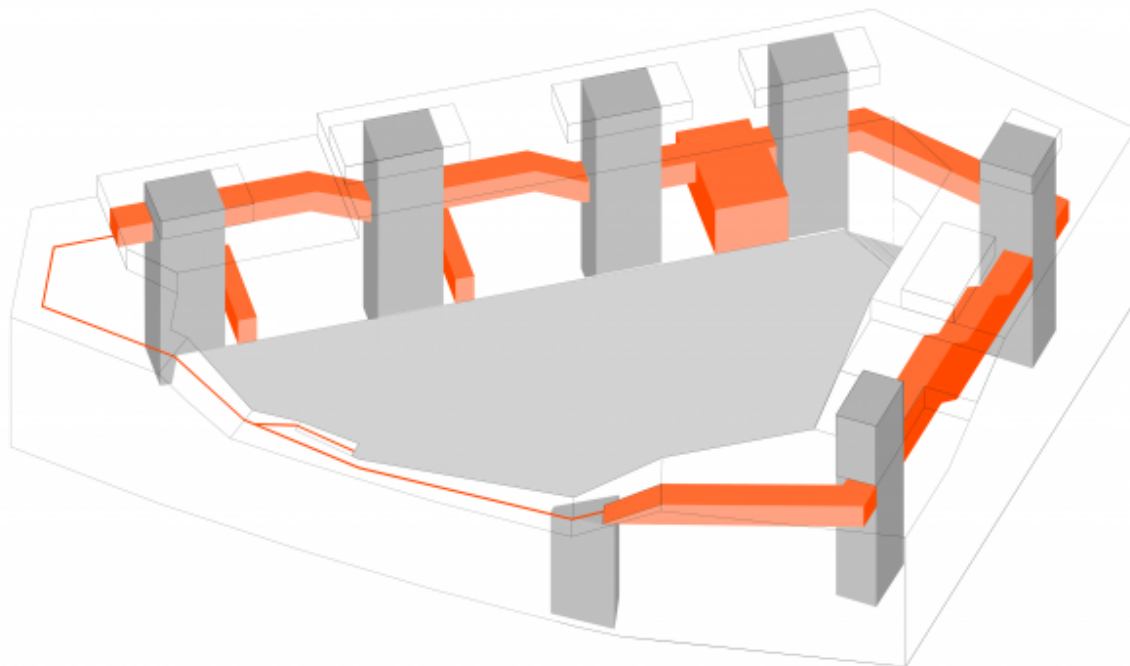


Abbildung 4: »Rue Intérieure« Kalkbreite © 2019 Müller Sigrist Architekten

Von großer, sowohl sozialer als auch ökologischer Bedeutung, erscheint die Aufteilung der Wohnfläche. Die Begrenzung der privaten Wohnfläche auf 35 m² pro Kopf liegt deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt von 45 m² pro Kopf und setzt somit ein Zeichen im urbanen Raum, der gegenwärtig dem entgegengesetzten Trend der individuellen Wohnraumvergrößerung ausgesetzt ist (vgl. Sacchi/Heymann 2010:8). Insgesamt verfügt die Lebensgemeinschaft über sieben unterschiedliche Wohnformen. Sie reichen von »Ein- und Zweipersonenhaushalte« über »Ein- und Zweielternhaushalte« bis hin zu »Wohngemeinschaften mit und ohne Kinder« sowie sogenannte »Wohnjoker«, durch die auf spontan auftretende Änderungen von Wohnsituationen reagiert werden kann. Als Erfolg wird die hohe Anzahl an BewohnerInnen in Wohngemeinschaften verbucht: insgesamt 97 Erwachsene und Kinder leben dort – fast 40% der GesamtbewohnerInnenschaft. Neben den »WGs« sticht das Modell der Clusterwohnungen hervor. Sie ermöglichen gemeinschaftliches Wohnen ohne, dass auf den individuellen Privatraum verzichtet werden müsste. Bis zu neun Kleinwohnungen, die im Gegensatz zu einem WG-Zimmer über ein eigenes Bad und eine

Küche verfügen, teilen sich einen Gemeinschaftsraum und sind in ihrer kompakten Flächengröße (26-35 m²) auf die Bedürfnisse einer allein wohnenden Person zugeschnitten. Besonders geeignet ist diese Wohnform für ältere Menschen, die dadurch bis ins hohe Alter ihr Leben selbstständig gestalten und den Kontakt zu anderen Menschen aufrechterhalten können. Zusätzlich bietet die Kalkbreite die Möglichkeit, in einem sogenannten »Grosshaushalt« zu leben. Gemeint ist ein Wohnmodell, in dem sich 20 Individualwohnungen zu einem Verein zusammengeschlossen haben, die mit Gemeinschaftsräumen sowie einer großen Gemeinschaftsküche einen gemeinsamen Haushalt umtreiben. Das Verständnis, durch eine Kultur der Offenheit, BewohnerInnen, FreundInnen und auch Gäste zusammenzuführen, soll hier im Vordergrund stehen. Angestellte KöchInnen sorgen von Montag bis Freitag für ein abendliches Gemeinschaftssessen zu moderaten Preisen (vorherige Anmeldung erforderlich). Durch die größeren Mengen beim Einkauf sowie der geteilten Infrastruktur beim Essen – Kinder werden kostenlos versorgt – soll nicht nur der ökologische Aspekt, sondern auch ein solidarisches Zusammenleben gefördert werden. Eine weitere Wohnform stellt der »Wohnjoker« dar, unter dem die Genossenschaft Kalkbreite die Möglichkeit versteht, ein zusätzliches separates Zimmer auf vier Jahre befristet zu mieten. Insgesamt verfügt die Kalkbreite über neun solcher Jokerzimmer, womit auf die individuellen Wünsche der BewohnerInnen flexibel reagiert werden kann, wenn etwa »die Grossmutter, die ihr Haus aufgibt und zur Familie ziehen will, der flügge werdende Jugendliche, die neu zugezogene Geliebte oder auch der frisch verlassene Partner (...)« (Genossenschaft Kalkbreite 2019e) eine Bleibe sucht.

Diese gezielt geförderten kreativen Wohnformen geben zu erkennen, dass die Wohnsituation innerhalb der Genossenschaft Kalkbreite eine dringende Voraussetzung zur Erfüllung eines »Guten Lebens« stellt. Die Genossenschaft ist darum bemüht, eine Wohnatmosphäre zu etablieren, in der sich die BewohnerInnen wohlfühlen, weshalb auch ihre Wünsche und Vorstellungen bereits in der Planungsphase des Projekts berücksichtigt wurden. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass sich das Verständnis vom »Guten Leben« sehr stark auf den urbanen Kontext bezieht, in welchem sich die Kalkbreite befindet. Für die BewohnerInnen bedeutet dies offensichtlich, sich nicht abzuschotten, sondern ihre sozialen Räume so weit wie möglich mit der Öffentlichkeit zu teilen. Die Vorstellung von einem solidarischen Zusammenleben reicht für sie über die eigene Gemeinschaft hinaus. Damit verbunden versteht sich die BewohnerInnenschaft in ihrem Verzicht auf den Gebrauch von

Kraftfahrzeugen als Vorbild für das umliegende Quartier. Dabei kommt die optimale Anbindung an das öffentliche Nahverkehrssystem der Gemeinschaft zweifelsohne zugute. Um all diesen Vorstellungen gerecht zu werden, haben sich die BewohnerInnen der Kalkbreite dazu entschlossen, neben den in der Folge genauer zu betrachtenden Genossenschaftsgremien, zusätzliche Anlaufstellen zu schaffen. Diese zu Beginn dieses Kapitels aufgezeigten Gremien stellen die Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben, das den Vorstellungen der Lebensgemeinschaft in der Kalkbreite entspricht.

4.4.2. Genossenschaftsprinzipien Kalkbreite

Ehe sich der Verein Kalkbreite in eine Genossenschaft umwandelte, stand bereits fest, dass auf dem Areal eine gemeinnützige Baugenossenschaft das Baurecht übernehmen sollte (vgl. Wolf et al. 2015: 22). So stellt die genossenschaftlich organisierte Wohnform ein Grundpfeiler des Projekts dar, der überhaupt erst die Grundstückübernahme von der Stadt Zürich ermöglichte. Zudem konnte unter dieser Rechtsform die Planungskultur der generischen Partizipation umgesetzt werden, womit ein auf Augenhöhe stattfindender Bauprozess zwischen Nachbarschaftsinteressen, zukünftigen BewohnerInnen, ArchitektInnen, BauherrInnen und HandwerkerInnen in Gang gesetzt wurde. Besonders die BauherrInnen und das Architekturbüro betrachteten den damit verbundenen kontinuierliche Austausch zunächst mit Skepsis, aufgrund der Tatsache wohl, dass es sich bei der Kalkbreite um eine neu gegründete Genossenschaft handelte, in der im Gegensatz zu alteingesessenen Genossenschaften sehr viele heterogene Meinungen vorherrschten. Die von der Genossenschaft gewünschte strenge Einhaltung des »Minergie P-ECO Standards« sowie kurzfristige Bitten zur Planungsänderung, wie größere Wohnkomplexe, erschwerten die Arbeit der einen, bereicherten jedoch von Beginn an das soziale Gefüge der Wohngemeinschaft (vgl. ebd.: 114). So wurde in der Kalkbreite den genossenschaftlichen Prinzipien von Beginn an Raum gegeben, um das damit verbundene Potential zu maximieren. Es ist zu betonen, dass das gesamte Projekt, wie es heute besteht, ohne eine genossenschaftliche Organisationsform nicht realisierbar gewesen wäre.

Die Generalversammlung der Genossenschaft Kalkbreite findet einmal im Jahr statt. Alle zwei Jahre wählt sie den Vorstand sowie die Gremien und entscheidet über neue Investitionen und Bauprojekte sowie über Änderungen der Statuten. Der Vorstand der Kalkbreite besteht aus maximal sieben gewählten Mitgliedern, die für acht Jahre gewählt sind.

Eine wesentliche Aufgabe des Vorstandes ist die Finanzierung der Genossenschaft, welche auf Grundlage der Genossenschaftsprinzipien auf eine möglichst solidarische und preisgünstige Wohnraumnutzung ausgerichtet ist (vgl. Genossenschaft Kalkbreite 2019b). Um auch einkommensschwächere Personen in der Kalkbreite aufzunehmen, sind günstige Mieten eine wichtige Voraussetzung, und so liegen die Kosten beispielsweise für eine 100 m²- Wohnung bei CHF 2.000 CHF netto, während die Miete für Büros und Ateliers zwischen 250 CHF - 300 CHF pro m² pro Jahr variiert. Die marktüblichen Preise für Mietwohnungen in Schweizer Großstädten sind pro Quadratmeter im Durchschnitt etwa ein Viertel teurer (vgl. WBG Schweiz 2018: 18). Um sich für eine Wohnung bewerben zu können, ist es verpflichtend, der Genossenschaft beizutreten, womit jedoch noch kein Wohnungsanspruch verbunden ist. Ein Beitritt erfolgt durch Zahlung eines Anteilscheins in Höhe von 1000 CHF sowie einer zusätzlichen Eintrittsgebühr von 200 CHF.

Wie es für Genossenschaften üblich ist, finden sich auch in der Kalkbreite die Prinzipien der Selbstversorgung, Selbstverwaltung und Selbsthilfe. Durch die integrierten Büro- und Gewerberäume soll es den BewohnerInnen beispielsweise erleichtert werden, sich durch ein bezahltes Arbeitsverhältnis lokal einzubringen. Bezüglich des Prinzips der Selbsthilfe sind der BewohnerInnenschaft aufgrund der modernen Technologie des Gebäudes oftmals die Hände gebunden. Instandsetzungsarbeiten müssen von qualifizierten TechnikerInnen durchgeführt werden, auch wenn die Genossenschaft über einen angestellten Haustechniker verfügt. Dafür wird es den BewohnerInnen nahegelegt, sich in einer der Arbeitsgruppen, wie den bereits erwähnten Gemeinrat oder dem Gemeinwerk einzubringen, wo regelmäßig Fragen des Zusammenlebens besprochen werden (vgl. 2000-Watt-Gesellschaft 2017).

Insgesamt wird deutlich, dass das Verständnis von SöT in der Kalkbreite mit offen diskutierten Ansprüchen verbunden ist, denen die Genossenschaft durch spezifische Formen der Organisation versucht, gerecht zu werden. Indem die Kalkbreite vorleben möchte, dass ökologische Nachhaltigkeit keineswegs Verzicht und soziale Unsicherheit bedeutet, vielmehr durch Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Gemeinschaft eine Lebensweise möglich sei, von der jede/r Einzelne bis hin zum Familiengefüge langfristig profitiere, kann die Genossenschaft als »Pionierin des Wandels« charakterisiert werden.

4.5. Zusammenfassende Gegenüberstellung

Mit dem Ökodorf Sieben Linden und der Genossenschaft Kalkbreite wurden zwei Fallbeispiele herangezogen, die durch ihre genossenschaftliche Organisation, Gemeinsamkeiten aufweisen. Dennoch sind beide Lebensgemeinschaften ebenso durch offenkundige Gegensätze geprägt, weshalb es zur Schärfung des jeweiligen spezifischen Verständnisses von SöT gewinnbringend erscheint, beide Fallbeispiele in einer zusammenfassenden Gegenüberstellung zu kontrastieren.

Hinsichtlich der Gegensätze ist an erster Stelle auf die allgemeine Prozessebene hinzuweisen, die durch den räumlichen Kontext charakterisiert wird. Während sich das Ökodorf Sieben Linden im Altmarkkreis Salzwedel in einem der am dünnsten besiedelten Flächen Deutschlands befindet, siedelt die Genossenschaft Kalkbreite in einem der am stärksten verdichteten Stadtbezirke Zürichs. Dieser Stadt/Land Kontrast gewährt im Hinblick auf die Gegensätze einen Einblick in die jeweiligen Herausforderungen entsprechender Nischen, dient vorliegender Arbeit jedoch auch als Möglichkeit für die Betrachtung von Gemeinsamkeiten genossenschaftlich organisierter Wohnformen im Sinne eines übergeordneten Beitrags zur SöT, also auch unabhängig von lokalen Spezifikationen.

Die ländliche Umgebung, in die sich das Ökodorf Sieben Linden einfügt, ermöglichte es auf einer Fläche von insgesamt 100 Hektar Land, ca. 40 Hektar für ein Wohnprojekt umzusetzen, was in einem städtischen Raum nicht denkbar wäre. Ungewöhnlich erscheint dabei, dass die Wohnflächenbegrenzung in Sieben Linden mit 16,5 m² pro Person deutlich unter dem Flächenanspruch der Kalkbreite von 35 m² pro Person liegt, obwohl das bewohnbare Grundstück Sieben Lindens rund sechsmal so groß ist wie das 6350 m² große Areal der Kalkbreite.

Trotz des geringen Flächenanspruchs, verfolgt das Ökodorf Sieben Linden das Modell eines »organischen Wachstums« der BewohnerInnenschaft, indem ein allmählicher, sozial verträglicher Zuzug das Zusammenleben der Gemeinschaft nicht überfordern soll. Im Kontext des städtischen Raums, in dem die Stadt Zürich auf den akuten Wohnungsmangel durch verstärkten Neubau zu antworten sucht, wurden alle Wohnungen unverzüglich vermietet, was primär jene Personen bevorteilte, die bereits vor Baubeginn Mitglied der Genossenschaft Kalkbreite waren. Die hohe Nachfrage an den Wohnungen der Kalkbreite erweckt den Eindruck, dass es sich dabei um ein sehr exklusives Wohnprojekt handelt, in dem nur wenige

privilegierte BewerberInnen eine Chance auf den begehrten Wohnraum haben. Dieser Kritik sind besonders städtische Wohngenossenschaften ausgesetzt (vgl. Scherrer 2018). Die Geländefläche des Ökodorfs Sieben Linden erweckt dagegen den Anschein, dass das Ökodorf durch die unterschiedlichen Nachbarschaften und Hausgruppen, die nicht nur räumlich, sondern auch im Grad ihrer ideologischen Ausrichtung voneinander abweichen, nicht dem Vorwurf einer verfehlten »sozialen Durchmischung« ausgesetzt zu sein scheint. Jedoch konnte Marcus Andreas während seiner Forschungsaufenthalte in Sieben Linden feststellen, dass auch hier ein Machtgefälle bezüglich der Aufnahme neuer BewohnerInnen auszumachen ist, und somit, in Abgrenzung zu einer potentiellen Exklusivität der Kalkbreite, nicht von einer transparenten und sozialen Inklusivität Sieben Lindens die Rede sein kann (vgl. Andreas 2015a: 204). Nicht alle BewerberInnen schaffen es, in die Lebensgemeinschaft aufgenommen zu werden. Dies liegt weniger an finanziellen Hürden – ein breites Angebot an Alternativen zum Einbringen der Anteile ist gegeben –, als vielmehr an einem langwierigen Aufnahmeprozess, der sich in zwei Teile gliedert. Im ersten Teil müssen sich die BewohnerInnen im Rahmen einer Veranstaltung dem gesamten Ökodorf vorstellen und sich dazu äußern, weshalb man gerne zum zweiten Teil des Aufnahmeverfahrens eingeladen werden möchte. Im zweiten Teil werden nochmals die individuellen Vorstellungen der BewerberInnen genauer beleuchtet. Ein abgelehnter Teilnehmer teilte Andreas mit, dass er trotz großem Interesse an einem Zuzug, eine undeutlich formulierte Absage erhielt (vgl. ebd.). »Wenn es in Sieben Linden heißt ›Wir suchen Leute mit Lust auf Gemeinschaft‹, heißt dies nicht, dass die Gemeinschaft auch Lust auf jeden Suchenden hat« (ebd.). Schließlich bleibt festzuhalten, dass sich eine Exklusivität städtischer Genossenschaftswohnungen zu einem großen Teil durch ein geringes Angebot an kostengünstigem Wohnraum erklärt, während sie sich bei ruralen Wohngenossenschaften wie Sieben Linden darin ausdrückt, dass zwischenmenschliche Aspekte von Beginn an zum Auswahlkriterium erhoben werden. Dass zudem von den BewerberInnen in Sieben Linden ein gewisser Grad an ideologischer Übereinstimmung mit der Lebensgemeinschaft verlangt wird, erklärt sich durch die Organisationsform als Ökodorf. Auch das verpflichtend zu unterzeichnende Grundsatzpapier zeugt von einer kollektiven Vision. Jedoch muss auch betont werden, dass dieses Papier von unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich des Grades ökologischer Nachhaltigkeit geprägt ist, was sich in Sieben Linden sehr deutlich an den stark variierenden Bauweisen der Gebäude zeigt.

In Bezug auf die jeweiligen spezifischen Verständnisse von ökologischer Nachhaltigkeit wird anhand dieser Bauweisen ein weiterer, für die vorliegende Arbeit sehr bedeutender Unterschied offenbar. Das Verständnis einer ökologiebewussten Lebensweise erscheint im Ökodorf Sieben Linden deutlich stärker ausgeprägt. Während dort Komposttoiletten zum Selbstverständnis gehören, Gebäude errichtet wurden, bei denen vollständig auf den Einsatz von elektrischem Werkzeug verzichtet wurde, sowie der aufgezeigte Flächenanspruch auf ein Minimum reduziert wird, erhofft sich die Genossenschaft Kalkbreite durch ihren ökozertifizierten Neubau zumindest auf lange Sicht eine positive Klimabilanz. In Sieben Linden werden entsprechende Energiestandards nicht als Mindestanforderung gesehen. Sie sind bei allen Bauten »übererfüllt« (vgl. ebd.: 138). Dabei gilt jedoch hervorzuheben, dass die Organisationsstruktur Sieben Lindens im Gegensatz zur Kalkbreite zusätzlich durch Grundprinzipien einer »Ökodorfgemeinschaft« geprägt ist. Die kurze Betrachtung der Charakteristik von Ökodörfern hat gezeigt, dass diese intentionalen Gemeinschaften einen Lebensstil vorleben, der sich in der Regel mit umweltpolitischen Ansprüchen vermischt. In ihrem Streben nach einem gesellschaftlichen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit ist ihr Lebensstil durch einen sehr hohen Grad an ökologischem Bewusstsein geprägt (vgl. ebd.: 80 f.). Die Rolle der Ökodorfgemeinschaft bietet zudem eine Erklärung dafür, weshalb die ökonomischen Anreize nach Sieben Linden zu ziehen, nicht besonders stark gewichtet sind. Wie sich gezeigt hat, profiliert sich das Ökodorf weniger durch finanziell attraktive Wohnformen, als vielmehr durch die Möglichkeit, sich in eine überschaubare, solidarische und sehr eng vertraute Gemeinschaft einzufügen, die ihre Lebensweise an einem hohen Maß der ökologischen Nachhaltigkeit orientiert. Demgegenüber hat die Statistik über die Wohnsituation der Schweiz, sowie die öffentliche Präsentation der Genossenschaft Kalkbreite aufgezeigt, dass dort der Frage über leistbaren Wohnraum deutlich mehr Bedeutung zukommt. Zwar werden die sozialen und ökologischen Dimensionen der Nachhaltigkeit auch in der Kalkbreite angestrebt, doch zeigt der erhebliche Energie- und Ressourcenbedarf beim Bau des Gebäudekomplexes, dass es sich, verglichen mit einem Leben im tatsächlichen Ökodorf, eher um einen Kompromiss handelt, um in der Stadt – angesichts der hohen Mietpreise vor allem auch preisgünstig – wohnen zu können. Darüber hinaus wurde deutlich, dass in der Kalkbreite weniger der Lebensstil der BewohnerInnen, als vielmehr die Bauweise des Wohnkomplexes im Vordergrund steht. Den Herausforderungen einer SöT begegnet die Genossenschaft mit einer technischen Lösung. So stellt sich die Frage, inwieweit die BewohnerInnen der Kalkbreite

tatsächlich als AkteurInnen der SöT bezeichnet werden können. An dieser Stelle ist jedoch erneut auf das Modell der »generischen Partizipation« zu verweisen, welches es zu einem hohen Maß ermöglichte, die Ideen der zukünftigen BewohnerInnen baulich zu verwirklichen. Im Vergleich zur Kalkbreite lässt sich dagegen die Lebensgemeinschaft Sieben Linden – nicht zuletzt aufgrund der Organisationsform des Ökodorfes, die einen umweltpolitischen Lebensstil der BewohnerInnen prägt – eindeutig als Akteur der SöT charakterisieren.

Gleichzeitig liegt es auf der Hand, dass beide Projekte aufgrund ihrer genossenschaftlichen Organisationsstrukturen Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Gründung einer Wohngenossenschaft garantiert den BewohnerInnen beider Gemeinschaften die Sicherheit, über dauerhaften Wohnraum zu verfügen. Die Vorstellung, dass eine Unterkunft wesentlich zur Erfüllung eines »Guten Lebens« beiträgt, deckt sich mit Martha Nussbaums Narration. So wertet auch sie die Fähigkeit, über eine angemessene Unterkunft zu verfügen, als Bedingung für ein »Gutes menschliches Leben«. Sowohl in der Genossenschaft Kalkbreite als auch in Sieben Linden haben sich die BewohnerInnen entschlossen, diesen Wohnraum an ihr jeweiliges, zeitgemäßes Verständnis von sozial-ökologischer Nachhaltigkeit anzupassen. Durch ihre alternativen Wohnformen werden Räume der Kommunikation und des Zusammenlebens gefördert und gleichzeitig ein schonender Umgang mit der Ressource »Raum« gepflegt. Die Grossshaushalte, die Clusterwohnungen sowie die »Wohnjoker« der Kalkbreite bieten eine flexible Wohnraumgestaltung, die im Laufe der Zeit individuellen Veränderungen angepasst werden kann. Auch in Sieben Linden bietet das Mehrfamilien-Strohballenhaus »Strohpolis« rund 20 Personen in zwei Wohngemeinschaften und sieben Privatzimmer ein solches Konzept an (vgl. ebd.: 161). Bei beiden Vorstellungen finden sich zudem ähnliche Formen des Umgangs hinsichtlich der Nutzung des verfügbaren Raums. Prinzipiell streben beide Projekte danach, sich möglichst zugänglich und einladend zu präsentieren. Schließlich verstehen sie sich als AkteurInnen einer SöT, und versuchen somit auch, ihre Lebensweise nach außen tragen. Dennoch ist die Trennung von privatem und öffentlichem Raum mit Herausforderungen verbunden, da es für das soziale Gefüge der Gemeinschaften auf relativ engem Raum unerlässlich ist, kollektive und individuelle Rückzugsorte sowie Privatsphäre zu garantieren. Marcus Andreas (vgl. ebd.: 116) stellte etwa bei seinen Forschungsaufenthalten in Sieben Linden fest, dass der Zugang zur Gemeinschaft von außenstehenden ForscherInnen oder anderen BesucherInnen mit erheblichen

Schwierigkeiten verbunden ist. Die BewohnerInnen Sieben Lindens fürchten etwa, als »Affen im Zoo« wahrgenommen zu werden.

Abschließend bietet eine Gegenüberstellung der jeweiligen Vorstellungen vom »Guten Leben« die Möglichkeit, beide Projekte nochmals explizit in ihrer Rolle als Akteur der SöT zu betrachten. Die Lebensgemeinschaft Sieben Linden sucht in erster Linie Verantwortung gegenüber der Menschheit und der Umwelt zu übernehmen, indem sie Organisationsstrukturen folgt, die einen ökologisch nachhaltigen Lebensstil einfordern und die Solidarität innerhalb der Gemeinschaft durch unterschiedliche Formate der Kommunikation stärken. Dabei werden genossenschaftliche Prinzipien wie Selbstversorgung, Selbstverantwortung und Selbsthilfe übernommen und mit umweltpolitischen Positionen der Ökodorfbewegung vereint. Die BewohnerInnen versuchen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit diesem Lebensstil in Einklang zu bringen. Beispielsweise hat sich gezeigt, dass ein Verständnis von »Arbeit« innerhalb Sieben Lindens nur dann als Teil des »Guten Lebens« gilt, sofern es zu einer individuellen Selbstentfaltung und Wertschätzung der Tätigkeit führt. Das anspruchsvolle Aufnahmeverfahren ins Ökodorf Sieben Linden, die Selbstbezeichnung als »Gewächshaus des Vertrauens«, wie auch ein hierarchiebefreites Verständnis von Arbeit können als Indikatoren dafür gelten, dass sich die allgemeine Vision des Ökodorfes ebenso in den individuellen Deutungen der BewohnerInnen vom »Guten Leben« spiegelt.

Auch in der Genossenschaft Kalkbreite wird das solidarische Zusammenleben der Gemeinschaft aktiv gefördert. Eine Vielzahl an Formaten der Kommunikation sowie der Konfliktlösung sind sowohl fester Bestandteil der allgemeinen Vision der Genossenschaft, als auch des Verständnisses seiner Mitglieder, die dazu angehalten sind, die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wahrzunehmen. Hinsichtlich ökologischer Dimensionen bleibt jedoch zweifelhaft, ob die Genossenschaft Kalkbreite der in der vorliegenden Arbeit herausgearbeiteten Vorstellung von SöT gerecht wird. Es scheint weniger die Vorstellung von ökologischer Nachhaltigkeit einzelner BewohnerInnen zu sein, als vielmehr die Bauweise des Gebäudekomplexes, welche die größte Aufmerksamkeit bei der Repräsentation nach außen generiert. Abgesehen von einer auffallend oft hervorgehobenen Autoverzichtserklärung, lassen sich weder in den Statuten noch im Vermietungs- oder Organisationsreglement Hinweise oder Regeln für ökologische Nachhaltigkeit finden. Ein Zuzug in die Kalkbreite setzt somit keine zwingende Bereitschaft voraus, den individuellen Lebensstil ökologisch nachhaltig zu gestalten. Zumindest aus dieser Perspektive scheint die Lebensgemeinschaft der Kalkbreite

der Rolle eines Akteurs der SöT nicht gerecht zu werden. Eine gesonderte Studie, welche die Handlungsebene der BewohnerInnen in den Blick nähme, könnte den individuellen Motiven für den Entschluss, in der Kalkbreite leben zu wollen, nachspüren und letztlich repräsentativere Ergebnisse präsentieren hinsichtlich der Frage, inwiefern die Lebensgemeinschaft Kalkbreite den vielfältigen Aufgabenstellungen der SöT gerecht zu werden vermag.

Abschließend ist zu betonen, dass es nicht die Absicht war, bei der vorliegenden Gegenüberstellung eine wertende Verortung zu unternehmen. Es sollte deutlich werden, dass das Forschungsinteresse bei beiden Studien vielmehr auf der Analyse des jeweiligen Verständnisses vom »Guten Leben« liegt, das bei beiden Fällen vor dem Hintergrund der wohngenossenschaftlichen Organisation an Bedeutung gewinnt.

5. Schluss

Ein sozial-ökologischer Transformationsprozess, soll er langfristig an Bedeutung gewinnen, bedarf einer Vielzahl an AkteurInnen, die aufzeigen, dass eine sozial und ökologisch nachhaltig ausgerichtete Lebensweise es ermöglicht, ein »Gutes Leben« führen zu können. Nachdem in der vorliegenden Arbeit zunächst ein Einblick auf die unterschiedlichen Lesarten des Begriffs der SöT gegeben wurde – die in der Summe jedoch nicht die grundlegende Notwendigkeit einer solchen Transformation anzweifeln – drängte sich die Frage nach der Deutung eines sozial und ökologisch gerechten Lebens auf. Im Bewusstsein der Normativität, mit der die Debatte über die SöT geführt wird, wurden zwei wissenschaftliche Perspektiven ausgewählt, die sich mit der Konzeption des »Guten Lebens« auseinandersetzen. Anhand Hartmut Rosas' und Martha Nussbaums' Herangehensweise sollte der thematische Fokus auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Lebensweise gerichtet werden, die sich auf die zentralen Aspekte des Wirtschaftswachstums sowie der Ökologie bezieht. Eine große Bedeutung erfährt dabei das in Lateinamerika verwurzelte »Buen Vivir«, das durch die Anerkennung der Natur als Subjekt, sowie einer nicht auf permanentem Wachstum beruhenden Lebensweise, sowohl einen Bezug zu den beiden wissenschaftlichen Deutungen ermöglicht, als auch dem Projekt der SöT als Vision dienlich ist. Wichtig bleibt es jedoch, zu betonen, dass »Buen Vivir« nicht als

Modell oder Anleitung zu verstehen ist. Vielmehr wurde hervorgehoben, dass diese »indigene« Lebensform als Resonanz oder Quelle der Inspiration am wirkmächtigsten erscheint. Mit der Betrachtung von Wohngenossenschaften wurde einer organisierten Form des Zusammenlebens nachgespürt, welche AkteurInnen versammelt, die, historisch betrachtet, in erster Linie *soziale* Missstände zu bekämpfen suchen.

Im zweiten Teil dieser Untersuchung wurde anhand der Fallbeispiele des Ökodorfs Sieben Linden und der Genossenschaft Kalkbreite geprüft, inwieweit der wohngenossenschaftlichen Organisation auch hinsichtlich gelebter ökologischer Nachhaltigkeit Bedeutung zukommt. Die spezifischen Organisationsstrukturen haben dabei aufgezeigt, dass bei beiden Fallstudien die Vorstellung eines »Guten Lebens« mit der Vision eines sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Wohnprojekts verknüpft wird. Besonders am Fallbeispiel Ökodorf Sieben Linden konnte nachgewiesen werden, dass eine Lebensweise, die diesen Kriterien gerecht wird, von den BewohnerInnen nicht als Einschränkung oder Verzicht im negativen Sinne, sondern als individuell und kollektiv erfahrbaren Gewinn für die Gemeinschaft verstanden wird.

Auf einer übergeordneten Ebene wurde betont, dass ein ökologischer Wandel auch sehr eng mit sozialen Fragen globaler Ungleichheit verknüpft ist. Die Lebensweise zu ändern verlangt gleichermaßen, den Blick für Abhängigkeitsstrukturen weltweit zu schärfen und in »modernen Gesellschaften« verstärkt Narrationen zu fördern, die ein individualisiert erscheinendes Subjekt wieder stärker in Formen der Kollektivität einzubinden vermögen. Im Kapitel über Wohngenossenschaften wurde dargelegt, dass diese Form des Zusammenlebens einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung solidarischer Gemeinschaften leisten kann und sich damit besonders vor dem Hintergrund der aufgezeigten multiplen Krisen profiliert. Indem das Genossenschaftswesen im Zuge der industriellen Revolution als Initiative gegen eine massive Verarmung breiter Teile der Gesellschaft gegründet wurde, verkörpert es von Beginn an einen krisenresistenten Charakter. Die Betrachtung von Merkmalen der Wohngenossenschaften hat zudem aufgezeigt, dass sich damit einhergehende Prinzipien in Zeiten ökonomischer Krisen stets bewährt haben (vgl. Beuerle 2014: 193 f.). Im Ökodorf Sieben Linden ließen sich überdies Organisationsstrukturen ausmachen, welche typische genossenschaftliche Merkmale um umweltpolitische Motive erweitern, und somit einen ganzheitlichen Transformationsprozess auch über das Ökodorf hinaus anstoßen. Mit bis zu 6000 Übernachtungen pro Jahr (vgl. Andreas 2015b: 138) verfügt die Lebensgemeinschaft Sieben Linden über ein zusätzliches

Instrument, um diesem Vorsatz gerecht zu werden. Auch die Genossenschaft Kalkbreite kann trotz des eher technischen Lösungsansatzes zu großen Teilen plausibel darlegen, dass die wohngenossenschaftliche Organisation – besonders auf einer Prozessebene des städtischen Raums – einen Beitrag zu neuen Formen urbanen Wohnens liefern kann. Die soziale Einbindung der BewohnerInnen wird nicht nur durch eine innovative Bauweise gefördert, sondern auch durch zahlreiche Plattformen des sozialen Austausches. Gleichzeitig hat sich jedoch gezeigt, dass die Bemühungen um eine ökologische Positionierung der Kalkbreite nicht über eine, an den Zielen der »2000-Watt Gesellschaft« ausgerichtete Bauweise hinausreichen. Unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Absicht von Wohngenossenschaften, die soziale Gemeinschaft der MieterInnen zu stärken, sticht das Konzept der Kalkbreite lediglich durch innovative und ökologisch angepasste Wohnformen im Besonderen hervor, die maßgeblich von den MitgliederInnen der Genossenschaft erarbeitet und eingefordert wurden. Ohne diese spezifische Umsetzung zu unterschätzen, bleiben die Motive für ein Leben in der Kalkbreite jedoch undurchsichtig. Die Motivation für einen Zuzug in die Genossenschaft kann vielschichtig, und somit auch jenseits der Intention, sozial und ökologisch nachhaltig zu leben, begründet sein.

Die Analyse der Kalkbreite zeigte zugleich sehr eindrücklich Grenzen der vorliegenden Arbeit auf. Für einen tieferen Einblick, beispielweise um das Potential der BewohnerInnen als AkteurInnen der SöT zu untersuchen, wäre es lohnenswert, die Handlungsebene auf Grundlage ethnographischer Feldforschung zu ergründen. Weitere für das Thema der SöT zentrale Forschungsfelder, denen aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit keine Beachtung geschenkt werden konnte, bilden das Konzept der Gemeingüter bzw. Commons als auch die Konzeption der Utopie. Vor dem Hintergrund einer auszumachenden Skepsis vor tiefgreifenden Transformationsprozessen ist es unerlässlich, das Projekt der SöT in der Gesellschaft als konkrete Utopie zu präsentieren, die auf keinen naiven Vorstellungen sondern auf lösungsorientierten Narrationen – wie etwa durch das Beispiel der Gemeingüter, das starke Überschneidungen mit dem Genossenschaftswesen aufweist –, basieren. Des Weiteren könnte eine strategische Analyse ermöglichen, etwa anhand des von David. A. Snow und Robert D. Benford (2000: 611–639) entwickelten theoretischen Framing-Ansatzes, das vorgestellte Thema auf einer Prozessebene zu beleuchten, um Aussagen über die Wahrnehmung der Lebensgemeinschaften zu treffen sowie Möglichkeiten, diese zu

beeinflussen. Die vorliegende Arbeit kann für die sich daraus ergebenden Forschungslücken als Ausgangspunkt betrachtet werden.

Im Kontext eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft wurde der Schwerpunkt auf eine Narration gelegt, die all jene ermutigen soll, die demokratisch, solidarisch und ökologisch verantwortungsvoll gegen Verhältnisse protestieren, in denen ihre Visionen vom »Guten Leben« kein Gehör finden.

Literaturverzeichnis

- 2000-Watt-Gesellschaft (2017): „Faktenblatt Kalkbreite“, https://www.2000watt.swiss/dam/jcr:1c1e5dba-f962-4c53-a258-078c0019a013/Faktenblatt_Kalkbreite-de.pdf.
- (2019): „Worum geht es bei der 2000-Watt-Gesellschaft?“, <https://www.local-energy.swiss/programme/2000-watt-gesellschaft/worum-geht-es-bei-der-2000-watt-gesellschaft.html#/> (zugegriffen am 4.7.2019).
- Acosta, Alberto (2013): „Vom guten Leben. Der Ausweg aus der Entwicklungsideologie“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, S. 91–97.
- AEE, Agentur für erneuerbare Energien (2018): „Klares Bekenntnis der deutschen Bevölkerung zu Erneuerbaren Energien“, <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-%20umfrage/klares-bekenntnis-der-deutschen-bevoelkerung-zu-erneuerbaren-energien> (zugegriffen am 4.4.2019).
- Andreas, Marcus (2015a): Vom neuen guten Leben: Ethnographie eines Ökodorfes, Kultur und soziale Praxis, Bielefeld: transcript.
- (2015b): „Das gute Leben kultivieren. Ökodörfer als Pioniere der Transformation“, *Politische Ökologie*.
- (2015c): „Entscheidungen“, Vom neuen guten Leben: Ethnographie eines Ökodorfes, Kultur und soziale Praxis, Bielefeld: transcript, S. 199–205.
- Atmaca, Delal (2014): „Genossenschaften in Zeiten raschen Wandels – Chancen einer nachhaltigen Organisationsform“, Genossenschaften und Klimaschutz: Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie, Band 41, Wiesbaden: Springer VS, S. 49–72.
- Bauriedl, Sybille (2016): „Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen“, *Geographica Helvetica* 71/4, S. 341–351.
- Benford, Robert D. und David A. Snow (2000): „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment.“, *Annual Review of Sociology* Vol. 26, S. 611–639.
- Beuerle, Iris (2014): „Wohnungsgenossenschaften im gesellschaftlichen Wandel“, Berlin: epubli.
- Biesecker, Adelheid (2014): „Die ganze Arbeit im Blick. Gutes Leben braucht Vorsorgen“, *Kurswechsel für ein gutes Leben*. Heft 2, S. 60–66.
- Bindra, Satinder u. a. (2009): UNEP annual report 2008, Nairobi: United Nations Environment Programme.
- Blickling, Iris (2017): „Zwischen Veränderung und Stillstand: die Sustainable Development Goals aus einer Global Governance Perspektive.“
- BMJV, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (1889): „Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Genossenschaftsgesetz - GenG)“, <https://www.gesetze-im-internet.de/geng/GenG.pdf> (zugegriffen am 17.4.2019).
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2015): „Das Pariser Klimaabkommen auf der Zielgerade UN-Klimakonferenz (COP21/CMP11) in

- Paris vom 30. November bis 11. Dezember 2015“, https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/cop21_hintergrundpapier_bf.pdf.
- BMZ, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012): „Rio+20: Die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung 2012“, http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/historie/rio_plus20/rio2012/index.html (zugegriffen am 25.1.2019).
- Brand, Ulrich (2014): „Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt“, *Heft 2/2014: Kurswechsel für ein gutes Leben – BEIGEWUM*, S. 7–18.
- (2015): „Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille?“ Jena: DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, https://www.univie.ac.at/intpol/website2014/wp-content/uploads/2015/08/u-brand_degrowth_postextraktivismus_wp5-2015-1-1.pdf.
- (2013): „Debating transformation in multiple crises“, ISSC/UNESCO, World Social Science Report 2013: Changing Global Environments, OECD Publishing and Unesco Publishing, S. 480–484, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264203419-90-en> (zugegriffen am 13.2.2019).
- Brand, Ulrich und Markus Wissen (2011): „Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse.“, *Vielfachkrise: im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA, S. 78–93.
- (2017a): „Social-Ecological Transformation“, *International Encyclopedia of Geography*, American Cancer Society, S. 1–9, <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1002/9781118786352.wbieg0690> (zugegriffen am 31.1.2019).
- (2017b): *Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München: Oekom Verlag.
- Brangsch, Lutz u. a. (Hrsg.) (2012): *Den Krisen entkommen: sozialökologische Transformation*, Manuskripte / Rosa-Luxemburg-Stiftung 99, Berlin: Dietz.
- Brocchi, Davide (2008): „The Cultural Dimension of Sustainability“, S. 33.
- Burkhart, Corinna u. a. (Hrsg.) (2017): *Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*, München: Oekom.
- Christian, Diana Leafe (2003): *Creating a life together: practical tools to grow ecovillages and intentional communities*, Gabriola Island, BC: New Society Publishers.
- Conrad, Christian A. (2015): „Die Auswirkungen der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen“, *Wirtschaftsdienst* 95/6, S. 429–435.
- COOP (2018): „Members Services Brochure“, <https://www.ica.coop/sites/default/files/basic-page-attachments/memberservicespackagessept2018-972042095.pdf> (zugegriffen am 17.4.2019).
- Crome, Barbara (2007): „Entwicklung und Situation der Wohngenossenschaften in Deutschland“, *Informationen zur Raumentwicklung* 4, S. 211–221.
- Demirović, Alex (2012): „Reform, Revolution, Transformation“, in: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten (Hrsg.): *Journal für Entwicklungspolitik - Socioecological Transformations*. Vol. XXVIII 3–2012, S. 16–42.
- (2014): „Transformation und Ereignis Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation“, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring: Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 419–435.

- Demirović, Alex und Attac (Hrsg.) (2011): *Vielfachkrise: im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA.
- Engelhardt, Werner-Wilhelm (2001): „Genossenschaften“, *Evangelisches Soziallexikon*, Neuausg., [8. Aufl.] Aufl., Stuttgart: Kohlhammer.
- Engels, Friedrich und Karl Heinrich Marx (1848): „Manifest der Kommunistischen Partei“, *MetaLibri*, 31. Oktober 2008, v1.0s., S. 78.
- Fischer, Karin, Gerald Hödl und Wiebke Sievers (Hrsg.) (2010): *Klassiker der Entwicklungstheorie: von Modernisierung bis Post-Development*, Gesellschaft, Entwicklung, Politik 11, 2. Aufl., Wien: Mandelbaum.
- Fischer-Kowalski, Marina u. a. (1997): *Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur: ein Versuch in Sozialer Ökologie*, Lizenzausg Aufl., Amsterdam: Overseas Publ. Association, OPA.
- Flieger, Burghard (2013): „Genossenschaften“, *Lexikon der Sozialwirtschaft*, 2. aktualisierte und vollständig überarbeitete Auflage Aufl., Baden-Baden: Nomos.
- Geels, Frank W. (2011): „The multi-level perspective on sustainability transitions: Responses to seven criticisms“, *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1/1, S. 24–40.
- GEN, Global Ecovillage Network (2019): „What is an Ecovillage - Discover Innovative Eco Communities“, <https://ecovillage.org/projects/what-is-an-ecovillage/> (zugegriffen am 13.5.2019).
- Genossenschaft Kalkbreite (2014): „Projektdokumentation 2014“, https://www.kalkbreite.net/wp_website/wp-content/uploads/2018/12/Projektdoku_2014.pdf.
- (2019a): „Bauland & Häuser - wir kaufen! | Genossenschaft Kalkbreite“, <https://www.kalkbreite.net/partizipation/bauland-haeuser-wir-kaufen/> (zugegriffen am 1.7.2019).
- (2019b): „Statuten der Genossenschaft Kalkbreite“, https://www.kalkbreite.net/wp_website/wp-content/uploads/2018/05/Statuten_2017.pdf.
- (2019c): „Gemeinrat | Genossenschaft Kalkbreite“, <https://www.kalkbreite.net/kalkbreite/gemeinrat/> (zugegriffen am 3.7.2019).
- (2019d): „Kriterien Vermietung | Genossenschaft Kalkbreite“, <https://www.kalkbreite.net/kalkbreite/mieten/kriterien-vermietung/> (zugegriffen am 5.7.2019).
- (2019e): „Ombudsstelle | Genossenschaft Kalkbreite“, <https://www.kalkbreite.net/ombudsstelle/> (zugegriffen am 3.7.2019).
- (2019f): „Wohnen | Genossenschaft Kalkbreite“, <https://www.kalkbreite.net/kalkbreite/wohnen-kalkbreite/> (zugegriffen am 5.7.2019).
- Gudynas, Eduardo (2012): „Buen Vivir – Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum.“, *Rosa-Luxemburg-Stiftung: International / Transnational - Amerika - Kapitalismusanalyse - AK Lateinamerika*, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_buenvivir.pdf (zugegriffen am 13.3.2019).
- I.L.A. Kollektiv und Thomas Kopp (2017): *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*, hg. von. Ulrich Brand, Barbara Muraca und Markus Wissen, München: oekom.
- IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (2018): „Summary for Policymakers“,

- Global warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty [V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H. O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla, A. Pirani, W. Moufouma-Okia, C. Péan, R. Pidcock, S. Connors, J. B. R. Matthews, Y. Chen, X. Zhou, M. I. Gomis, E. Lonnoy, T. Maycock, M. Tignor, T. Waterfield (eds.)]. World Meteorological Organization, Geneva, Switzerland, 32 pp., <http://www.ipcc.ch/report/sr15/> (zugegriffen am 19.2.2019).
- Klemisch, Herbert (2014): „Energiegenossenschaften als regionale Antwort auf den Klimawandel“, *Genossenschaften und Klimaschutz: Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie*, Band 41, Wiesbaden: Springer VS.
- Klemisch, Herbert und Burghard Flieger (2007): „Genossenschaften und ihre Potenziale für Innovation, Partizipation und Beschäftigung“, http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Genossenschaften_beschaeftigung_arbeitsmarkt_2007.pdf (zugegriffen am 17.4.2019).
- Kliemann, Christiane (2017): „Ökodorf-Bewegung: Degrowth als gelebte Realität?“, *Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*, München: Oekom, S. 248–259.
- Klönne, Arno (2012): „Der Kampf für das Dach überm Kopf“, *marx21 - Magazin für internationalen Sozialismus* 26, S. 62–65.
- Klose, Alfred, Wolfgang Mantl und Valentin Zsifkovits (Hrsg.) (1980): *Katholisches Soziallexikon*, 2., gänzl. überarb. und erw. Aufl., Innsbruck Wien München: Verl. Tyrolia.
- Konopka, Anja (2010): *Duden, das Bedeutungswörterbuch: Wortschatz und Wortbildung ; rund 20000 Stichwörter und Wendungen mit grammatischen und phonetischen Angaben ; alle Stichwörter mit Definitionen und Beispielen ; mit Synonymen und Wortbildungen sowie Infokästen zu leicht verwechselbaren Wörtern*, Der Duden in zwölf Bänden, das Standardwerk zur deutschen Sprache; auf der Grundlage der aktuellen amtlichen Rechtschreibung / hrsg. von der Dudenredaktion; 0, 4., neu bearb. und erw. Aufl., Mannheim: Dudenverl.
- Kunze, Iris (2017): „Fallstudienbericht COSIMA: Entwicklung der Klimaschutzinitiativen: Ökodorf Sieben Linden“, Fallstudienbericht, https://oin.at/_publikationen/PublikationenNEU/Forschungsberichte/Fallstudienbericht_7Linden.pdf (zugegriffen am 15.5.2019).
- LA 21 Wien, Lokale Agenda 21 Wien (2019): „Alle Projekte - Lokale Agenda 21 Wien“, <https://www.la21wien.at/blog-detail/id-20-jahre-buergerinnen-engagement-fuer-ein-nachhaltiges-wien.html> (zugegriffen am 31.1.2019).
- Lamparter, Dietmar H. und Thomas Fischermann (2019): „TÜV Süd: Welche Rolle spielt der Prüfkonzern bei der Dammbruchtragödie in Brasilien?“, *Die Zeit*, 30.01.2019, <https://www.zeit.de/2019/06/tuev-sued-brasilien-dammbruch-verantwortung-pruefkonzern> (zugegriffen am 18.8.2019).
- Lander, Edgardo (2011): „The Green Economy: the Wolf in Sheep's clothing“, <https://www.tni.org/en/publication/the-green-economy-the-wolf-in-sheeps-clothing> (zugegriffen am 19.2.2019).
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr*

- Preis, München: Hanser Berlin, im Carl Hanser Verlag.
- Lockyer, Joshua Peter (2007): „Sustainability and Utopianism: An ethnography of cultural critique in contemporary intentional communities.“, The University of Georgia, https://getd.libs.uga.edu/pdfs/lockyer_joshua_p_200708_phd.pdf.
- Ludwiczek, Nikolaus (2017): „Nachhaltige Entwicklung in der Theorie“, in: Ludwiczek, Nikolaus: Biokraftstoffe und Landkonkurrenz, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 35–58, http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-17423-1_2 (zugegriffen am 22.2.2019).
- Maier, Johannes (2015): „Die Genossenschaft hatte ihre eigenen Visionen“, in: Wolf, Sabine, Willi Wottreng und Genossenschaft Kalkbreite (Hrsg.): Kalkbreite: ein neues Stück Stadt, Zürich: Genossenschaft Kalkbreite, S. 114–115.
- Mändle, Eduard und Markus Mändle (2018): „Genossenschaftsorgane“ Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/genossenschaftsorgane-32241/version-255786> (zugegriffen am 18.4.2019).
- Meijering, Louise, Paulus Huigen und Bettina Van Hoven (2007): „Intentional Communities in Rural Spaces“, *Tijdschrift voor economische en sociale geografie* 98/1, S. 42–52.
- Metzmacher, Mathias u. a. (Hrsg.) (2016): Wohnungsgenossenschaften als Partner der Kommunen, Stand: August 2016 Aufl., Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Müller Sigrist Architekten (2015): „Wohn- und Gewerbebau Kalkbreite in Zürich“ Zürich, <https://www.muellersigrist.ch/assets/Uploads/publications/060/060-Detail-Konzept-Wohnen-Ausg.-92015.pdf>.
- Muraca, Barbara (2017): „Vorwort“, in: Burkhart, Corinna u. a. (Hrsg.): Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München: Oekom, S. 9–11.
- Novy, Andreas (2013): „Gutes Leben für alle. Ein europäisches Entwicklungsmodell“, in: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten (Hrsg.): Journal für Entwicklungspolitik vol. XXIX 3-2013, Mandelbaum Verlag, S. 77–105.
- Nussbaum, Martha C. (2016): Gerechtigkeit oder Das gute Leben, hg. von. Herlinde Pauer-Studer, übers. von. Ilse Utz, Edition Suhrkamp, 1739 = Neue Folge, Band 739, Deutsche Erstausgabe, 9. Auflage Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Obrovsky, Michael und Johannes Trimmel (2014): „Die Post-2015 Agenda - Reform oder Transformation?“, S. 6.
- Pauer-Studer, Herlinde (2016): „Einleitung“, Gerechtigkeit oder Das gute Leben, Edition Suhrkamp, 1739 = Neue Folge, Band 739, Deutsche Erstausgabe, 9. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pellegrini, Lorenzo und Luca Tasciotti (2014): „Bhutan: Between Happiness and Horror“, *Capitalism Nature Socialism* 25/3, S. 103–109.
- Pies, Ingo (2015): „Spekulation mit Agrarrohstoffen – eine Replik“, *Wirtschaftsdienst* 95/11, S. 789–795.
- Polanyi, Karl (1944): The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, übers. von. Heinrich Jelinek, Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 260, 13. Auflage, Lizenzausgabe 2017 Aufl., Berlin: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- (2001): The great transformation: the political and economic origins of our time, 2nd

- Beacon Paperback Aufl., Boston, MA: Beacon Press.
- Rosa, Hartmut (2009): „Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik“, *Soziologie - Kapitalismus - Kritik: eine Debatte*, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1923, Originalausg Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 87–125.
- (2018): *Resonanz: eine Soziologie der Weltbeziehung*, 3. Auflage, wissenschaftliche Sonderausgabe Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Sabine Wolf, Willi Wottreng und Genossenschaft Kalkbreite (Hrsg.) (2015): *Kalkbreite: ein neues Stück Stadt*, Zürich: Genossenschaft Kalkbreite.
- Sacchi, Thomas und Astrid Heymann (2010): „Interview Projekt Kalkbreite“, https://www.kalkbreite.net/wp_website/wp-content/uploads/2018/07/20100706_KalkbreiteEinNeuerAnsatzVonNachhaltigkeit.pdf (zugegriffen am 4.5.2019).
- Scherrer, Lucien (2018): „Eigennütziger Wohnungsbau | NZZ“, *Neue Zürcher Zeitung*, 06.07.2018, <https://www.nzz.ch/meinung/eigennuetziger-wohnungsbau-ld.1390955> (zugegriffen am 7.8.2019).
- Schmidhuber, Martina (2010): „Ist Martha Nussbaums Konzeption des guten Lebens interkulturell brauchbar? Einige interkulturelle Aspekte des Fähigkeitenansatzes.“, *Geld, Polylog*, 23.2010, Wien.
- Schmidt, Lukas und Sabine Schröder (Hrsg.) (2016): *Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen*, Gesellschaft, Entwicklung, Politik, Band 17, 1. Auflage Aufl., Wien: Mandelbaum Verlag.
- Schröder, Carolin (2012): „Zukünftige Herausforderungen für Wohnungs(bau)genossenschaften: Klimaschutz & Stadtteilorientierung“, *Geschichte und Potenzial der Selbsthilfe: die Wohnungsbaugenossenschaften ; Beiträge zur 6. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte am 28. und 29. Oktober 2011 im Museum der Arbeit in Hamburg*, Norderstedt: Books on Demand, S. 137–150.
- (2014): „Neue Formen städtischer Solidarität: Das Beispiel Genossenschaften“, in: Schröder, Carolin (Hrsg.): *Genossenschaften und Klimaschutz: Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie*, Band 41, Wiesbaden: Springer VS, S. 73–89.
- Schröder, Carolin und Heike Walk (Hrsg.) (2014): *Genossenschaften und Klimaschutz: Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte, Bürgergesellschaft und Demokratie*, Band 41, Wiesbaden: Springer VS.
- Schwarzlose, Claudia (2013): „Genossenschaft“, *Lexikon der Sozialwirtschaft*, 2. aktualisierte und vollständig überarbeitete Auflage Aufl., Baden-Baden: Nomos.
- Shear, Michael D. (2018): „Trump Will Withdraw U.S. From Paris Climate Agreement“, *The New York Times*, 20.01.2018, <https://www.nytimes.com/2017/06/01/climate/trump-paris-climate-agreement.html> (zugegriffen am 25.1.2019).
- Shove, Elizabeth und Gordon Walker (2008): „Transition ManagementTM and the Politics of Shape Shifting“, *Environment and Planning A: Economy and Space* 40/4, S. 1012–1014.
- Sieben Linden (2015): „Grundsatzpapier Ökodorf Sieben Linden“, <http://siebenlinden.org/wp-content/uploads/2016/07/Grundsatzpapier2015.pdf> (zugegriffen am 16.4.2019).
- (2019): , <https://siebenlinden.org/de/start/> (zugegriffen am 10.5.2019).
- Simon, Karl-Heinz (2013): „Systemtheoretische Modelle in der sozial-ökologischen

- Forschung“, *Informationen zur Raumentwicklung* 1/2013, S. 12.
- Stadt Zürich, Präsidialdepartement (2019): „Bevölkerungsbestand nach Monat und Herkunft“, <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/statistik/themen/bevoelkerung/bevoelkerungsentwicklung/aktueller-bevoelkerungsbestand.html>.
- Statistisches Amt des Kantons Zürich (2019a): „Stagnation auf dem Immobilienmarkt, aber weiterhin steigende Preise“, https://statistik.zh.ch/internet/justiz_inneres/statistik/de/aktuell.newsextern.-internet-de-aktuell-news-medienmitteilungen-2019-stagnation_45_auf_45_dem_45_immobilienmarkt_45_aber_45_weiterhin_45_steigende_45_preise.html.
- (2019b): „Zürcher Bevölkerung wächst weiter“, https://statistik.zh.ch/internet/justiz_inneres/statistik/de/aktuell.newsextern.-internet-de-aktuell-news-medienmitteilungen-2019-zuercher_45_bevoelkerung_45_waechst_45_weiter.html.
- (2019c): „Wohnungsbau auf Rekordniveau“, https://www.stadt-zuerich.ch/content/prd/de/index/statistik/publikationen-angebote/publikationen/webartikel/2019-02-05_Wohnungsbau-auf-Rekordniveau.html.
- Stevens, Paul, Glada Lahn und Jaakko Kooroshy (2015): „The Resource Curse Revisited“, <https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/research/20150804ResourceCurseRevisitedStevensLahnKooroshyFinal.pdf>.
- Temel, Robert (2018): „Ein einzigartiges Wohnlabor“, <https://derive.at/texte/ein-einzigartiges-wohnlabor/> (zugegriffen am 19.8.2019).
- UN DESA, United Nations Department of Economic and Social Affairs (2011): *The great green technological transformation, World economic and social survey 2011*, New York, NY: United Nations.
- UN, United Nations (2015): „Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“, *A New Era in Global Health*, New York, NY: Springer Publishing Company, <http://connect.springerpub.com/lookup/doi/10.1891/9780826190123.ap02> (zugegriffen am 20.2.2019).
- UNCSD, United Nations Conference on Sustainable Development (2012): „the future we want - Outcome document of the United Nations Conference on Sustainable Development. Rio de Janeiro 2012“, <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/733FutureWeWant.pdf> (zugegriffen am 25.1.2019).
- UNDP, United Nations Development Programme (2019): „Human Development Index (HDI)“, <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi> (zugegriffen am 8.5.2019).
- UNED, The United Nations Conference on Environment and Development (1992a): „The Rio Declaration on Environment and Development (1992)“, http://www.unesco.org/education/pdf/RIO_E.PDF (zugegriffen am 31.1.2019).
- (1992b): „AGENDA 21 Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung Rio de Janeiro, Juni 1992“, http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf.
- Villalba, Unai (2013): „Buen Vivir vs Development: a paradigm shift in the Andes?“, *Third*

- World Quarterly* 34/8, S. 1427–1442.
- Wallerstein, Immanuel (1988): „Entwicklung: Leitstern oder Illusion?“, *Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen, Gesellschaft, Entwicklung, Politik*, Band 17, 1. Auflage Aufl., Wien: Mandelbaum Verlag, S. 208–227.
- WBG Schweiz, Wohnbaugenossenschaften Schweiz Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger (2018): „Der gemeinnützige Wohnungsbau in der Schweiz. Ein Gewinn für die ganze Gesellschaft“, <https://www.wbg-schweiz.ch/dienstleistungen/fachpublikationen?catid=7> (zugegriffen am 1.7.2019).
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation* ; [Hauptgutachten], 2., veränderte Aufl., Berlin: Wiss. Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.
- WD, Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2018): „Zur Geschichte und aktuellen Situation von Genossenschaften“, <https://www.bundestag.de/resource/blob/551654/645df4e523cdb75608768f872637fcd8/wd-1-001-18-pdf-data.pdf> (zugegriffen am 18.4.2019).
- Weber u. a. (2006): „Transition zu nachhaltigen Produktionssystemen. Transition in der Produktion - Endbericht“, https://www.nachhaltigwirtschaften.at/resources/fdz_pdf/endbericht_0631_transition-nachhaltige-produktionssysteme.pdf.
- Weber, Max (1988): „Vorbemerkung“, in: Weber, Marianne (Hrsg.): *Gesammelte Aufsätze: 7 Taschenbuchbände. [...] 1: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie [...]*, Uni-Taschenbücher Religionswissenschaft 1488, 9. Aufl.; Photomechanischer Nachdr. der 1920 erschienenen Erstauf Aufl., Tübingen: Mohr, S. 1–16.
- Wilkinson, Richard G. und Kate Pickett (2012): *Gleichheit ist Glück: warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Dt. Erstausg., 4. Aufl., Berlin: Tolkemitt-Verl. bei Zweitausendeins.
- WoGe, Wohngenossenschaft Sieben Linden, Mitgliederversammlung (2015): „Satzung der Wohnungsgenossenschaft Sieben Linden e.G.“, <http://siebenlinden.org/wp-content/uploads/2016/06/Satzung-der-WoGe-Sieb-Lind-eG-2015.pdf> (zugegriffen am 16.4.2019).
- WU Wien, Deloitte Österreich und Wien Energie (2016): „Erneuerbare Energien in Österreich 2016. Der jährliche Stimmungsbarometer österreichischer Haushalte zu erneuerbaren Energien“, https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/h/press/Presse_2016/Erneuerbare_Energien_in_Oesterreich_2016_FINAL.pdf (zugegriffen am 4.4.2019).
- Würfel, Michael (2014): „Sieben Linden 2014“, <https://www.youtube.com/watch?v=SJ4LJWFWea4&feature=youtu.be> (zugegriffen am 11.5.2019).